

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., März 1981

Einzelpreis 4,— DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX

3/81

Aus dem Inhalt:

Wieder mit offenen Augen
in einen neuen Abgrund? 2

Kampf- und Opferbereitschaft
gegen Willkür von Gesamtmetall 4

Kein Stopp der Arbeitslosigkeit
ohne Verkürzung der Arbeitszeit
Interview mit Günter Köpke,
Direktor des Europäischen
Gewerkschaftsinstituts 9

IG-Chemie-Hauptvorstand
kritisiert NACHRICHTEN 10

NACHRICHTEN antwortet
auf Vorwürfe der IG Chemie 11

Deutsche Postgewerkschaft:
Unser Streik hat sich gelohnt
Gespräch mit Gustav Fehrenbach,
stellvertretender Vorsitzender
der Deutschen Postgewerkschaft 12

„ausblick“ (HBV):
Aufrüstung
bis zum Untergang?

Leonhard Mahlein:
Aufgaben der Gewerkschaften 13—20

Arbeitslose Lehrer fordern:
Recht auf Arbeit verwirklichen! 21

CDA-Konferenz predigt Verzicht
und droht mit Spalterlisten 23

1 Million Wohnungen fehlen
Mietpreise steigen steil an 25

Moderner Sklavenhandel:
Leiharbeit mit hohem Profit 26

Wieder etwas Ruhe in Polen:
Schonfrist oder Konsolidierung? 28

Europäische Bestandsaufnahme
gewerkschaftlicher Betriebspolitik 29

Der neue US-Präsident Reagan, Außenminister Haig und Verteidigungsminister Weinberger scheinen von allen guten Geistern verlassen zu sein. Der eine meint, daß es wichtigere Dinge gebe, „als im Frieden zu sein“, und der andere will die Neutronenwaffe, diese „Perversion des Denkens“, in Westeuropa stationieren. Jedoch der Schein trügt. Hinter ihrer Politik steckt eine eiskalte infame Strategie. Sie setzen auf den atomaren Erstschlag und darauf, das vorhandene annähernde Rüstungsgleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern. Die sogenannten eurostrategischen Waffen wie Pershing II und Marschflugkörper sollen ihnen helfen. Sie hoffen, daß bei einem durch ihre Konfrontationspolitik nicht auszuschließenden atomaren Krieg das Risiko voll auf Europa verlagert wird. Wir könnten, ginge es nach Reagan und seinen Freunden, im atomaren Inferno verglühen, während sie sich seelenruhig an Kaliforniens Sonne bräunten.

Reagan denkt gegenwärtig überhaupt nicht daran, die längst überfällige Ratifizierung des SALT-II-Abkommens zu vollziehen. Er setzt auf die Politik der Stärke. Es ist nur zu natürlich, daß angesichts einer so abenteuerlichen Politik im Stile eines Western-Helden in unserem Land die Furcht vor atomarer Vernichtung, aber auch der Widerstandswille wächst. Die Enthüllungen im „Stern“ machten sichtbar, welch ein riesiges atomares Vernichtungspotential von unserem Boden aus gegen den Osten gerichtet ist. Gleich einem Magneten würde es im Falle einer militärischen Auseinandersetzung den Gegenschlag auf sich ziehen. Von unserem Land bliebe nichts als die Erinnerung. Dies ist der Hintergrund dafür, daß Gewerkschaften wie die IG Metall, die Gewerkschaft HBV, die IG Druck und Papier

Raketenwahn muß Einhalt geboten werden

und andere, die rund 3,5 Millionen Mitglieder repräsentieren, gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO protestierten. Im neuen Grundsatzprogramm wird gegenüber dem Entwurf der Teil über den Frieden auf Antrag der IG Metall wesentlich erweitert und konkretisiert. Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Das ist eindeutig. Nichts anderes wollen auch die Unterzeichner des „Krefelder Appells“, die von der Bundesregierung verlangen, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.

Tausende Sozialdemokraten fordern in ihrem Aufruf „Mut für eine bessere Zukunft“ ähnliches. Da mutet es doch etwas eigenartig an, daß in der „einheit“, der Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie, von deren Chefredakteur Horst Niggemeier eine ganzseitige wütende Attacke gegen den „Krefelder Appell“ geritten wird. Sollte es nicht an der Zeit sein, Unterstellungen zu unterlassen und zu den Tatsachen zurückzufinden? Dann würde es sicherlich nicht schwerfallen, zu erkennen, daß unserem Lande große Gefahren drohen. Wenn Breschnew zum Dialog mit Reagan bereit ist, so sollte die ausgestreckte Hand ergriffen werden und die Bundesregierung aufhören, sich dem angebotenen Moratorium zu widersetzen.

ter

Wieder mit offenen Augen in einen neuen Abgrund?

In diesen Wochen beobachtet die politische Creme von CDU und CSU mit kaum noch verhohlenen Feixen, wie sich die Führungsmannschaft der SPD mit ihren unzufriedenen Anhängern, deren immer mehr und immer prominenter werden, herumschlägt, um durchzupauken, was Konzernbosse und Hochfinanz brauchen: Großflughäfen und Atomkraftwerke, und auch durchzupauken, was die neuen US-Scharfmacher brauchen: Ein atomares Pulverfaß in Westeuropa. Nun ja, die Deutschen hören dann hin, aber in Selbstüberschätzung, politischer Blindheit und im Untergang haben wir eine lange und überzeugende Tradition!

Soll es wieder soweit kommen? Niemals! — Das sind in diesen Wochen, mehr als je zuvor, die Gedanken und Sorgen von Millionen Menschen — Arbeitern und Angestellten, Hausfrauen, Gewerkschaftern, Künstlern und Wissenschaftlern, Militärs und Politikern. Sie können nicht fassen, daß sich die maßgeblichen Politiker der verantwortlichen Parteien auf eine Politik festzulegen scheinen, die unser Land (was davon noch übrig ist!) wieder einmal mitten in den Strudel der Selbstvernichtung hineinreißen könnte.

Denn nichts anderes ist das wie im Fieberwahn hervorgepreßte Verlangen, in der Rüstung nur nicht nachzulassen, die NATO-Beschlüsse über die Stationierung neuer Atomraketen getreu zu erfüllen, die Vielfachkapazität für die atomare Menschheitsvernichtung weiter zu steigern und die Rüstungsstoppvorschläge aus Moskau mit immer neuen Vorwänden in den Wind zu schlagen. Diese Politik ist es, die immer noch in der Tradition der „Vaterlandsverteidiger“ und Kriegskreditbewilliger für des Kaisers ersten Weltkrieg liegt, und die in der SPD zu einer Zerreißprobe geführt hat.

Die Warnungen Epplers oder der Leute um Hansen und Thüsing, endlich Schluß zu machen mit der bedingungslosen USA-Gefolgschaft bei der Atomwaffenstapelung in der Bundesrepublik, wenn die USA nicht zuvor mit der UdSSR in Verhandlungen eintreten wollen, sind dafür ein deutliches Zeichen. Für den kritischen Denkprozeß in der SPD zeugt auch die Tatsache, daß der Bundestagsabgeordnete Hansen, der Schmidt Mißachtung von SPD-Parteitagsbeschlüssen vorwarf, trotz eines entsprechenden Kesseltreibens nicht aus der Partei geworfen werden konnte. Überhaupt ist die Kluft zwischen Schmidtscher Regierungspolitik und sozialdemokratischer Beschlußlage und Programmatik riesengroß geworden. Neben der Rüstung seien nur die Stichworte Atomkraftwerke, Mitbestimmung, Inflation, Arbeitslosigkeit, 35-Stunden-Woche oder Wohnungspolitik (Häuservernichtung) genannt.

Tausende Sozialdemokraten und Gewerkschafter unterzeichneten die Bielefelder Erklärung gegen den Vollzug des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses der NATO, weitere Tausende den Krefelder Appell gleichen Inhalts, die beide die Unterschrift von General Bastian tragen. Das alles ist eine neue Qualität und bringt die Führungsmannschaft der SPD an die Weggabelung, wo sie sich entscheiden muß, potentielle Untergangspolitik — beklatscht von CDU/CSU — oder die nationalen Lebensinteressen zu vertreten.

Die Bonner Reaktion auf die neuen Initiativen Leonid Breschnews auf dem 26. Parteitag der KPdSU läßt jedoch einen Kurswechsel nicht erkennen. Die Sowjetunion schlägt den NATO-Staaten vor, umgehend mit Verhandlungen über die Begrenzung der Atomraketenrüstung zu beginnen und vom ersten Verhandlungstag an in Europa nichts mehr zu verändern. Kaum, daß Breschnew den letzten Satz ausgesprochen hatte und ohne Konsultation mit den anderen Verbündeten, erklärte die Bundesregierung bereits, daß ein solches Moratorium nicht in Frage komme, da es die (behauptete) sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich festschreibe. Offenbar sollte eine solche Erklärung präjudizierend für andere Länder wirken.

Langsam dürfte nunmehr wohl der Punkt erreicht sein, an dem auch die Gewerkschaften nicht länger stillschweigend zusehen können, daß die Bundesregierung nicht nur den atomaren Rüstungswettlauf der USA mitmacht, sondern in Westeuropa eine Antriebsrolle gegenüber den Nachbarländern übernommen hat. Und das alles ohne Not, denn es gibt Rüstungsstopp- und Abrüstungsvorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten in Hülle und Fülle und in allen Variationen.

Unglaublich sind dann solche Stimmen von Einzelkämpfern im gewerkschaftlichen Bereich wie Horst Niggemeier, der sich in Nr. 4 der „einheit“ (Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie) auf einer ganzen Seite abstrampelt, um vor dem Krefelder Appell, al-

lerlei „kommunistisch unterwanderten“ Initiativen und Organisationen und vor allem der Friedensliebe der Kommunisten, die natürlich nur gespielt ist, zu warnen.

Maßgeblich und aktueller denn je ist das, was Niggemeier natürlich nicht zitiert, nämlich die neu in den Entwurf eingefügte Aussage des gerade eben erst beschlossenen DGB-Grundsatzprogramms, daß die Gewerkschaften „das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien“ fordern. Ziel bleibe die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.

Nichts anderes und genau das fordern auch der Bielefelder und der Krefelder Appell, fordern die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik.

Gerd Siebert

GLOSSE

Schmückendes Beiwerk

Es gibt immer wieder Leute, die nicht begreifen können, wie das mit der Demokratie, der FdGO und dem sonstigen verteidigungswürdigen Gut gemeint ist. Dabei sollte nach 30 Jahren „Bild“-Zeitung klar sein, daß es diese Werte gegen den kommunistischen Osten zu verteidigen gilt. Gegen den Osten! Doch nicht gegen die eigene Obrigkeit.

Nun ja, die Obrigkeit muß schon mal in unser aller Interesse hart durchgreifen. Etwa, wenn sich gleich 100 000 Demonstranten in Brokdorf ankündigen. So viele auf einmal! Können die Kernkraftgegner nicht 100 Demonstrationen mit je 1000 Teilnehmern machen? Zum Beispiel auf der Hallig Hooge oder auf dem Zugspitzplatt. Da stören sie niemanden — schon gar keinen Politiker — und das demokratische Recht der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, das es schließlich gegen den Kommunismus zu verteidigen gilt, bliebe ihnen unbenommen.

Gegen alles wird demonstriert: Gegen Atomraketen, Atomkraftwerke, Umweltzerstörung, Großflughäfen, Mietshausvernichtung usw. Das Volk sollte sich gefälligst nach dem Willen der politischen Führung richten. Statt dessen verlangt es, daß die Führung sich nach dem Volkswillen richtet!

Solche Großdemonstrationen sind was für Polen. Deshalb müssen sie bei uns verboten werden. Hier hat Versammlungs-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit nicht Inhalt, sondern Schmuck der Demokratie zu sein. Damit sie schön aussieht, aber nicht schön ist. okulus

Kampf dem NATO-Beschluß

Zieht man das Fazit der am 7. und 8. Februar in Frankfurt stattgefundenen Aktionskonferenz des Komitees für Frieden, Abrüstung und Entspannung, so wird es in den nächsten Wochen und Monaten verstärkte Initiativen geben, um den NATO-Raketenbeschluß zu Fall zu bringen. Darin waren sich die 250 Teilnehmer aller politischer Richtungen, Betriebsräte, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Theologen, einig.

Diese Einigkeit in der Grundfrage kam auch während der Podiumsveranstaltung im Rahmen der Konferenz zum Ausdruck. Auf die große Gefahr wies der Redakteur der „Frankfurter Rundschau“ und Autor des Buches „Der Tod in der Grauzone“, Anton A. Guha hin. Die Nachrüstung sei bereits in vollem Gange. Es würde regelrecht eine Rüstungspsychose verbreitet, die schon fast „pathologische Züge“ angenommen habe.

Besonders aufs Korn genommen wurde von Professor Kade die Regierung Reagan. Sie habe eine „Politik der Kriegsbereitschaft“ eingeleitet mit dem Ziel, zur alten Weltgendarmenrolle zurückzukehren. Eine atomare Überlegenheit soll dazu benutzt werden, um zum Mittel der Drohung und Erpressung gegenüber den sozialistischen Ländern zurückzukehren. Und das selbst „um den Preis eines Krieges“. Wenn die Welt nicht vernichtet werden soll, dann müßten die Friedenskräfte in allen Ländern diesen Plänen mit aller Kraft entgegenzutreten.

Wann folgt die Sterilisation?

Das, was sich zur Zeit in Kleve abspielt und durch den Ministerpräsidentenerlaß von 1972 erst möglich wurde, hat in ganz Europa Abscheu und Empörung ausgelöst. Da wird dem der DKP angehörenden Lehrer Uwe Hüttmann von der CDU-Stadtverwaltung ein Pflegekind mit der Begründung verweigert, daß er nicht „das leibliche, geistige und seelische Wohl“ eines Kindes gewährleisten könne. Eine Erziehung im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, so heißt es in einem Schreiben des Ersten Beigeordneten Pfirrmann (CDU), stehe „insbesondere bei DKP-Mitgliedern im Zweifel“. Wenn man den Weg weitergeht, der von der Klever Stadtverwaltung beschritten wurde, dann ist es nicht mehr weit, bis den Mitgliedern der DKP ihre Kinder genommen und sie sogar sterilisiert werden.

Nun hat der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Farthmann

Ein Plädoyer gegen den NATO-Raketenbeschluß hielt auch der evangelische Theologe Prof. Kreck. Nur durch einen entschlossenen Friedenskampf und das Eintreten für die Abrüstung könne der drohende dritte Weltkrieg abgewendet werden. Insbesondere appellierte Kreck an die Christen in der Bundesrepublik, die systematisch aufgebauten Vorurteile gegen die Sowjetunion abzulegen und mit Untertanengeist und Obrigkeitshörigkeit Schluß zu machen.

Über den Widerstand gegen den NATO-Raketenbeschluß in den Niederlanden berichtete der Luftwaffenhauptmann Meinhard Stelling. Anhand mehrerer Beispiele wies er nach, wie sich in Holland selbst die Soldaten am Kampf gegen den Atomtod beteiligten. Stelling bezeichnete es als notwendig, die ganze Gesellschaft einzubeziehen, denn „nur das Volk kann die Vernichtung verhindern“. Ziel müsse es sein, die Politiker zu zwingen, den Weg der atomaren Aufrüstung zu verlassen. Roland Vogt, Mitglied des BBU-Bundesvorstandes, schließlich regte an, den Rüstungswettlauf durch einen „Abrüstungswettlauf“ zu ersetzen.

Um das zu erreichen, sollen aus Anlaß der NATO-Frühjahrstagung Demonstrationen und Kundgebung sowie „Osterspaziergänge für Frieden und Abrüstung“ veranstaltet werden. Regionale Friedensaktionen sind für den 16. Mai und im Herbst ein großes Friedensfestival geplant.

(SPD) angekündigt, daß er die Entscheidung der Klever Stadtverwaltung nicht hinnehmen werde und notfalls den Innenminister einschalten werde. Dabei vergißt er ganz, daß der von der SPD mitgetragene Ministerpräsidentenerlaß von 1972 erst solche Auswüchse ermöglichte. Übrigens: Uwe Hüttmann ist nicht zum erstenmal betroffen. Der Sonderschullehrer erhielt ab 1. November 1980 Berufsverbot. Jetzt arbeitet er beim Diakonischen Hilfswerk in Kaiserswerth. Vor einigen Jahren wurde ihm bereits wegen seiner DKP-Zugehörigkeit vom Klever Segelklub die Mitgliedschaft verweigert.

Ausführlich mit dem Fall Hüttmann hat sich die am 15. Februar in Frankfurt durchgeführte Aktionskonferenz der Berufsverbotekomitees beschäftigt und als logische Konsequenz verstärkte Initiativen beschlossen, damit die Berufsverbotepraxis beendet wird.

G.M.

Arbeitsplätze?

Um ihre Ziele durchzusetzen, versuchen die Regierenden, Opposition und Unternehmer hierzulande, das Geschäft mit der Angst zu machen. Mit Scheinargumenten knüpfen sie dabei an berechnete Sorgen der Arbeiter und Angestellten um ihre Arbeitsplätze an. Damit wurde versucht, den Ausbau des Frankfurter Flughafens, inklusive der Zerstörung der natürlichen Umwelt mit all ihren negativen Folgen, schmackhaft zu machen. Als diese Karte nicht stach, wurde einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg ein entsprechender Beschluß gefaßt. Und in einem Aufwasch wurde gleich der Bau des Block C des Atomkraftwerks Biblis und die Schaffung einer Wiederaufbereitungsanlage in Volkmarshausen (Hessen) mitbeschlossen. Ähnlich ist die Situation in Brokdorf. Alles, was sich dem Bau des Atomkraftwerkes in den Weg stellt, wird niedergeknüppelt.

Anhand der Tatsachen sind die Argumente der Regierenden leicht zu zerplücken. In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig 15 Atomkraftwerke. Trotzdem steigt die Arbeitslosenzahl. Würde das Arbeitsplatzargument zutreffen, so hätten wir in der Bundesrepublik statt der hohen Arbeitslosenzahl einen gravierenden Arbeitskräftemangel. Würde es um die Schaffung neuer Arbeitsplätze gehen, so stünde der Bau umweltfreundlicher Kohlekraftwerke, die Erschließung der heimischen Rohstoffe und die Entwicklung alternativer Energien im Vordergrund.

Ebenfalls mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen wird die forcierte Rüstungsproduktion begründet. Munter werden Tornados und Leopards II produziert. Dabei könnten für nur einen einzigen Tornado-Bomber beispielsweise mehrere tausend arbeitslose Lehrer für ein Jahr beschäftigt werden. Und 330 Bomber dieses Typs will Verteidigungsminister Apel anschaffen. Der Einsatz der dafür vorgesehenen ungeheuren Summe für zivile Zwecke, heute buchstäblich zum Fenster herausgeworfen, würde nicht nur das Problem der Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen, sondern darüber hinaus noch zahlreiche soziale Probleme, wie beispielsweise den Wohnungsmangel, lösen.

Einen Schritt auf dem richtigen Wege schlugen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Hamburger Werft Blohm + Voss, bisher am Rüstungsgeschäft beteiligt, ein. Sie gründeten einen „Arbeitskreis alternativer Fertigung“. Als Aufgabe sieht dieser Arbeitskreis an, nach zivilen Ersatzprodukten zu suchen. Im Gespräch sind u. a. der Bau von Maschinen für einen künftigen Meeresbergbau und für die Erdölförderung im Meer. gima

Kampf- und Opferbereitschaft gegen Willkür von Gesamtmetall

Die Unternehmer meinen, daß 1981 die Stunde für sie gekommen sei, um nun endlich mit den Gewerkschaften abzurechnen und ihr Ziel verwirklichen zu können, auf das sie seit 1974 systematisch hinarbeiten: eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten. Sie denken überhaupt nicht daran, sich von ihrem provokativen 2,5- oder 3-Prozent-Angebot fortzubewegen. In Hessen hatten die Metallunternehmer die Frechheit, der IG Metall zuzumuten, für jedes Prozent, auf das sie verzichte, sie ein Zehntelprozent drauf legen.

Der Verhandlungsführer der Unternehmer in Hessen, Knapp, meinte, daß ein Ausgleich der Preissteigerung von 6 Prozent „Arbeitskampf mit bisher nie dagewesener Härte“ bedeute. In NRW erklärte der Sprecher der Unternehmer, Pleiger, daß die Löhne real nicht mehr wachsen könnten, und dies gelte „wahrscheinlich überhaupt für die achtziger Jahre“. In dasselbe Horn bläst der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner. Nach ihm sei Nachgiebigkeit jetzt die falscheste Politik. Für Gesamtmetall dürfe die Neuorientierung der Tarifpolitik, die eine Reallohnsenkung zum Ziel hat, kein einmaliger Kraftakt bleiben. Sie müsse auch in den nächsten Jahren konsequent fortgeführt werden.

Die Härte, die die Unternehmer in dieser Lohnrunde an den Tag legen, entspringt keiner momentanen Laune. Dahinter steckt eine lang angelegte Strategie, auf die die Arbeiter und Angestellten sowie ihre Gewerkschaften sich nüttern einstellen müssen. Die rotznäsigen und kaltschnäuzigen Unternehmer können nur durch entschlossenen Kampf in die Schranken gewiesen werden.

Dies hat die IG Metall erkannt. In der Sonderausgabe der Zeitung der IG Metall, „metall“, vom 18. Februar wird zur Lohnrunde '81 festgestellt: „Ohne Druck läuft nichts.“ Niemand dürfe davon ausgehen, daß eine Einigung auch ohne Auseinandersetzungen möglich wäre. In dieser Tarifrunde gehe es zwar um Mark und Pfennig, jedoch auch darum, „ob die Unternehmer in den nächsten Jahren mit uns machen können, was sie wollen. Oder, ob wir uns gegen die Interessen der Unternehmer behaupten können.“ Überall wurden daher in der IG Metall die Vorbereitungen aufgenommen, daß nach dem 28. Februar, dem Auslaufen der Friedenspflicht, Aktionen der vielfältigsten Art beginnen können.

Die IG Metall appelliert an alle Mitglieder und verweist darauf, daß tarifpolitische Ziele nicht allein durch den Vorstand oder die regionalen Verhandlungskommissionen durchgesetzt wer-

den könnten. Die geschehe zuallererst durch die Mobilisierung und Geschlossenheit aller Mitglieder, durch die Demonstration der Übereinstimmung zwischen den Mitgliederinteressen und den aufgestellten tarifpolitischen Forderungen.

Die Unternehmer, gestützt auf ihr von den Arbeitern und Angestellten geschaffenes Milliardenvermögen und die Flächenaussperrung, wollen die IG Metall in die große Auseinandersetzung zwingen, um die Gewerkschaft finanziell ausbluten zu können. Die IG Metall hat dies erkannt, sie verweist darauf, daß durch das neue Schlichtungsabkommen die tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten verbessert wurden und eine „neue Beweglichkeit“ möglich ist. Diese gelte es jetzt mit allem Nachdruck zu nutzen.

Jetzt kann die IG Metall in allen Tarifgebieten und Regionen gewerkschaftliche Warnstreiks, Demonstrationen und andere vielfältige Aktionen organisieren. Hierbei sind dem Einfallsreichtum und der Initiative aller Mitglieder keine Grenzen gesetzt. Die IG Metall will sich auf kein „Pilotverfahren“ in einem Bezirk einlassen, sondern in jedem Tarifgebiet Druck erzeugen. Keiner dürfe, so „metall“, „auf dem Balkon stehen und zusehen, was die anderen machen. Jeder einzelne ist gefordert!“

Durch eine breite Information der Öffentlichkeit soll die Berechtigung der Forderung von durchschnittlich 8 Prozent bewiesen und über die Unternehmerstrategie zur Senkung der Realeinkommen aufgeklärt werden. Das 2,5-Prozent-„Angebot“ der Unternehmer beläuft sich für die unterste Gehaltsgruppe auf ganze 21 Mark und für die unterste Lohngruppe auf ganze 33 Mark, und zwar brutto.

Niemand sollte sich etwas vormachen. Die Unternehmer meinen es ernst. Es wird größter Kraftanstrengungen und auch Opferbereitschaft bedürfen, um den Unternehmern einen akzeptablen Abschluß abzutrotzen, der eine soziale Komponente enthält.

Heinz Schäfer

Opfer bringen

Der Westberliner Sozialwissenschaftler Prof. Grotian machte einen Vorschlag, bei dem man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß hier auf Bestellung gearbeitet wurde: Alle im öffentlichen, im halböffentlichen Sektor oder bei den Kirchen Beschäftigten mit einem Jahresbruttogehalt von über 50 000 Mark sollen ein Jahr lang auf ihre Gehaltserhöhung verzichten und folglich einer Senkung ihrer Realeinkommen von rund 6,5 Prozent oder bis zu mehr als 3000 Mark im Jahr zustimmen. Wenn man weiß, daß in dieser Summe noch das Urlaubsgeld und die

DAS ARGUMENT

tariflichen Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeldgratifikationen einbezogen sind, so würden alle diejenigen betroffen, die monatlich um die 3700 Mark brutto verdienen. Netto sind dies rund 2500 Mark.

Es ist notwendig, sich diese Zahl einmal vor Augen zu führen, um die ganze Hinterhältigkeit dieses Vorschlages zu begreifen. So nimmt es auch nicht wunder, daß er sich mit Vorstellungen deckt, die vom Institut der Deutschen Wirtschaft bis hin zu Kardinal Höfner geäußert werden. Alle reden sie davon, daß das Wohlstandsdenken aufgehört müsse. Das Gebot der Stunde sei Opferbringen. Der hochdotierte Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, darf hier nicht fehlen. Er warnt vor dem „Wohlfahrts-Moloch“. Das „Handelsblatt“, das die Aussicht des „finanziellen Zurückstehens der Staatsdiener“ begeistert, läßt die Katze aus dem Sack, als es bemerkt: „Nur: Sie sollten dies nicht allein müssen.“ Im Klartext, man braucht ein Signal, um in breiter Front die Reallohne drastisch senken zu können.

Die Gewerkschaft ÖTV hat das Ansinnen eines Sonderopfers der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zurückgewiesen. Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, ihre Mitglieder zur Ader zu lassen. Für sie kommt es darauf an, die Realeinkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sichern. Die unteren Einkommen, die von den Preissteigerungen besonders betroffen werden, gilt es besonders zu berücksichtigen.

Gespart werden kann aber beim Torpedo, bei der unsinnigen Raketenrüstung, an den Milliarden, die die Militärdiktaturen in der Türkei und in Pakistan sowie die konservative Tory-Regierung erhalten sollen. H. Sch.

Im öffentlichen Dienst erneut: Forderung und Empfehlung gleich

Die sechs DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Deutsche Postgewerkschaft (DPG), Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und Gewerkschaft der Polizei (GdP), haben sich am 26. Februar auf gemeinsame Forderungen geeinigt und diese auf einer Pressekonferenz in Stuttgart vorgestellt.

Die Monatstabellenlöhne der Arbeiter, die Grundvergütungen der Angestellten, die Ortszuschläge für die Angestellten, die Sozialzuschläge der Arbeiter, die Vergütungen der Praktikanten und Praktikanten, der Lernschwestern und Lernpfleger sowie der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe sollen um 7 Prozent erhöht werden. Für die Auszubildenden werden für das 1. und 2. Ausbildungsjahr 70 Mark und für das 3. und 4. Ausbildungsjahr 60 Mark mehr verlangt. Alle Auszubildenden unter 18 Jahre sollen zudem noch 40 Mark mehr erhalten. Arbeiter und Angestellte bekommen ab dem 18. Lebensjahr die Anfangsgrundvergütung beziehungsweise den Voll-Lohn.

Obwohl aus der Mitgliedschaft in einer umfassenden Diskussion viele Vorschläge unterbreitet wurden, die eine soziale Komponente vorsahen, wobei eine Mindeststeigerung um die 200 Mark favorisiert wurde, meinte ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker, daß eine Korrektur zugunsten der unteren Einkommen zwar notwendig wäre, aber in diesem Jahr nicht für realisierbar angesehen werde. Im öffentlichen Dienst sei darüber hinaus das Spannenverhältnis, d. h. der Abstand zwischen den einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen, besser als in der gewerblichen Wirtschaft. Der Vorsitzende der DPG, Ernst Breit, in dessen Bereich die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen noch weitaus stärker vertreten sind als bei der ÖTV, sagte, daß die Postgewerkschaft im Interesse der gemeinsamen Durchsetzbarkeit zu derselben Auffassung gelangt sei wie die ÖTV.

Von NACHRICHTEN gefragt, wie es komme, daß bis auf Punkt und Komma die Empfehlung des Hauptvorstandes mit der jetzt aufgestellten Forderung übereinstimme, meinte Kluncker, daß er vordergründig darauf verweisen könne, wie gut der Hauptvorstand sei. Er räumte auch ein, daß es dieses Phänomen nicht nur in diesem Jahr gegeben habe, obwohl sich die Zusammensetzung der Tarifkommissionen zwischenzeitlich verändert hätte. Sie bestünden überwiegend aus ehrenamtlichen Funk-

tionären. Von den 113 Mitgliedern hätten jetzt nur sieben gegen die 7-Prozent-Forderung gestimmt, und zwei hätten sich der Stimme enthalten.

Ohne dies näher zu begründen, meinte Kluncker, daß die wirtschaftlichen Gesamtumstände und die finanzpolitischen Gegebenheiten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes keinen größeren Verteilungsspielraum ließen. Man wolle jedoch Ergebnisse erreichen, die sich in der Höhe derjenigen bewegen, die die Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft durchsetzen würden. Es wurde auf der Pressekonferenz nichts darüber gesagt, warum das Forderungsvolumen dann um rund 15 Prozent unter dem der IG Metall und der IG Druck und Papier liegt.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unterstreichen, daß sie kein

HBV fordert bei Banken 160 bis 255 DM mehr Gehalt

Am 28. Februar sind die Gehaltstarifverträge für die rund 300 000 Bankangestellten ausgelaufen und auch fristgerecht gekündigt worden. Nach ausführlicher Diskussion hat die Gesamtarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am 11. Februar den Bankunternehmern ihre Forderungen unterbreitet. Im einzelnen wird verlangt:

- Erhöhung der Gehälter um 160 bis 255 DM (mindestens 7,2 Prozent — einheitliche Erhöhungsbeträge in allen Berufsjahren einer Tarifgruppe);
- Streichung der Tarifgruppe 1;
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 80 DM und Wegfall der Abschlagsstaffel für Auszubildende unter 18 Jahren;
- Urlaubsgeld in Höhe von 350 DM;
- kurzfristige Verwirklichung des 6-Wochen-Urlaubs;

Sonderopfer hinnehmen würden. Sie würden es auch nicht zulassen, daß sich die Arbeitseinkommen im öffentlichen Dienst zu denen der gewerblichen Wirtschaft verschlechtern würden. Eine Lohnpause komme überhaupt nicht in Betracht. Wenn Leute wie die Ministerpräsidenten Rau und Späth und auch einige Wissenschaftler meinten, zuviel Geld zu haben, so könnten sie dies jederzeit den Wohlfahrtsverbänden überweisen.

In seinen einleitenden Worten auf der Pressekonferenz hatte Kluncker bemerkt, daß er bisher keine Veranlassung gesehen habe, über Arbeitskämpfe auch nur nachzudenken. Von NACHRICHTEN daraufhin angesprochen, ob er im Gegensatz zu den Metallindustriellen damit rechnen würde, daß die öffentlichen Arbeitgeber sich großzügiger verhalten würden, verneinte dies Kluncker. „Im Gegenteil“, sagte er. Man habe Pläne unter Verschluss. „Wenn es sein muß“, so der ÖTV-Vorsitzende, „dann machen wir es richtig, dann werden wir mit geringstmöglichem Aufwand höchstmögliche Erfolge erzielen.“ Im übrigen kenne man im öffentlichen Dienst keine Aussperrung.

Es dürfte allerdings kein Zweifel darüber bestehen, daß es, angesichts der erkennbaren Unternehmerstrategie, nicht einfach werden wird, den Reallohn zu sichern und selbst die bescheidene 7-Prozent-Forderung auch nur annähernd durchzusetzen.

Heinz Schäfer

● Ermöglichung einer um 1 Jahr vorgezogenen Pensionierung für ältere Beschäftigte;

● Freischichten als Belastungsausgleich für Angestellte in Schicht- und Nachtarbeit;

● Verbesserte Bestimmungen über Kündigungsschutz und Besitzstandssicherung für ältere Beschäftigte.

Von der Gewerkschaft HBV wird die Gehaltsforderung mit der Preissteigerungsrate begründet, die zuletzt bei 6 Prozent lag. Außerdem, so wird betont, sei es recht und billig, wenn die Bankangestellten an der auch 1980 gestiegenen Arbeitsproduktivität ihren Anteil erhalten. Da besonders die Bezieher niedriger Einkommen durch die Verteuerung getroffen werden, ist es das Ziel der Gewerkschaft, daß die Endgehälter der Tarifgruppen 2 bis 4 sowie die der jüngeren Bankangestellten überproportional angehoben werden. G. M.

Abschluß weit unter der Preissteigerung

Im Baugewerbe wurde bei Redaktions-schluß, weit vor dem Auslaufen des Tarifvertrages am 30. April, am 27. Februar für 1 Million Arbeiter und Auszubildende ein neuer Lohnabschluß in Höhe von 4 Prozent vorgenommen. Die IG Bau-Steine-Erden hatte keine Lohnforderung aufgestellt, und es fand auch keine Mitgliederdiskussion über eine solche statt. Die Höhe des Abschlusses liegt weit unter der Preissteigerungsrate und schließt eine erhebliche Senkung der realen Einkommen ein. Wie unsere Redaktion bei einer Umfrage erfuhr, wird von Mitgliedern der IG Metall und der IG Druck und Papier, die in der Tarifaufeinandersetzung stehen bzw. Forderungen von 8 Prozent aufstellten, dieser klammheimliche Abschluß als unsolidarischer Akt empfunden. NACHRICHTEN wird diesen Abschluß in Nr. 4/1981 ausführlich behandeln.

5,8 und 5,5 Prozent bei Holzverarbeitung

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat in den letzten Wochen einige neue Tarifverträge abgeschlossen. Danach erhöht sich der Facharbeiterlohn für die Beschäftigten der Holzverarbeitenden Industrie in Westberlin rückwirkend ab 1. Januar um 5,8 Prozent. Entsprechend steigen auch die Tarifgehälter. In einem Stufenplan von 1981 bis 1984 wird das zusätzliche Urlaubsgeld angehoben. Ab 1. März erhalten die Beschäftigten der Holzverarbeitenden Industrie in Rheinland-Pfalz um 5,5 Prozent höhere Löhne und Gehälter. Dieses Ergebnis wurde in einer

Schlichtungsverhandlung erzielt. Für die Monate Januar und Februar wird eine Pauschale von 135 DM, auch für die Kurzarbeiter, gezahlt.

Für Brauer einheitlicher Rahmentarifvertrag

Der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten (NGG) ist es gelungen, für die Beschäftigten in der Brauwirtschaft einen neuen einheitlichen Rahmentarifvertrag durchzusetzen. Er gilt für Arbeiter und Angestellte gleichermaßen, die in elf Bewertungsgruppen eingestuft werden. Die Eingruppierung erfolgt nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit, wobei Berufserfahrung, Fachkenntnisse, Geschicklichkeit, Selbständigkeit und Belastung der Muskeln, Sinne und Nerven eine Rolle spielen. Allerdings wurden auch Kriterien für „gute Arbeitsführung“ aufgenommen, wie Zuverlässigkeit, rationelle Lösung der Arbeitsaufgabe, sorgfältige Behandlung der Betriebsmittel und Beachtung der Sicherheitsvorschriften. Dafür gibt es Leistungszulagen zwischen 3 und 5 Prozent.

Nach 20 Tagen Streik jetzt Tarifvertrag

Nach einem 20tägigen Streik errangen die Beschäftigten der Firma typeshop in Hamburg einen vollen Erfolg. Sie erreichten, daß der Satzherstellerunternehmer den von der IG Druck und Papier abgeschlossenen Tarifvertrag anerkennt. U. a. bedeutet das höhere Zulagen bei Schicht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit. In über einjährigen Verhandlungen hatten die Beschäftigten vergeblich versucht, ihre Forderungen durchzusetzen.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. März — 1,9 Mill.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (534 700); privates Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet und Westberlin (208 000); Großhandel in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (161 500); Gebäudereinigerhandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Alzey-Worms und Mainz-Bingen (170 200); Druckindustrie im Bundesgebiet einschließlich Westberlin (127 400); Steine- und Erdenindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (62 000); Eisen- und Stahlindustrie im Saarland (31 900); Energieversorgung mehrerer Bereiche (36 900); Landschafts- und Erwerbsgartenbau im Bundesgebiet (77 000); Holzverarbeitende Industrie im Saarland und in Bayern (25 600).

30. April — 3,1 Mill.

Baugewerbe (957 600); Malerhandwerk (124 500); Chemische Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz (289 700); Steinkohlenbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bergbau-Spezialgesellschaften Aachen und Saarland (202 800); Textil- und Bekleidungsindustrie (506 800); Großhandel Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Rheinessen (190 900); Einzelhandel Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Limburg — Oberlahn, Rheinland-Pfalz, Bayern (423 500); Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (80 400).

31. Mai — 0,5 Mill.

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (261 300); einige Bereiche der Elektrizitätswirtschaft (19 000); Molkereien in Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg, Teile Bayerns (12 600); Süßwarenindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg und Westberlin (9400); einige Firmen der Zigarettenindustrie (7100); Klempner- und Sanitärinstallateurhandwerk Bayern (38 500); Großhandel Schleswig-Holstein (31 900); Coop-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen (16 000); Gebäudereinigerhandwerk Koblenz-Trier und Bayern (39 000); Reisebürobereich (24 000).

Kassel: Enka-Stillegung wurde vorerst abgewehrt

Mit der Besetzung ihres Betriebes reagierten am 12. Dezember 1980 die 840 Beschäftigten des Zweigwerkes der Enka AG in Kassel-Bettenhausen auf die Nachricht von der geplanten Stillegung des traditionsreichen Werkes. Nachdem der hessische Ministerpräsident Börner vom Enka-Vorstandsvorsitzenden Zempelin die Zusage erhielt, über die Zukunft des Werkes werde erst Ende März 1981 (nach den hessischen Kommunalwahlen) entschieden, wurde die Betriebsbesetzung am 21. Dezember beendet. Bis dahin hatten sich rund 1,2 Millionen Gewerkschafter aus dem In- und Ausland mit den Enka-Arbeitern solidarisch erklärt.

Der Fall Enka rückte erneut in die Schlagzeilen, als die Belegschaft am 26. Januar den Versand des Werkes besetzte. Eine Woche zuvor hatte der Konzernvorstand seine Absicht wiederholt, die Polyamid- und Polyesterproduktion in Kassel noch in diesem Frühjahr auslaufen zu lassen und einen entsprechenden Strukturplan vorgelegt.

Am 27. Januar erklärten 500 Beschäftigte, sie würden die Kantine des Werkes erst dann verlassen, wenn eine Betriebsvereinbarung über die Urlaubsregelung unterzeichnet sei. Eine ultimative Forderung Zempelins, der Betriebsrat solle sich verpflichten, bis zur Sommerpause keine „Störung des Betriebsablaufs“ zu dulden, wurde abgelehnt. Am Nachmittag des 27. Januar endete die erneute Besetzung, nachdem die Betriebsvereinbarung unterzeichnet wurde. Sie beinhaltet die Fortführung der Produktion über die Sommerpause vom 22. Juni bis 19. Juli hinaus. In der Zwischenzeit sollen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Vorstand auf der Grundlage des § 111 BetrVG (Interessenausgleich) über das Schicksal der Beschäftigten geführt werden. Die Stillegung des Werkes ist somit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

Das Kasseler Enka-Werk gehört zum größten Westeuropäischen Textilfaserkonzern, der niederländischen AKZO N. V. Er entstand Ende 1969 durch Fusion der holländischen KZO und AKU N. V. mit der Glanzstoff AG und unterhält heute in 46 Ländern Produktionsstätten und Niederlassungen mit 46 700 Beschäftigten, darunter 17 400 in der Bundesrepublik. Die Stillegung des Kasseler Werkes ist Bestandteil einer langfristigen Investitionspolitik, die die Konzentration verschiedener Produkte auf wenige, möglichst kostengünstige Standorte verfolgt. Dabei werden zur Begründung „Überkapazitäten“ sowie Verluste aufgrund von Billigimporten genannt.

Mit „Überkapazitäten“ sind freilich diejenigen Beschäftigten gemeint, deren Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen. Die beklagten Billigimporte

stammen z. T. aus südamerikanischen Billiglohnländern wie Brasilien, Kolumbien oder Ecuador, wo AKZO/ENKA Zweigwerke unterhält, die mit hohen Gewinnen arbeiten (FAZ, 21. 1. 1981). In Westeuropa sollen mindestens 4000 der 30 000 Arbeitsplätze der geplanten Konzentration zum Opfer fallen.

Langfristig vorgesehen ist auch die Verlegung der Wuppertaler Hauptverwaltung der ENKA AG zum „Muttersitz“ des Konzerns ins niederländische Arnhem, was 1400 Arbeitsplätze kosten würde. Weitere 1200 Arbeitsplätze stehen zur Disposition, wenn Ende 1982 eine Betriebsvereinbarung der Wuppertaler Enka-Tochter KUAG Textil AG endet, die Enka-Textilerzeugnisse veredelt.

Das 1935 als Zellwollebetrieb gegründete Kasseler Werk verfügte bei der Fusion des Konzerns 1969 über 2600 Arbeitsplätze. 1972 wurde die Zellwolleproduktion stillgelegt und nach Kelsterbach verlagert. Das kostete 1200 Arbeitsplätze, die über einen Sozialplan und die Unterbringung der Betroffenen in anderen Kasseler Großbetrieben ohne bemerkenswerten Widerstand der Belegschaft verloren gingen. Auch 1975 ging ein Abbau von 330 Beschäftigten durch die Verlagerung der Viskose-Spinnfaser-Produktion relativ reibungslos vonstatten, weil die Beschäftigungslage in Kassel diesen Schritt noch verkraften konnte.

GTB will 7 Prozent

Für die über 540 000 Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie hat die Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7 Prozent gefordert. Einen entsprechenden Beschluß haben Hauptvorstand und Beirat der Gewerkschaft in ihrer Sitzung am 26. und 27. Februar in Essen gefaßt. Daneben soll versucht werden, in der diesjährigen Tarifrunde den Abschluß eines „Tarifvertrags über Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten“ zu erreichen.

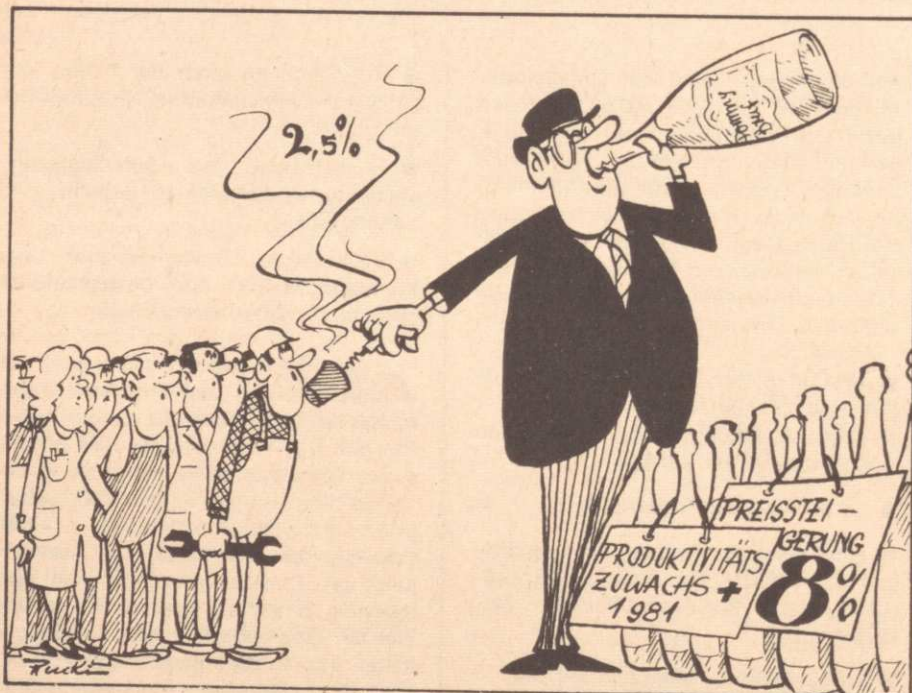
1971 und 1975 gab der Enka-Vorstand dem Kasseler Betriebsrat die schriftliche Zusage, die verbliebene Teppichfaserproduktion in Kassel zu konzentrieren und das Werk entsprechend auszubauen. Unter Bruch dieser Vereinbarung investierten die Manager jedoch 26 Millionen Gulden im niederländischen Emmen — unter Berufung auf die dortige hohe Arbeitslosigkeit —, wo die Polyesterfaserproduktion 1976 aufgenommen wurde. Zugleich wurde das Werk Kassel systematisch abgeschriebe. Sein Anlagewert sank von 60 Millionen Mark 1972 auf 18 Millionen 1980. Die gebrochenen Zusagen waren ausschlaggebend für die entschlossene Reaktion der Kasseler Belegschaft auf die geplante Schließung ihres Werkes. Hinzu kommt, daß durch die langjährige Reduzierung der Arbeitsplätze eine bemerkenswerte „alte“ Belegschaft übriggeblieben ist, und wie Hessens Ministerpräsident Börner — gebürtiger Kasseler — vor der ersten Betriebsbesetzung lobend bemerkte, eine „ungewöhnlich betriebsstreu Belegschaft“. 45 Prozent der Beschäftigten sind älter als 50 Jahre.

Ihre Aussichten, im Kasseler Raum einen anderen Arbeitsplatz zu finden, sind gleich Null. Hier hat die Arbeitslosigkeit im Januar einen Stand von 6,3 Prozent erreicht. Das ist mehr als Durchschnitt. Ohne Rücksicht auf diese Situation betreibt Enka die Schließung des Kasseler Werkes. Die Produktion von Polyamidfasern soll im holländischen Werk Emmen konzentriert werden. Mit Blick auf den bevorstehenden EG-Beitritt Spaniens gewinnt das Enka-Zweigwerk La Seda de Barcelona mit 4000 Beschäftigten in diesem Produktionsbereich eine Schlüsselrolle, nicht zuletzt wegen des niedrigeren Lohnniveaus.

Von 1975 bis 1979 sank die Enka-Beschäftigtenzahl in der Bundesrepublik von 21 926 auf 17 400, während die Chemiefaserproduktion von 189 900 Tonnen auf 231 800 anstieg. Im europäischen Maßstab erhöhte sich der Konzernumsatz 1979 im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent auf 3,6 Milliarden DM bei einer Erhöhung der Chemiefaserproduktion um drei Prozent auf 426 000 Tonnen. 1979 wies die Enka AG für die Bundesrepublik offiziell einen Jahresüberschuß von 55,5 Millionen DM aus.

Berücksichtigt man dies und die weltweite Geschäftslage von ENKA/AKZO, verbleiben durchaus Möglichkeiten, das Werk in Kassel aufrechtzuerhalten. Das allerdings hängt vom entschlossenen Handeln der Belegschaft sowie der Solidarität anderer Enka-Belegschaften ab. Schon einmal — 1972 — haben die Belegschaften der Enka-Zweigwerke in Wuppertal und Breda durch geschlossene Streikaktionen die Schließung ihrer Werke verhindert.

Michael Huhn



Pleiger (Gesamtmittel): „Euch lassen wir dieses Mal am Korken riechen!“ (Aus: Metall-Nachrichten Nr. 3, Nordwürttemberg/Nordbaden)

DGB zur Beschäftigungspolitik: Appelle allein reichen nicht aus

Die 1,3 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen vom Januar 1981 hatten den DGB-Bundesvorstand auf seiner Februarsitzung in der Nähe von Frankfurt veranlaßt, von der Bundesregierung und den Länderregierungen unverzügliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verlangen. Noch immer habe die Beschäftigungspolitik „nicht die zentrale Bedeutung, die ihr angesichts der alarmierenden Arbeitslosenzahlen zukommt“.

Auch der Vorstand der IG Metall hat die Regierung aufgefordert, angesichts der Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent ein neues öffentliches Investitionsprogramm zu beschließen. Mittlerweile hat sich die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Monat auf über 1,4 Millionen erhöht. Rechnet man die nicht registrierten Arbeitslosen, die „stille Reserve“ von mehr als 600 000, hinzu, dann sind das mehr als 2 Millionen Arbeiter und Angestellte, die mehr oder weniger große Einschränkungen ihres Lebensstandards hinnehmen müssen und sich von der Gesellschaft ausgestoßen fühlen.

Der DGB warnt davor, auf die „Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft zu bauen“ und verlangt ein Anschlußprogramm an das ausgelaufene Investitionsprogramm, um das qualitative Wachstum der Wirtschaft zu beschleunigen und die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zu verringern. Im einzelnen werden nachstehende Schwerpunkte für ein langfristig orientiertes Entwicklungsprogramm gefordert:

- Rationellere Verwendung und Einsparung von Energie, insbesondere Erdöl;
- Verbesserung der Wohnungsver-sorgung und Wohnumfeldgestaltung;
- Ausbau der Trinkwasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Müllbeseitigung;
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verringerung der Lärmbelastung;
- Erhöhung der Berufschancen der Arbeitnehmer durch bessere Berufsausbildung;
- Ausbau der sozialen Dienste.

Der DGB wiederholt seine Forderung, die Investitionen im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich mit den strukturellen und konjunkturellen Erfordernissen der Gesamtwirtschaft abzustimmen. Außerdem sollen durch

gezielte Maßnahmen bestehende Arbeitsplätze erhalten bzw. neue geschaffen sowie die Wiedereingliederung der Arbeitslosen erleichtert und die berufliche Weiterbildung gefördert werden. Dazu verlangt der DGB, daß die Bundesregierung ihren finanziellen Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit erhöht.

Keine Vorschläge unterbreitet der DGB, wo die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des verlangten Programms

Nach wie vor aktuell

Investitionen — Konzerne — Kontrolle

Investitionen werden in der sogenannten freien Marktwirtschaft zum größten Teil genutzt, um Arbeitsplätze abzubauen. Daß das aber nicht so sein muß, darüber diskutierten bereits auf unserem NACHRICHTEN-Seminar 1975 Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Wissenschaftler. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind in dem Buch zusammengefaßt. Sie haben noch an Bedeutung gewonnen.

211 Seiten, Sonderpreis DM 5,—, Bestellnummer 001-4

Zu beziehen über den Buchhandel oder per Vorkasse plus DM 2,— für Porto und Verpackung über unseren Verlag. Postscheckkonto 3050 40-606.

herkommen sollen. Die IG Metall empfiehlt, das neue Investitionsprogramm durch eine weitgehende Staatsverschuldung zu finanzieren. Nach Vorstandsmittglied Georg Benz seien die verfassungsrechtlichen Grenzen der Staatsverschuldung längst nicht ausgeschöpft. Im übrigen sei die Staatsverschuldung der Bundesrepublik sogar noch niedriger als die der Schweiz. Die IG Metall unterstreiche daher nachdrücklich ihre Position, daß mehr

Staatsverschuldung immer noch besser sei als höhere Arbeitslosigkeit.

Sicher ergeben sich mit einem Weiteranwachsen der Staatsverschuldung gewisse Möglichkeiten der Finanzierung von Investitionen, wobei dies unter kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten die Inflation weiter anheizen würde. Andere, wesentlich wirksamere Finanzquellen wurden in den gewerkschaftlichen Stellungnahmen überhaupt nicht erwähnt. Allein mit einer Reduzierung der Rüstungsausgaben bzw. schon durch deren Stopp könnte die Bundesregierung in die Lage versetzt werden, Milliarden für arbeitsplatzschaffende Investitionsprogramme bereitzustellen. Das gleiche gilt in Hinblick auf die Milliardenzahlungen, die von der Bundesregierung für gewerkschaftsfeindliche Militärregime, wie dem der Türkei, zur „Verteidigung der westlichen Freiheit“ als verllorener Zuschuß zur Verfügung gestellt werden.

Bisher hat sich die Bundesregierung zu dem von den Gewerkschaften geforderten neuen Investitionsprogramm taub gestellt, als würden die Gewerkschaften wie zu einer Wand reden. Offensichtlich ist die Bundesregierung entschlossen, nicht den Gewerkschaften, die für 80 Prozent der Bevölkerung sprechen, sondern den Unternehmern zu folgen. Diese möchten, wie das Großkapital in den USA und England, sich bei weiter steigender Arbeitslosigkeit und empfindlichen Reallohnverlusten maßlos bereichern. Ein derartiges Rezept von Krisenbeseitigung soll offenbar jetzt auch in der Bundesrepublik angewendet werden. Schon hat in England die rücksichtslose Thatcher-Politik zu der erschreckenden gesellschaftlichen Realität von 2,3 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen geführt.

Mit Appellen allein wird die Bundesregierung ihre unternehmerfreundliche Politik weder ändern noch auch nur eine der dargelegten gewerkschaftlichen Forderungen aufgreifen. Die Mächtigen hierzulande verstehen offenbar nur die entschlossene gewerkschaftliche Aktion. Was hindert z.B. den DGB daran, die 1,4 Millionen Arbeitslosen zu einem Marsch nach Bonn aufzurufen? Nur die eigene gewerkschaftliche Kraft vermag an dem gesellschaftlichen Skandal der Massenarbeitslosigkeit etwas zu verändern.

Die erste Bewährungsprobe in diese Richtung wird mit der gegenwärtigen Tarifrunde durchzustehen sein. Gelingt es den Gewerkschaften, den Generalangriff der Unternehmer auf den Lebensstandard der Arbeitenden abzuwehren, dann entwickeln sich auch Voraussetzungen für einen Druck auf die Regierung, damit wirksame Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit eingeleitet werden können.

Werner Petschick

Kein Stopp der Arbeitslosigkeit ohne Verkürzung der Arbeitszeit

Interview mit Günter Köpke, Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts

„Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Westeuropa — Vergleiche und Möglichkeiten der Zusammenarbeit“, so lautete das Thema der 16. internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund, die in Gemeinschaft mit dem in Brüssel ansässigen Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) durchgeführt wurde. Mitveranstalter dieser vom 16. bis 18. Februar 1981 in Dortmund abgewickelten Tagung war insofern auch Günter Köpke, Direktor des EGI und davor mehrere Jahre Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB). NACHRICHTEN-Redakteur Gerd Siebert stellte ihm folgende Fragen:

NACHRICHTEN: Das Europäische Gewerkschaftsinstitut ist eine Neugründung der EGB-Mitgliedsbünde und besteht nunmehr im dritten Jahr. Hat sich die Gründung gelohnt und warum?

Günter Köpke: Die 1978 erfolgte Gründung hat sich, das kann man nach so kurzer Zeit schon sagen, gelohnt. Wir haben zunächst einmal mit der Forschungsarbeit begonnen und dann die zweite Aufgabe angegriffen, nämlich, ein Informationssystem zwischen den Gewerkschaften in Westeuropa zu entwickeln. Jetzt stehen wir vor der dritten Aufgabe; das ist die Unterstützung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

In diesem kurzen Zeitraum haben wir 15 Forschungsberichte abgeschlossen, davon zehn publiziert. So z. B. Untersuchungen über Alternativen zur Wirtschaftspolitik („Keynes plus“), ferner über die Tarifpolitik der Gewerkschaften 1978 bis 1979 mit Ausblick auf das Jahr 1980, über Arbeitszeitverkürzungen in Westeuropa mit einer Bestandsaufnahme über die tatsächliche Situation, die verschiedenen Formen und die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen; dann eine sehr wichtige Untersuchung, die uns alle besonders betrifft, nämlich über den Einfluß der Mikroelektronik auf die Beschäftigung in Industrie und Verwaltung in Westeuropa. — Wie gesagt, das sind nur einige Beispiele aus unserer Forschungsarbeit, die sehr stark in die Gewerkschaftsbewegung eingegangen sind, aber auch in der Wissenschaft, der Öffentlichkeit diskutiert werden und bei Regierungen und Ministerien in zahlreichen Ländern Beachtung finden.

NACHRICHTEN: Wahrscheinlich spürt man beim EGI aufgrund der von den Mitgliedsorganisationen des Europäischen Gewerkschaftsbundes an das EGI herangetragenen Informationen und Anforderungen mit am besten, welches die Probleme der Arbeitnehmer in Westeuropa sind. Welche stehen da oben?

Günter Köpke: Das Hauptproblem ist die Sicherung der Beschäftigung und Überwindung der Arbeitslosigkeit; das steht eindeutig im Vordergrund. Andere Probleme sind: Tarifverhandlungen und dabei die Sicherung der Kaufkraft; Sicherung von Besitzständen, ferner Kampf gegen Angriffe auf Sozialversicherungssysteme sowie die Risiken, die durch den Einsatz neuer Technolo-



gien in Industrie und Verwaltung hervorgerufen werden. Das sind Themen und Fragen, die immer wieder an uns herangetragen werden, mit denen sich die nationalen Bünde beschäftigen, und zwar ziemlich einheitlich in den westeuropäischen Ländern.

NACHRICHTEN: Läßt sich das Dauerproblem Massenarbeitslosigkeit ohne spürbare Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit überhaupt noch in den Griff bekommen?

Günter Köpke: Man muß sich zunächst mal die Größenordnung klarmachen, mit der wir es zu tun haben. Wir haben in einer Untersuchung leider feststellen müssen: Wenn wir das ideale Ziel der Wiederherstellung einer Vollbeschäftigung in Westeuropa bis 1985 erreichen wollten, dann müßten praktisch in vier-einhalb Jahren rund 16 Millionen zusätzliche neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Man muß sich diese Zahl vorstellen und dann fragen, wo denn die Arbeitsplätze zu schaffen wären. In der

Landwirtschaft sicherlich nicht; die Industrie hat große Schwierigkeiten, und der tertiäre Bereich, wie Dienstleistungen, gibt auch nicht mehr viel her. Also Schlußfolgerung: Die Arbeitszeitverkürzung wird nicht das einzige, aber eines der wichtigsten Mittel sein, die Arbeit neu zu verteilen und damit das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

NACHRICHTEN: Haben die Gewerkschaften schon alles getan, schon alle Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft, um in dieser Frage voranzukommen? Gibt es Länder, in denen die 40-Stunden-Woche bereits unterschritten ist?

Günter Köpke: Es gibt eine ganze Reihe von Ländern, in denen die 40-Stunden-Arbeitswoche bereits unterschritten ist; besonders in Belgien. Dort haben die Gewerkschaften schon die 38-Stunden-Woche in vielen Wirtschaftszweigen durchgesetzt, in einigen Sektoren sogar die 37- bzw. 36-Stunden-Woche. In Großbritannien haben die Gewerkschaften in der Metallindustrie die 39-Stunden-Woche erreicht. In zahlreichen italienischen Betrieben, im öffentlichen Dienst in Finnland und Schweden gibt es eine durchschnittliche Arbeitszeit von 36 Stunden.

Natürlich ist die 40-Stunden-Woche noch nicht in allen Ländern unterschritten, weil die Gewerkschaften bei der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen — gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise — auf erheblichen Widerstand der Arbeitgeber stoßen.

NACHRICHTEN: Und woran arbeitet das EGI zur Zeit?

Günter Köpke: Wir sind, was Untersuchungen betrifft, zur Zeit mit vier Projekten befaßt: erstens die Tarifverhandlungen des vergangenen Jahres und die Tendenzen und Perspektiven, die sich für das Jahr 1981 ergeben. Es handelt sich um einen Vergleich in 16 Ländern Westeuropas. Zweitens haben wir gerade eine Arbeit abgeschlossen, die wohl im Mai veröffentlicht werden kann: über die Veränderungen in der Arbeitsorganisation und die gewerkschaftlichen Initiativen und Lösungsvorschläge dazu in den verschiedenen Ländern. Drittens beschäftigen wir uns mit der Frage, wie man qualitatives Wirtschaftswachstum schaffen kann und welche Voraussetzungen dazu nötig sind. Und schließlich veranstalten wir Ende dieses Monats in Rom ein Kolloquium über die europäische Industriestrukturpolitik, wozu wir auch einige sehr wichtige Untersuchungen vorbereitet haben.

Das ist aber nur ein kleiner Ausschnitt. Unsere Tätigkeit ist natürlich sehr viel umfassender, und die Mitgliedsbünde des EGB sowie die europäischen Branchengewerkschaften empfinden sie als eine spürbare und nützliche Hilfe.

IG-Chemie-Hauptvorstand kritisiert NACHRICHTEN

Mit Schreiben vom 20. Februar schickte uns der Pressesprecher beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, Manfred Menzel, eine Stellungnahme zu einigen Artikeln, die in der NACHRICHTEN-Ausgabe Nr. 2/81 auf den Seiten 3, 6, 11 und 12 veröffentlicht sind. Wir entsprechen der Bitte der IG Chemie und veröffentlichen nachfolgend die Stellungnahme. Unsere Meinung dazu lesen Sie auf der gegenüberliegenden Seite.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die „Nachrichten“ bei ihrer Berichterstattung und Kommentierung über die IG Chemie einen besonderen Maßstab anlegen. Selbst bei weitester Auslegung haben einige Beiträge mit solidarischer Kritik nichts mehr zu tun, es ist schlicht eine übelwollende, die Fakten bewußt fehlinterpretierende Be- und Verurteilung.

Selbst die zweifelstfreie Durchführung von Beschlüssen des Gewerkschaftstages wird angezweifelt, die verantwortlichen Funktionäre diffamiert und ins Zwielicht gerückt. Beispielhaft hierfür ist die tendenziöse Infragestellung der tarifpolitischen Ziele unserer Gewerkschaft. Da wird wahrheitswidrig behauptet, es wäre in der Pressekonferenz vom 20. Januar 1981 offengeblieben, ob die IG Chemie einen neuen Anlauf für einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag machen wolle. Haargenau das Gegenteil ist von uns gesagt worden, da blieb nichts offen. Ausgehend von der Infragestellung, zitieren die „Nachrichten“ die Beschlüsse des Gewerkschaftstages hinsichtlich der Durchsetzung eines Entgelttarifvertrages; damit wird der Eindruck vermittelt, als müsse dieser Beschluß in Erinnerung gerufen werden, damit sich die Gremien unserer Gewerkschaft daran halten. Die Wahrheit ist jedoch, daß der an anderer Stelle als Unterstützer eines sozialpartnerschaftlichen Kurses verunglimpft Horst Mettke vor, in und nach dieser Pressekonferenz, immer wenn er zum Thema Entgelttarifvertrag das Wort nahm, sehr konkret und Punkt für Punkt die Absichten seiner und unserer Tarifarbeit klarlegte. Das ist im Protokoll des Gewerkschaftstages ebenso nachzulesen wie in unseren Publikationen. Auch unseren „Pressekontakt“ vom 28. Januar 1981 hat der Verfasser geflissentlich übersehen, in dem die nächsten aktuellen Schritte zur Durchsetzung eines Entgelttarifvertrages in der chemischen Industrie behandelt wurden.

Ob es die Weitergabe der wahrheitswidrigen Behauptungen ist, in der IG Chemie würde nachgekartet, oder die völlig verzeichnete Darstellung der Haltung von Karl Hauenschild zur Dis-

kussion des DGB-Grundsatzprogramms, immer wird versucht, Mißtrauen zu säen, von außen in unsere Gewerkschaft einzuwirken und Mitglieder gegen den Vorstand aufzuwiegeln.

Parallel dazu gehört die unübersehbare Tendenz der „Nachrichten“, Hilswilligen Lob zu spenden und Unwillige herunterzureißen. Das ist eine grenzenlose politische Selbstüberschätzung und insgesamt nicht neu: es entspricht haargenau dem Strickmuster kommunistischer Gewerkschaftspolitik. Und es ist wohl auch die Wut darüber, daß es in der IG Chemie nicht gelingen will, durch Fraktionierung und Unterwanderung die Mitglieder von den gewählten Funktionären zu trennen und Mehrheiten umzufunktionieren.

Daß dies nicht gelingt, liegt u. a. an den einschlägigen Erfahrungen, welche die IG Chemie und ihre Vorläuferorganisation, der Fabrikarbeiterverband, mit den kommunistischen Spaltern und Unterwanderern gemacht haben. Es fehlt eigentlich nur noch bei der Berichterstattung über die IG Chemie die früher offiziell benutzte Titulierung als „Sozialfaschisten“ anstelle des Wortes „Sozialpartner“, dann wäre auch das Vokabular das gleiche.

Die beleidigenden Ausfälle gegen Karl Hauenschild sprechen in diesem Zusammenhang für sich selbst. Es ist natürlich schlicht unwahr, daß Hauenschild eine Diskussion des DGB-Grundsatzprogramms verhindert habe, richtig ist, daß er in unserer Funktionärszeitschrift „Gewerkschaftliche Umschau“ Nr. 6/1979 in einem zweiseitigen Artikel zur Diskussion des in der gleichen Ausgabe im Wortlaut abgedruckten Programmtextes aufgefordert hatte. Die Überschrift lautete unmißverständlich „Aufruf zur Diskussion“. Daß ein Mann wie Karl Hauenschild, immerhin hauptamtlicher Funktionär seit 1949, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik und Präsident der Internationalen Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICEF) seit 1969, also gewählter Sprecher von vielen Millionen Arbeitern und Angestellten, von den „Nachrichten“ in derart übler Weise angegriffen und in

seiner demokratischen Integrität besudelt wird, zeigt, daß wir uns zu Recht gegen den Einfluß von Kommunisten mit oder ohne Euer Parteibuch zur Wehr setzen.

Weil Karl Hauenschild den „Nachrichten“ sich nicht für ein Interview zur Verfügung stellte, mag das den Autor so ergrimmt haben, daß er seine wahre Meinung über die IG Chemie und ihren Vorsitzenden schrieb. Wir nehmen es auch als die tatsächliche Meinung der DKP, deren schöne Sprüche von der Achtung der „Autonomie“ der Gewerkschaften sowieso wenig glaubhaft sind. Deshalb mögen die „Nachrichten“ oder andere KP-Organen nur weiter in diesem Stil schreiben, dann wird wohl irgendwann auch dem gläubigsten DKP-Mitglied klar, daß sein Parteiauftrag nicht der Erhaltung der unabhängigen Einheitsgewerkschaft dient.

Antragsstatistik zum Programm-Entwurf

Von den 511 vorliegenden Anträgen zum Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms, das nach Redaktionsschluß verabschiedet werden soll, stellen die Einzelgewerkschaften 281 oder 55 Prozent, die Landesbezirke 213 oder 42 Prozent und die Berufsgruppen 17 oder 3 Prozent. Bei nachstehender Übersicht ist die Zahl der Anträge jeweils in Klammern:

IG Bau—Steine—Erden (1), IG Bergbau und Energie (3), IG Chemie-Papier-Keramik (0), IG Druck und Papier (11), Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (3), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (39), Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (0), Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (20), Gewerkschaft Holz und Kunststoff (16), Gewerkschaft Kunst (3), Gewerkschaft Leder (0), IG Metall (33), Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (77), Gewerkschaft der Polizei (21), Deutsche Postgewerkschaft (31); die Gewerkschaften Nahrung—Genuß—Gaststätten und Textil—Bekleidung stellten 21 gemeinsame Anträge; je einen gemeinsamen stellten die ÖTV und die GdED sowie die IG Druck und Papier, HBV, Gewerkschaft Kunst und Postgewerkschaft.

DGB-Landesbezirke: Bayern (32), Baden-Württemberg (26), Berlin-West (0), Hessen (71), Niedersachsen (34), Nordmark (14), Nordrhein-Westfalen (7), Rheinland-Pfalz (28), Saar (1); Bundespersonengruppenausschüsse: Arbeiter (4), Angestellte (2), Beamte (0), Frauen (4), Jugend (0).

NACHRICHTEN antworten auf Vorwürfe der IG Chemie

Der Leiter der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit im Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik, Manfred Menzel, hat in seinem Schreiben viel Vermischtes untergebracht: sowohl sachliche Kritik als auch emotionale Vorwürfe und Verdächtigungen, Tatsächliches und den NACHRICHTEN Angedichtetes.

Im wesentlichen geht es, soweit substanzielle Fragen angesprochen werden, um vier Dinge:

■ Erstens glaubt man bei unserer Berichterstattung und Kommentierung über die IG Chemie einen „besonderen Maßstab“ zu sehen,

■ zweitens wird unsere Berichterstattung zum Entgelttarifvertrag kritisiert,

■ drittens wird unsere Fragestellung zurückgewiesen, ob in der IG Chemie gegen unliebsame Kritiker „nachgekartet“ wird,

■ viertens sollen wir die Position des Vorsitzenden, Karl Hauenschild, zum Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms „völlig verzeichnet“ haben.

Zu 1: Natürlich ist es kein Zufall, daß (nicht: „die IG Chemie“, sondern) ganz bestimmte Vorgänge und Entscheidungen auf der zentralen Führungsebene der IG Chemie durch NACHRICHTEN eine „besondere“ Bewertung erfahren. Es handelte sich ja auch um „besondere“ Vorgänge in dieser Gewerkschaft, wenn man z. B. an die Auseinandersetzungen über eine ganze Reihe von Fragen in den letzten beiden Jahren denkt (und die auch der letzte Gewerkschaftstag stürmisch diskutierte).

Der „Maßstab“ indessen, den NACHRICHTEN anlegen, ist kein „besonderer“, sondern der bei allen Gewerkschaften übliche. Er resultiert aus dem Anspruch der Gewerkschaften, Interessen- und Kampforganisationen der Arbeitnehmer zu sein, sowie aus der Programmatik und den eigenen Beschlüssen des DGB und seiner Mitgliedsorganisationen. Man wird in den 20 Jahren des Erscheinens von NACHRICHTEN keine Ausgabe finden, in der nicht Beschlüsse und Erklärungen der Gewerkschaften selbst Mittelpunkt unserer Berichterstattung und Kommentierung bilden.

Zu 2: Man muß bitte genau lesen, was wir im Februar-Heft auf Seite 6 schrieben. Da steht nicht, daß offen blieb, „ob die IG Chemie einen neuen Anlauf“ für den Entgelttarifvertrag nehmen, sondern ob man den Anlauf „jetzt“ nehmen wolle. Diesen Eindruck hatte ich in der Pressekonferenz nicht

gewonnen. Richtig ist, daß Horst Mettke bei vielen Gelegenheiten die Konzeption, Gründe und Forderungen der IG CPK zum gemeinsamen Entgelttarifvertrag erläutert hat.

Inzwischen allerdings hat eine große Bundesarbeitstagung der IG Chemie zu dieser Thematik am 25. Februar in Gelsenkirchen stattgefunden. Es wurde eine Bundes-Verhandlungskommission gebildet, die schon am 10. April, noch vor Beginn der diesjährigen Lohn- und Gehaltstarifrunde, mit dem Arbeitsring der Chemie-Unternehmerverbände die Verhandlungen aufnehmen wird. Dies teilte am 25. Februar der Pressedienst der IG Chemie mit und erklärte unmißverständlich: „Jetzt soll mit aller gewerkschaftlicher Kraft auf Bundesebene der gemeinsame Entgelttarifvertrag durchgesetzt werden.“ Wenn Kollege Menzel die nächste Ausgabe der NACHRICHTEN abgewartet hätte, würde er feststellen können, daß wir sachlich darüber informieren.

Zu 3: Anders als beim Entgelttarifvertrag macht Manfred Menzel bei der Frage: Nachgekartet oder nicht? keinen

IG Chemie: Neuer Anlauf für Entgelttarifvertrag

Eine Bundesarbeitstagung der IG Chemie-Papier-Keramik am 25. Februar in Gelsenkirchen mit den bezirklichen Tarifkommissionen, dem geschäftsführenden Hauptvorstand und den Bezirksleitern hat „grünes Licht“ gegeben, zügig an den Abschluß eines gemeinsamen Tarifvertrages für Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie zu gehen. Im vergangenen Jahr war der Versuch, einen Einstieg in einen solchen Vertrag zu finden, am Unternehmerwiderstand gescheitert.

Wie der Pressedienst der IG Chemie mitteilte, wurde eine Bundes-Verhandlungskommission gebildet, die noch vor Beginn der allgemeinen Lohn- und Gehaltstarifrunde in dieser Branche bereits am 10. April die Verhandlungen mit den Chemieunternehmern aufnehmen wird. (Ausführlicher werden wir im April-Heft über die Bundesarbeitskonferenz berichten.)

Versuch, Fakten vorzubringen, die unsere Tatsachenwiedergabe auf Seite 12 des Februar-Heftes widerlegen. Wir haben nur wiedergegeben, was andere berichteten, wir selbst erfuhren bzw. in der genannten Pressekonferenz von Karl Hauenschild gesagt wurde. Daraus haben wir — sicher nicht ganz unbegründet — den Eindruck gewonnen, daß Vorstandskritiker nach Ende des Gewerkschaftstages „oftmals einen schweren Stand“ haben. Die IG Chemie, wie jede andere gesellschaftliche Organisation, sollte Kritik nicht einfach als ungerechtfertigt oder gar als Aufwiegelei qualifizieren.

Zu 4: Wir fragen uns, warum Manfred Menzel schrieb: „Es ist natürlich schlicht unwahr, daß Hauenschild eine Diskussion des DGB-Grundsatzprogramms verhindert hat.“ Schlicht unwahr ist, daß eine solche Behauptung irgendwo in NACHRICHTEN stand. Berichtet wurde, daß die IG Chemie keinen der nach erfolgter Diskussion beim Hauptvorstand eingereichten Anträge zum Grundsatzprogrammtextwurf an den außerordentlichen DGB-Kongreß weiterleiten werde. Wenn das noch öffentlich mit der Begründung erfolgte, Hauptvorstand und Vorsitzender hielten das nicht für nötig, so ist das gewiß eine Frage nach dem Demokratieverständnis und eine Glosse wert. Zweifellos ist der IG-Chemie-Vorsitzende ein erfahrener, langjähriger und einflussreicher Gewerkschaftsfunktionär, worauf Manfred Menzel auch hinweist. Um so unverständlicher dürfte es dann sein, daß er Kritik offenbar so wenig zugänglich ist.

Aus der von Manfred Menzel angesprochenen Berichterstattung von NACHRICHTEN (Februar-Heft, Seiten 3, 6, 11 und 12) lassen sich keineswegs Vokabeln wie Fehlinterpretation, verunglimpfen, wahrheitswidrig, Mißtrauen säen, aufwiegeln, beleidigen, besudeln usw. herleiten. Wir glauben — und darauf läßt die Verknüpfung unserer Zeitschrift mit der angeblichen Unterwanderungsabsicht der DKP schließen —, daß es sich da um emotionale, polemische Ableitungen des IG-Chemie-Pressesprechers handelt, die in seine Aussage als Gewerkschafter eingeflossen sind. Wir sehen es als nachteilig für solidarische Gewerkschaftsarbeit an, wenn man das nicht auseinanderhält.

Wundern müssen wir uns auch immer wieder, wenn Kollegen, die einen sozialpartnerschaftlichen Standpunkt vertreten, böse werden, wenn man sie dann auch als Anhänger der Sozialpartnerschaft bezeichnet. Natürlich kann man einen solchen Standort haben, aber man muß in den Gewerkschaften kritisch und ohne in „Hexenverfolgung“ zu verfallen, diskutieren dürfen, wie bei der Interessenvertretung der Arbeitnehmer die größte Effektivität zu erreichen ist. Gerd Siebert

Deutsche Postgewerkschaft: Unser Streik hat sich gelohnt

Gespräch mit Gustav Fehrenbach, stellvertretender
Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft

Am 27. Januar fand das traditionelle Jahres-Pressegespräch der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) statt. Dabei ergab sich die Gelegenheit, mit Gustav Fehrenbach, dem stellvertretenden DPG-Vorsitzenden, ein Gespräch über den Streik bei der Post zur Durchsetzung von mehr Freizeit für Schichtdienstleistende zu führen.

Gustav Fehrenbach ist davon überzeugt, daß sich der Streik der Arbeiter und Angestellten bei der Post gelohnt hat. „Wir haben mehr Freizeit für Schichtarbeit durchgesetzt, und es ist uns gelungen, die Öffentlichkeit auf die besonderen gesundheitlichen und familiären Belastungen durch Schichtarbeit aufmerksam zu machen“, sagt er. Der Streik war nach Darstellung von Gustav Fehrenbach unausweichlich geworden, „nachdem wir über Monate hinweg mit dem Bundespostministerium verhandelt und kein verhandlungsfähiges Angebot erhalten hatten“. Offensichtlich habe die Bundespost geglaubt, auf Zeitgewinn setzen zu können, sie habe ihre Verzögerungstaktik auch dann noch fortgesetzt, als Warnstreiks stattgefunden hätten und die Postgewerkschaft ein Ultimatum zur Vorlage eines verbesserten Angebots gestellt habe.

suchte, den Streik der Arbeiter und Angestellten durch den Einsatz von Beamten auf den Arbeitsplätzen der Streikenden zu unterlaufen“.

Über die Versuche des Postministeriums, Beamte als Streikbrecher einzusetzen, ist nach Auffassung von Gustav Fehrenbach „das letzte Wort noch nicht gesprochen“. Insbesondere dem Gesetzgeber müsse deutlich gemacht werden, „daß ein solcher Mißbrauch des Beamtenverhältnisses nicht nur einen Angriff auf die Koalitionsfreiheit

der Arbeiter und Angestellten und damit auf die Tarifautonomie darstellt“. Im Falle des Streiks bei der Post habe sich nämlich außerdem gezeigt, „daß durch einen solchen Mißbrauch für Beamte die unerträgliche Situation entsteht, gegen Arbeiter und Angestellte Front machen zu müssen, deren Streik auch zu Verbesserungen für Beamte führt“.

Der Streik bei der Post führte nach Auffassung des stellvertretenden DPG-Vorsitzenden Fehrenbach zu einem Tarifausschluß, „der einen Vergleich auch und gerade mit Regelungen für Schichtarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft nicht zu scheuen braucht“. Unsere Frage, ob das Ergebnis des Arbeitskampfes im negativen Sinne bei der bevorstehenden Lohn- und Gehaltsrunde 1981 eine Rolle spielen könnte, beantwortet Gustav Fehrenbach mit der Feststellung: „Darüber, daß mehr Freizeit für Schichtarbeit und Lohn- beziehungsweise Gehaltserhöhungen zwei Paar Schuhe sind, müßte auch beim Arbeitgeber Bundespost Klarheit bestehen. Für uns jedenfalls gibt es daran keinen Zweifel.“

(Das Gespräch führten Gisela Mayer und Werner Petschick.)

Gewerkschafter für Krefelder Appell

Am 31. Januar 1981 fand in Heidelberg die Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB-Kreises Heidelberg statt. Die Delegierten, die etwa 6000 junge Gewerkschaftsmitglieder vertraten, verabschiedeten ohne Gegenstimme einen Antrag, in dem sie den „Krefelder Appell“ unterstützen und zu Unterschriftensammlungen aufrufen. In einem weiteren ergänzenden Antrag sprachen sich die jungen Kollegen darüber hinaus für gemeinsame Aktionen mit anderen Gruppen und Friedenskräften gegen die Stationierung der „Pershing-II-Rakete“ aus. Ein Initiativantrag, in dem sich die Konferenz mit den 24 abrüstungswilligen Bundestagsabgeordneten der SPD solidarisch erklärte, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Ohne Gegenstimme blieb auch ein Antrag an alle Organe des DGB, sich nicht länger den Aufnahmebestrebungen des französischen Gewerkschaftsbundes CGT in den Europäischen Gewerkschaftsbund EGB zu widersetzen. Dieser Antrag war von der örtlichen Jugendgruppe der IG Druck und Papier eingebracht worden, nachdem sie im Sommer auf Einladung des französischen Bruderverbandes eine begeisterte Austauschfahrt unternommen hatte. Mit großer Mehrheit forderte die Kreisjugendkonferenz die Bundesregierung auf, die „Finanz- und Militärhilfe für die militärischen Machthaber in der Türkei sofort zu streichen“.

Nach der Kreisjugenddelegiertenkonferenz haben sich bekannte Gewerkschafter zusammengefunden, um zur Unterschriftensammlung unter den Krefelder Appell aufzurufen. In dem Aufruf, der auch der Presse übergeben wurde, heißt es u. a., daß die Unterzeichneten „es begrüßen, wenn eine große Anzahl von Arbeitnehmern in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis das Anliegen des Krefelder Aufrufs unterstützen“ würde. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. der Bezirksvorsitzende der IG Druck und Papier, Wolfgang Scheffel, die zwei Kreissekretäre der IG Metall, Pat Klinis und Gerhard Zambelli, der Kreisvorsitzende der GEW, Heinrich Hörtdörfer, der Vorsitzende des DGB-Kreisjugendausschusses, Manfred Wittmann, sowie Betriebsratsvorsitzende, Betriebsrätinnen, Vertrauensleute und Jugendvertreter von ÖTV, IG Metall, HBV, GEW und Druck und Papier.

Auf der Kreisdelegiertenversammlung des DGB Heidelberg am 12. Februar wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, den DGB-Bundesvorstand aufzufordern, „bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, ihre Zustimmung zur geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in der Bundesrepublik zurückzuziehen und Maßnahmen für Abrüstungsverhandlungen zu ergreifen“.

Hans Hohmann

NACHRICHTEN-LESER WERBEN NACHRICHTEN-LESER

Liebe Leser und Abonnenten der NACHRICHTEN!

Für viele sind die NACHRICHTEN mittlerweile zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel in ihrer gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Arbeit geworden. Sie liefern dem Gewerkschafter kontinuierlich Informationen und kommentieren alle wichtigen Entwicklungen in den Gewerkschaften sowie auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet. Dennoch sind die NACHRICHTEN noch nicht jedem bekannt, der sie für seine Arbeit gut gebrauchen könnte. Daher unsere Bitte an Sie: Machen Sie mit bei der Aktion

NACHRICHTEN-LESER WERBEN NACHRICHTEN-LESER.

Unterstützen Sie uns bei der Erweiterung unseres Leserkreises. Nicht zuletzt helfen Sie uns und Ihnen dabei, die für eine Fachzeitschrift vergleichsweise geringen Abonnementskosten mit steigender Abonnentenzahl möglichst lange konstant zu halten.

Gerne können Sie ein paar Werbeexemplare der Zeitschrift beim Verlag kostenlos anfordern, um damit in Ihrem Bekanntenkreis zu werben. Als Prämie für einen neuen Abonnenten erhalten Sie ein Buch aus dem Nachrichten-Verlag. Sie können wählen zwischen unseren Neuerscheinungen:

Dammann / Butter Arbeitslos – was tun?

Ein praktischer Ratgeber
312 Seiten, 14,- DM

Degen / Siebert / Stöhr Handbuch für den Arbeitskampf

379 Seiten, 15,- DM

Rationalisierung

Auswirkungen – Antworten
Protokoll des 5. Nachrichten-Seminars
152 Seiten, 13,- DM

oder drei Titeln der nachrichten-reihe oder auch anderen Büchern unseres Verlages im entsprechenden Wert.

Bestellschein Hiermit bestelle ich

Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 36,- DM jährlich einschließlich Portogebühren

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Name des Werbers _____ Buchwunsch _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

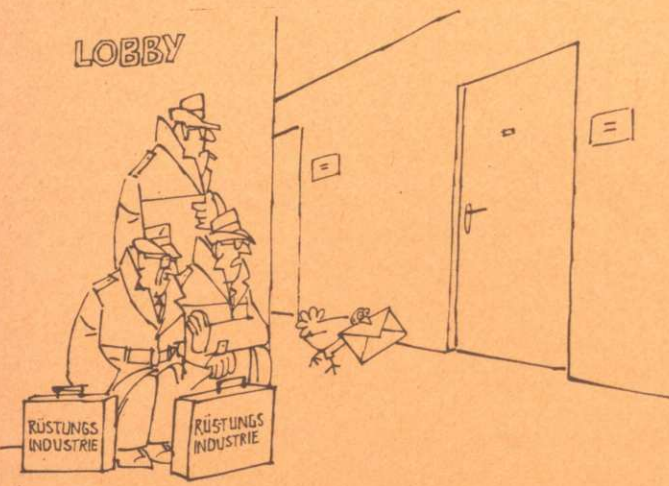
(Bitte deutlich schreiben)

6000 Frankfurt am Main 1

Ein Beispiel: Die Firma Krauss-Maffei ist ein Glanzstück der deutschen Rüstungsindustrie. Hier laufen die – je nach Optik – berühmten oder berüchtigten „Leoparden“ vom Band. Doch die Panzerproduktion ist begleitet von Kurzarbeit, Entlassungen, Schließung und Verkauf „zivilen“ Tochterfirmen und Stilllegung ganzer Werksbereiche. Ein Viertel der Belegschaft blieb seit 1970 auf der Strecke – trotz hochlaufender Panzerproduktion. Dagegen stieg der Umsatz binnen neun Jahren um mehr als das Dreifache. 78 Prozent des Krauss-Maffei-Umsat-

zes entfielen 1978 auf die Panzerproduktion — doch nur ein Viertel der Belegschaft hat mit Wehrtechnik zu tun.

Im gleichen Takt, in dem die „Leos“ die Herrschaft bei Krauss-Maffei antraten, wurden deren zivile Brüder zurückgedrängt. Eingestellt wurde die Produktion von Dieselloks, gestrichen wurde die Entwicklung eines innerstädtischen Massenverkehrssystems mit Namen „Transurban“, geschrumpft ist die Produktion von E-Loks, verlangsamt wird die Entwicklung des elektromagnetischen Schnellbahnsystems „Transrapid“, eingestellt wurde die Produktion von Anlagen zur Beseitigung von Sondermüll, nur ein Prototyp wurde von einer Einrichtung zur Wiedergewinnung von Rohstoffen aus Müll gebaut — denn für ein Großprogramm fehlt dem Staat und den Gemeinden das Geld. Geld genug dagegen ist für den neuen bei Krauss-Maffei hergestellten Kampfpanzer „Leopard II“ da: Stückpreis vier Millionen Mark. Dies alles läßt den zwingenden Schluß zu, daß die Abkehr von der Hochrüstung nicht nur politisch wünschenswert, sondern auch wirtschaftlich notwendig ist. Mittlerweile sind sich zahlreiche Experten einig: Die Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion ist praktisch ohne einen gravierenden Verlust an Arbeitsplätzen möglich, wenn sie schrittweise erfolgt und bestimmte Vorbedingungen berücksichtigt werden:



„Volle Deckung: Die Russen greifen uns schon wieder an!“

— Bei der zivilen Produktion muß es sich um Projekte von vergleichbarem technologischen Niveau handeln, die die hohe Qualifikation der Arbeitnehmer berücksichtigt und gleichermaßen forschungs- wie entwicklungsintensiv ist.

— Wie in der Rüstungsproduktion sollte bei diesen Gütern der Staat Auftraggeber sein.

— Nach den zivilen Produkten muß ein langfristiger Bedarf bestehen. Ein Wirtschaftssektor, auf den alle diese Bedingungen zutreffen können, ist der Umweltschutz, um den es bekannterweise in der Bundesrepublik nicht gerade zum Besten steht.

Sauberes Wasser statt scharfer Munition

Nach Schätzungen des Battelle-Instituts beliefen sich die Aufwendungen für den Umweltschutz in den Jahren 1975 bis 1979 auf 80,5 Milliarden Mark oder 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Dagegen sind nach Angaben der OECD in den westlichen Industrieländern mindestens drei Prozent des Bruttosozialprodukts nötig, um eine deutliche Verbesserung des Ökosystems zu erreichen. Die finanziellen und produktionstechnischen Mittel hierzu könnten durch einen weitgehenden Verzicht auf Rüstung freigesetzt werden.

Schon heute produziert eine Reihe von Unternehmen der Rüstungsbranche Umweltschutzsysteme. Das erleichtert eine Umstellung der Produktion, ohne die Arbeitsplätze zu gefährden. So bauen

— die Industrierwerke Karlsruhe neben Infanteriewaffen, Maschinenkanonen und Munition Müllfahrzeuge, Müllverdichter, Kompostieranlagen und Abwässerkläranlagen;

— die Siemens AG neben Radar- und Feuerleitgeräten Meßgeräte zur Überwachung der Umweltverschmutzung;

— die drei Luft- und Raumfahrtunternehmen MBB, VFW und Dornier ähnliche Meßgeräte. Dornier arbeitet darüber hinaus an der Verbesserung von Kläranlagen, MBB an der Weiterentwicklung von Geräten aus dem Bereich der Abfallbeseitigung;

— die Bodensee-Geräte-Werke neben Luft/Luft-Flugkörpern und Laserzielsuchköpfen Systeme zur Konzentrationsmessung von Gasen und Dämpfen;

— die Howaldtwerke-Deutsche Werft AG neben Kriegsschiffen Müllverbrennungsanlagen.

Diese Rüstungsunternehmen hätten in den achtziger Jahren die Möglichkeit, zunehmend Umweltschutzsysteme statt der bisherigen Rüstungsgüter herzustellen und schließlich auch gewinnbringend zu verkaufen...

Initiativen in Richtung auf eine umfassende Abrüstung in Ost und West sind das Gebot der Stunde. Dies um so mehr, da die neue US-Regierung offensichtlich in der Militärlpolitik einen geradezu abenteuerlichen Kurs zu steuern gedenkt. Präsident Reagan hat schon die Parole ausgegeben: Es gehe nicht darum, das „Gleichgewicht des Schreckens“ zu halten; vielmehr müßten die Vereinigten Staaten wieder zur Militärmacht Nummer eins werden. Das SALT-II-Abkommen ist dagegen eines lautlosen Todes gestorben.

Dessenungeachtet scheint die Bundesregierung gewillt, den NATO-Nachrüstungsbeschluß — die Stationierung von Raketen des Typs Pershing II und Marschflugkörpern (Cruise-Missiles) — allen Mahnungen zum Trotz in die Tat umzusetzen. Die SPD-Mehrheit in der Bundesregierung setzt sich damit in Gegensatz zu den Beschlüssen der Gesamtpartei, die noch auf ihrem Berliner Parteitag eine Zustimmung zu dieser Art Nachrüstung an eine Ratifizierung von SALT II geknüpft sowie den „politischen Vorrang“ von Gesprächen mit dem Ziel einer Abrüstung in Ost und West betont hatte. Im betreffenden Beschluß heißt es unter anderem: „Wir setzen uns für die umgehende Ratifizierung des SALT-II-Abkommens ein. Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Wettlaufes gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen.“ Exakt diese Situation ist mittlerweile eingetreten.

Den Frieden erhalten

Die gemeinsame Arbeit an der Verbesserung der Lebensbedingungen verliert ihren Sinn, wenn es nicht gelingt, die wichtigste Vorbedingung dieser Arbeit zu erhalten: den Frieden. Daß der Kampf um die Sicherung des Friedens — mithin das konsequente Eintreten für Entspannung und Abrüstung — gerade für die Arbeitnehmer von zentraler Bedeutung ist, kann kein klardenkender Zeitgenosse in Frage stellen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Kurt Georgi, zog die Lehren aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Auf die Frage, wer im Kriegsfall das schlechtere Ende für sich hat, gab er eine treffende Antwort: „Noch bei allen kriegerischen Auseinandersetzungen sind es vornehmlich die Arbeitnehmer und ihre Familien gewesen, denen man die Last und die Leiden des Krieges aufgebürdet hat. Noch immer waren es doch im wesentlichen ihre Söhne, die auf den Schlachtfeldern den Blutzoll für diejenigen zahlen mußten, die am Rüstungsgeschäft den großen Profit machen und die noch bei jedem Kriegsgeschehen ihre Schächten ins Trockene zu bringen wußten.“

In diesem Sinn stehen die Gewerkschaften in der Pflicht, allen Bestrebungen nach militärischer Hegemonie eine deutliche Absage zu erteilen und das lebensbedrohende Drehen an der Rüstungsschraube nach Kräften zu verhindern. Dazu gehört auch der Widerstand gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß...

Dietlef Feldhoff

Aufgaben der Gewerkschaften

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, beschäftigt sich in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben des Zentralorgans seiner Gewerkschaft mit Problemen, die zur Lösung drängen. (Nr. 1 und 2/81). Nachfolgend dokumentieren wir die Aussagen, die Mahlein zur Tarifpolitik mit Schwerpunkt 35-Stunden-Woche machte.

Unser 12. ordentlicher Gewerkschaftstag hat für die Zukunft entsprechende Zielsetzungen vorgegeben. Auf einen kurzen Nenner gebracht, lassen sie sich wie folgt zusammenfassen:

- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich unter Ablehnung der Fortsetzung der „Freischichten-Politik“; als unterstützender Teil einer aktiven staatlichen Arbeitsmarktpolitik zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung;
- Mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze durch Abwehr eines technischen Fortschritts, der lediglich auf die Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Gewinnmaximierung ausgerichtet ist;
- eine kaufkraftsichernde Lohn- und Gehaltspolitik, unter Ablehnung der konservativ-wirtschaftspolitischen These der Mehrheit des Sachverständigenrates zur anhaltenden Senkung der Lohnkosten durch tarifpolitische Zurückhaltung;
- Verbesserung der Tarifstruktur durch Anpassung an die veränderten ökonomischen und technologischen Bedingungen;
- Schaffung von gleichen und einheitlichen tariflichen Ansprüchen und Leistungen für Arbeiter und Angestellte;
- verstärkte Durchsetzung des Grundsatzes „Gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit“;
- tarifvertragliche Regelung der Aus-, Fort- und Weiterbildung, um berufliche Qualifikation zu ermöglichen, zu erhalten und zu fördern, sowie eine zeitgerechtere prozentuale Anbindung der Ausbildungsvergütungen an den Facharbeiterecklohn. (Aus „druck und papier“ 1/81)

Mit der Unternehmerstrategie auseinandersetzen

Die derzeitige Unternehmerstrategie muß gesehen werden vor dem Hintergrund verengter Verteilungsspielräume für das Kapital, wie sie sich seit Mitte der siebziger Jahre abzeichnen. Um trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen die Gewinne auf dem gewohnten Niveau zu halten, wird angestrebt, die Folgen dieser Situation einseitig auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen. Die Konsequenzen einer solchen Strategie sind — kurz formuliert — die folgenden:

- Aussonderung der weniger leistungsfähigen Teile der Arbeitnehmerschaft aus dem Arbeitsprozeß;
- rücksichtsloser Verschleiß der Arbeitskraft bei den verbleibenden Beschäftigten;
- Abbau des Lebensstandards und sozialer Errungenschaften der Arbeitnehmer.

Es handelt sich dabei um ein Konzept aus einem Guß; um eine allseitig abgestimmte Strategie des gesellschafts- und sozialpolitischen Rückschritts, das mittels Tabu-Katalog und Aussperrung, aber auch durch politischen Druck durchgesetzt werden soll.

Gewerkschaftliche Gegenwehr ist notwendig

Sollte es den Unternehmern gelingen, diese Politik ohne größere Abstriche zu verwirklichen, wäre damit eine einschneidende und dauerhafte Schwächung der Gewerkschaftsbewe-

gung verbunden. Dies nicht nur, weil eine Verschlechterung der sozialen Situation der Arbeitnehmer in jedem Fall eine Niederlage für uns wäre. Wesentliches Element der Unternehmerstrategie ist darüber hinaus die Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft, die Privilegierung einzelner Teile und die Aussonderung anderer. Dies müßte die Interessengegensätze innerhalb der Mitgliedschaft verschärfen. Eine Gewerkschaftspolitik, die sich darauf einließe, könnte von bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern nicht mehr als Vertretung ihrer Interessen gesehen werden; die Gefahr ständisch orientierter Abspaltungen oder ständig innerer Zerreißproben wäre die Folge. Außerdem zielen zukünftige Rationalisierungswellen darauf hin, weitere Teile der Arbeitnehmerschaft — auch gut organisierte Kerngruppen — in ihrer sozialen Existenz zu gefährden. Das müßte die organisatorische Basis der Gewerkschaften schwächen, wenn es nicht gelänge, solche Entwicklungen zu beeinflussen und ihre Wirkungen auszugleichen. Bei den Druckern und Setzern erleben wir schon Beispiele für solche Prozesse.

Eine Anpassung an vorgebliche „Sachzwänge“ der unternehmerischen Politik müßte auf mittlere Sicht die Grundlage für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Politik ernsthaft gefährden. Die Alternative kann nur sein, sich ausschließlich an den Interessen der Arbeitnehmer zu orientieren, auf dieser Basis gewerkschaftspolitische Konzeptionen zu entwickeln, diese den unternehmerischen Anstrengungen entgegenzustellen und möglichst günstige Ergebnisse zu erzielen, damit bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen die Interessen der Arbeitnehmer mit berücksichtigt werden. Allerdings, was heißt „an den eigenen Interessen orientieren“? Was bedeutet das in der gewerkschaftspolitischen Praxis?

An den Interessen der Arbeitnehmer orientieren

Die Gewerkschaften — nicht zuletzt auch die IG Druck und Papier — haben im Lauf der letzten Jahre einen umfangreichen Katalog von Alternativvorschlägen und -forderungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie auch zahlreiche tarifpolitische Möglichkeiten entwickelt, die eine Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer zum Ziel haben: Beschlüsse von Kongressen, programmatische Vorlagen, Aktionsprogramme usw. An keinem Punkt kann davon gesprochen werden, daß die Gewerkschaften der Bundesrepublik die Linie der Unternehmer zum Arbeitsplatz- und Sozialabbau akzeptiert hätten und Verschlechterungen für die Arbeitnehmer widerspruchslos hinzunehmen bereit wären. Trotzdem ist es nur in einzelnen Fällen gelungen, die unternehmerische Offensive abzublocken. Insbesondere konnte die Auseinandersetzung für einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche nicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Eine der Ursachen dafür muß darin gesehen werden, daß wir zwar jeweils dann, wenn von der Gegenseite soziale Errungenschaften angegriffen werden, zu deren Verteidigung antraten. Es ist uns aber bisher nicht ausreichend genug gelungen, unsere zahlreichen richtigen und notwendigen Einzelforderungen in ein strategisches Gesamtkonzept einzubinden, das dem der Unternehmer qualitativ entsprechen würde. So gelingt es diesen immer wieder, die Forderungen einer Gewerkschaft oder einer Beschäftigtengruppe als Verletzung der Interessen anderer Arbeitnehmer hinzustellen und damit auch nicht immer erfolglos zu bleiben. Jüngstes Beispiel war der Streik der „Postler“, der angeblich auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung geführt wurde.

Auf den Kern gewerkschaftlicher Interessenvertretung besinnen

In dieser Situation geht es darum, uns auf den Kern dessen, was gewerkschaftliche Interessenvertretung bedeutet, zu besinnen. Eine Organisation wie die Einheitsgewerkschaft muß sich auf die Formulierung und Vertretung der grundlegenden Interessen aller abhängig Beschäftigten stützen. Besondere Forderungen einzelner Gruppen können nur dann ohne Ge-

fährung der Gesamtbewegung wirksam vertreten werden, wenn sie von diesen gemeinsamen Grundinteressen abgeleitet werden. Umgekehrt bedeutet das, daß wir Forderungen aufstellen und vertreten müssen, in denen alle Gruppen von Arbeitern und Angestellten ihre eigenen Interessen formuliert sehen, und die gleichzeitig eine alternative Antwort auf die verschiedenen negativen Konsequenzen der unternehmerischen Politik geben.

Dieses Gebot der Vereinheitlichung der Politik der Gewerkschaften gewinnt an Bedeutung einerseits angesichts dessen, daß sich durch die technologische Entwicklung und die unternehmerische Politik die Gegensätze zwischen den vordergründigen Interessen verschiedener Arbeitnehmergruppen verschärfen werden, andererseits weil eine Zersplitterung unserer Kräfte in Auseinandersetzungen an verschiedenen Fronten — ohne integrierende Strategie — die Durchsetzungskraft schwächen muß. Unter beiden Gesichtspunkten scheint mir der Forderungskomplex nach Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen, wie er vom Deutschen Gewerkschaftsbund entwickelt worden ist — insbesondere aber die 35-Stunden-Woche, das entscheidende Bindeglied zu sein.

35-Stunden-Woche — mehr als eine Forderung unter anderen

Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung bedeuten, daß der Strategie der Unternehmer an den wichtigsten Punkten eine gewerkschaftliche Alternative entgegengestellt wird, denn

- sie wirken einerseits dem Verschleiß der Arbeitskraft entgegen,
- sie sind ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit,
- und sie bilden, als vermehrte Freizeit, qualitativ eine Verbesserung des Lebensniveaus. Und dies ist keine abstrakt-analytische Feststellung, sondern dieser Sachverhalt trifft sich mit dem, was die Arbeitnehmer aus ihrer täglichen Praxis heraus an Erfahrungen sammeln. Deshalb können alle Arbeitnehmer die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen als Vertretung ihrer Interessen erkennen.

Daß das so ist, zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre. Dort, wo die 35-Stunden-Woche zum Gegenstand aktueller Forderungen erklärt wurde, war es relativ leicht, die Mitglieder dafür zu aktivieren. Die Erfahrungen zeigen allerdings auch, daß sich solche Forderungen nicht von selbst durchsetzen. Intensive Diskussionen und Überzeugungsarbeit in der Organisation wie in der Öffentlichkeit sind eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Hier ist sicher noch manches nachzuholen; in unseren eigenen Reihen wie im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Dabei sind die verschiedenen Formen von Arbeitszeitverkürzung auf jeweils unterschiedliche Schwerpunktprobleme gerichtet:

- Ein Vorziehen des Rentenalters verbessert die persönlichen Möglichkeiten während des Lebensabends;
- verlängerte Schulpflicht steigert die Bildungschancen besonders für Unterprivilegierte
- mehr Urlaub erlaubt die bessere langfristige Erhaltung der Arbeitsfähigkeit;
- Pausenregelungen u. ä. dienen der Entdichtung von Arbeitsprozessen;
- Die 35-Stunden-Woche schafft während des ganzen Jahres mehr freie Zeit und Erholungsmöglichkeiten.

Arbeitszeitverkürzungsforderungen als Gesamtpaket bilden gewissermaßen eine Klammer, mit der die Anstrengungen in den verschiedenen Bereichen zusammengefaßt werden. Diese Klammerfunktion wird besonders darin deutlich, daß Arbeitszeitverkürzungen gleichzeitig eine Antwort auf die derzeit akuteste Bedrohung für die Arbeitnehmer, die Dauerarbeitslosigkeit, sind.

Diese integrierende und aktivierende Funktion können Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung nur dann voll erfüllen, wenn sie auch wirklich als „Paket“ gesehen und politisch umgesetzt in einer Form aufgestellt werden, die alle Arbeitnehmer ansprechen kann. Das heißt, daß wir uns hüten müssen, eine Form gegen die andere auszuspielen oder Verbesserungen ausschließlich für kleine Gruppen der Belegschaften anzustreben. Genau dahin wollen uns die Unternehmer ziehen; das haben wir mit der Freischichtenregelung 1979 erfahren.

Arbeitszeitforderungen als Paket zu sehen heißt nun sicher nicht, daß es egal wäre, bei welcher Form wir vorrangig Erfolge anstreben. Es ist kein Zufall, daß sich die 35-Stunden-Woche als Kristallisationskern der Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzungen entwickelt hat. Es gibt eine Reihe von Gründen, die dafür sprechen, gerade diese Forderung in den Mittelpunkt unserer tarifpolitischen Anstrengungen der Gegenwart zu stellen:

- Von allen Formen der Arbeitszeitverkürzung ist die 35-Stunden-Woche die weitaus einschneidendste und wirkungsvollste, sowohl was den Freizeit- und Erholungswert angeht, als auch in bezug auf die Sicherung der Arbeitsplätze;
- die 35-Stunden-Woche schafft Freizeit und Erholungsmöglichkeiten auch und gerade in der Zeit des aktiven Arbeitslebens;
- sie ist geeignet, die breitesten Schichten in der arbeitenden Bevölkerung, einschließlich der Arbeitslosen, anzusprechen und für ihre Interessen zu aktivieren;
- sie ist die eindeutigste Form, die Kompromisse im Grunde nur im Umfang, nicht im Inhalt zuläßt und somit die Entschlossenheit der Mitglieder und damit die Durchsetzungskraft der Organisation stärken kann;
- und sie erlaubt die Verknüpfung von Tarif- und betriebspolitischer Ebene, weil die Frage der Wochenarbeitszeit auch in Betriebsvereinbarungen, Überstundenregelungen und anderen Formen zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht werden kann. Das erleichtert die Aktivierung der Mitglieder.

Der zentrale gewerkschaftspolitische Stellenwert der 35-Stunden-Woche ergibt sich also aus ihrer hohen und vielfältigen Wirksamkeit und ihrer breiten Verallgemeinbarkeit. Sie ist unter den derzeitigen Bedingungen die Forderung, in der sich ein gewerkschaftliches Alternativkonzept gegen die Unternehmerstrategie manifestieren kann. Dieser Standpunkt wurde von unserem Gewerkschaftstag 1980 dadurch bekräftigt, daß neben der tarifpolitischen Entschliebung die Orientierung auf die 35-Stunden-Woche in einem zusätzlichen Antrag nochmals ausdrücklich unterstrichen wurde. Den Stellenwert dieser Forderung haben auch unsere tarifpolitischen Gegner klar erkannt. Nur so ist es zu erklären, daß sich ihr Widerstand und ihre Gegenpropaganda auf die 35-Stunden-Woche konzentrieren, obwohl der derzeitige Zustand noch bis 1983 festgeschrieben ist. Sie wollen schon jetzt neue Dämme errichten.

Die Auseinandersetzung schon jetzt beginnen

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Unternehmer 1983 genauso wenig wie 1979 bereit sein werden, in der Frage der Wochenarbeitszeit irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Deshalb dürfen wir mit den Anstrengungen zur Durchsetzung dieser Forderung nicht bis zum Auslaufen des Manteltarifvertrages der Druckindustrie warten. Es geht darum, und der Gewerkschaftstag 1980 hat uns dazu verpflichtet, schon jetzt einen politischen Vorlauf zu schaffen, damit wir nicht erst dann, wenn wir die Kraft der Organisation benötigen, mit der Mobilisierung in den Betrieben beginnen müssen.

Eine solche Mobilisierung setzt die allgemeine Überzeugung von der Richtigkeit dieser Orientierung voraus. Deshalb sind intensive Diskussionen in allen Teilen der Organisation ohne jedes Tabu notwendig . . .

(Aus „druck und papier“, 2/81)

Für menschengerechtere Gestaltung der Arbeit

Die IG Metall Stuttgart führte im Rahmen ihrer Angestelltenarbeit ein „Technologie-Forum 1980“ durch. Es wurden drei Foren mit jeweils etwa 500 Zuhörern durchgeführt. Im Forum 1 referierte der ehemalige Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Volker Hauff. Im Forum 2 sprach Dipl.-Ing. Helmut Lohr, Vorstandsvorsitzender der SEL AG. Für die Zuhörer am interessantesten war Forum 3. Hier hielt der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, das Referat zum Thema: „Die sozialen Folgen des technologischen Wandels im Büro und die Aufgaben der Gewerkschaften“. Aus ihm dokumentieren wir Auszüge:

Eine zukunftsorientierte Gestaltung der Arbeit hängt untrennbar mit der gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Forderung nach einer „menschengerechten“ Gestaltung der Arbeit zusammen. Daß dabei die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft aufrechterhalten werden muß, will ich nur nochmals vermerken. Betonen möchte ich, daß diese Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht erhalten werden kann ohne die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, die ganz entscheidend von der Gestaltung der Arbeit abhängt. Ob sie den Ansprüchen der Menschen genügt und die Fähigkeit fördert, auf bestimmte Problemsituationen mit originären und detaillierten Lösungsvorschlägen zu antworten, ob also die Gestaltung der Arbeit Kreativität zuläßt, fördert oder behindert, das sind inzwischen Fragen geworden, von denen nicht nur die Gewerkschaften ständig reden, sondern die auch Eingang in Erkenntnisse von Untersuchungen gefunden haben.

So kam beispielsweise das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung in der Untersuchung „Auswirkungen der Mikroelektronik auf Arbeitsinhalte und Arbeitsstrukturen in technisch-administrativen Unternehmensbereichen“ zu der Schlußfolgerung, „daß die Forderung von lebenslangem Lernen mit dem Einzug der Mikroelektronik ins Büro an Bedeutung gewinnt“. Das Fraunhofer-Institut kommt in der genannten Untersuchung weiterhin zu der Erkenntnis, daß nur dann, wenn es gelinge, anstelle einseitiger Rationalisierungskonzepte die technischen und organisatorischen Veränderungen in ihrer Gesamtheit den menschlichen Bedürfnissen anzupassen, daß nur dann langfristig der durch diese Maßnahmen erhoffte Produktivitätszuwachs im Bürobereich erzielt werde.

Die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse bei der Arbeit, die Ansprüche des Menschen im Kernbereich seiner Existenz zu erfüllen, sind hier also nicht Ziel, sondern nur Mittel. Humanisierung der Arbeit degeneriert auf das Niveau der Musik im Kuhstall. Gerade weil wir fleißig sein wollen und nicht faul, weil wir kreativ sein wollen und nicht stumpf, sind wir gegen Arbeitsbedingungen, die faul und stumpf machen, für Arbeitsbedingungen, die Fleiß und Kreativität zulassen. Deshalb kann die Gestaltung der Arbeit nicht nur Sache der Arbeitgeber sein, sie ist auch unsere Sache . . .

Aber was ist nun menschengerechte Gestaltung?

Darauf gibt es noch keine einheitliche Antwort. Im Gegensatz zur Fiktion in der Arbeitswissenschaft gibt es den Einheitsmenschen nicht. Wir wissen zwar, welche materiellen und immateriellen Bedürfnisse vorhanden sind, daß Sicherheit neben dem Einkommen eine wichtige Funktion hat, daß soziale Kontaktmöglichkeiten während der Arbeit mit anderen Menschen das Arbeitsklima ganz erheblich bestimmen, daß höhere Freiheitsgrade bei der Arbeitsgestaltung entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Kreativität der Menschen haben. Kreativität kann man nicht befehlen, aber man kann sie fördern oder zerstören. Menschen, denen es in ihrer Existenzmitte am Arbeitsplatz abgewöhnt wurde, in Zusammenhängen zu

denken, die werden sich auch in einer immer komplizierteren Gesellschaft nicht zurechtfinden, werden apolitisch, werden sich zurückziehen . . .

Gewerkschaften aber, die etwas verändern wollen, brauchen genau das Gegenteil. Für einen Gewerkschafter, der ein bißchen Erfahrung mit Tarifpolitik hat, stellt sich die Frage der theoretischen Lösung eines Problems stets im Zusammenhang mit der Machtfrage. Unsere Forderungen müssen durchsetzbar sein: vom Kräfteverhältnis her, betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich. Dies alles kann aber durch Tarifvertrag aktiv gestaltet werden. Das aber setzt voraus eine breite Diskussion dessen, was wir wollen, damit daraus tragfähige Forderungen entstehen. Die Tragfähigkeit von Forderungen hängt ab vom Grad der Identifikation, der gewonnenen Einsichten in Entwicklungen, Probleme und Ziele. Darauf zu verzichten würde bedeuten, daß die Arbeitnehmer nicht nur unter der fehlerhaften Entwicklung zu leiden, sondern auch die Folgen zu tragen hätten.

Richtung von Entwicklungen muß geändert werden

Wir müssen unsere beschränkte Kraft dort einsetzen, wo die Richtung von Entwicklungen geändert werden kann, geändert werden muß. Wo beispielsweise verhindert werden kann, daß elementare Bedürfnisse der Menschen ähnlich wie in der Schlußfolgerung der Untersuchung des Fraunhofer-Instituts: „Humanisierung der Arbeit“ auf das Niveau der Musik im Kuhstall geraten.

Die Begriffe Rationalisierung und Automation haben längst ihren Geruch von Maschinenöl, nach Werkhallen und Fließbändern verloren. Die Arbeitswelt der Angestellten wird von Grund auf umgekrempelt, die Tätigkeiten werden in Teil-Arbeitsabläufe zerstückelt, die menschliche Leistung soll maschinengerecht gemacht werden. Die totale Kontrolle der Leistung war bisher nur bei den Blaumännern, bei den Arbeitern üblich. Auch dies wird sich ändern. Pensums-Vorgaben und Zeitmessungen, bisher nur im Produktionsbereich eingesetzt, gehören in vielen Großbetrieben heute bereits zum Büro-Alltag. Doch dies wird nicht die einzige Konsequenz sein. Weitere Folgen werden sein Monotonie, Arbeit mit geringem Inhalt und ständige Wiederholungen, Entpersonalisierung und Entqualifizierung der Arbeit. Diese Art Fortschritt kommt auf leisen Sohlen. In der Regel werden vorher die Böden mit Teppichen ausgelegt, auch auf ein paar Blumen, auf mehr Licht, farbige Maschinen usw. kommt es nicht an. Die Geschäftsleitungen zeigen sich großzügig.

Die sozialen Ansprüche an die Qualität der Lebens- und Arbeitsbedingungen steigen. Dazu haben wir wesentlich mit beigetragen. Die industriellen Arbeitsplätze müssen mithalten können in Konkurrenz zu anderen Bereichen, zum Beispiel im öffentlichen Dienst. Die Schaffung von tariflichen Rahmenbedingungen für höherwertigere und attraktivere und damit auch mehr soziales Ansehen schaffende Arbeitsplätze ist möglich. Die Festschreibung von Mindest-Arbeitsinhalten ist ein Ziel, das bei den Arbeitern im Lohnrahmentarifvertrag II in einem ersten Schritt bei der Taktzeitbeschränkung versucht wurde, das fortentwickelt werden muß, und ein Mindestmaß an Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten schafft, was ja wohl zu den wesentlichen Grundrechten der Arbeit und eines Menschen gehört.

Ausbildung und Weiterbildung sind notwendig

Fundierte Ausbildung und regelmäßige Weiterbildung während der Arbeitszeit sind notwendige Voraussetzungen, nicht nur, um den sich wandelnden beruflichen Anforderungen an die Arbeitnehmer gerecht zu werden, nicht nur, um die Fähigkeit der Arbeitnehmer zur intellektuellen Mobilität zu erhöhen und die Voraussetzung dafür zu schaffen, nicht nur, um den Arbeitnehmern mehr individuelle Sicherheit im Markt zu geben, nicht nur, um ihnen die zunehmenden Existenzängste mit zunehmendem Alter zu nehmen, weil sie Angst vor der besseren

Ausbildung der nachfolgenden Jugend haben müssen, sondern auch, um die Unternehmen überhaupt in die Lage zu versetzen, den sich verändernden Marktbedingungen Rechnung tragen zu können, sondern auch, um Ausländer nicht länger als Puffer gegen unsere Humanisierungsforderungen nutzen zu können, weil ihr soziales Anspruchsniveau, niedriger als unseres, dieses erlaubt.

Die veränderten Marktbedingungen werden geprägt sein von dem Zwang zur flexibleren Fertigung, denn die Innovationszyklen werden kürzer, und die Produkte wechseln schneller. Während sich beispielsweise die erste Generation der Fernschreiber achtzig Jahre halten konnte, konnte sich die zweite Generation nur noch zwischen zwei und vier Jahren halten. Es besteht zwar Spezialwissen, aber genau dieses Wissen veraltet wieder sehr schnell. Die Anpassungszeiten werden sehr kurz, und die Entwicklung eines Produkts zur Marktfähigkeit kann so lange dauern, daß in der Zwischenzeit schon ein neues System entwickelt worden ist. Dieser technische Zyklus bringt neben den arbeitsmarktpolitischen Risiken für die Beschäftigten auch ein dauerndes Risiko des Qualifikationsverlustes und damit verbundene Verdiensteinbußen mit sich, wenn die heutigen Eingruppierungskriterien bei Arbeitern und Angestellten bestehen bleiben.

Es wäre sozial unverträglich, wenn immer neue Technologien den wirtschaftlichen Reichtum insgesamt steigern würden, die Arbeitnehmer aber diese Steigerung des allgemeinen wirtschaftlichen Reichtums mit dem individuellen sozialen Abstieg bezahlen müßten. Die unteren Lohngruppen bei den Arbeitern werden trotz des Widerstandes der Arbeitgeber sozial immer unverträglicher, und dies nicht nur wegen der damit verbundenen niedrigen Löhne...

Neues System der Eingruppierung

Für wichtig dabei halte ich, daß zusätzliche Weiterbildungsansprüche nicht irgendeinem Bildungssystem aufgepfropft werden, sondern, und dazu werden wir demnächst Vorschläge zur Diskussion stellen, mit einem neuen System der Eingruppierung unmittelbar verknüpft und an Rationalisierungsfolgen gekoppelt werden. Die Kosten dafür müssen dem Unternehmer aufgebürdet werden, damit sie in die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung eingehen und nicht weiterhin über die Sozialleistungen vergesellschaftet werden. Ein neues Eingruppierungssystem, über das wir gegenwärtig in den dafür zuständigen Gremien nachdenken, darf nicht mehr die besonders bei den Grundlohndifferenzierungen der Arbeiter zutage tretenden Nachteile aufweisen. Hier ist es bislang ja so, daß mittels der analytischen Arbeitsbewertung, aber auch mittels des summarischen Systems jede kleinste Veränderung der Arbeitsanforderung empfindsam wie bei einem Seismographen angezeigt wird.

Arbeitnehmer brauchen Sicherheit im sozialen Status

Da aber der Prozeß der Umwandlung von Basis-Innovation in Prozeß-Innovation oder Produkt-Innovation natürlich Folgen für die konkrete Gestaltung der Produktion hat und der Arbeitgeber bislang weitestgehend allein über die Gestaltung der Arbeit entscheidet, wird sich die von uns bejahte technologische Entwicklung zu einer sich ständig beschleunigenden Änderung der sozialen Besitzstände der Arbeitnehmer auswirken. Wer aber motiviert sein soll, Veränderungen sogar von sich aus zu forcieren, dem kann man nicht zumuten, dies in ständiger Angst um seine soziale Existenz und die seiner Familie zu tun. Ihm muß Sicherheit im sozialen Status zugestanden werden. Deshalb also: Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für technologischen Wandel, genau so wie die Bereitschaft der Arbeitnehmer zu mehr intellektueller Mobilität.

Grundlage dieses neuen Eingruppierungssystems ist eine Entgelt-Differenzierung, die gleiche Bedingungen für Arbeiter und Angestellte vorsieht, die sowohl den Gesichtspunkt der Lohnsicherung und des Lohnausbaues dynamisch aufnimmt als auch die Sicherung und den Ausbau der erworbenen Qualifi-

kation fördert. Wir haben dies konkret gemeint, daß wir darüber nachdenken, ob es nicht möglich wäre, regelmäßige, nach einer gewissen Zeit der Beschäftigung anfallende periodische Bildungsmaßnahmen in das System der Eingruppierung und damit Höhergruppierung einzubauen. Unter Qualifikation in diesem Sinne wollen wir nicht nur die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten verstehen, die am Arbeitsplatz unmittelbar abgerufen werden können, sondern es soll neben einer Vermittlung von breiten Grundkenntnissen den Arbeitnehmer befähigen, die Umstände der Produktion zu erkennen und somit natürlich auch seine eigenen Interessen und seine Zukunftsperspektiven besser formulieren zu können.

Gleiche Verdienstchance bei gleicher Qualifikation

Arbeitsbelastungen sollen dabei nicht mehr durch Geld, sondern auf andere Weise abgegolten werden, und die Verdienstchance bei gleicher Qualifikation soll für Arbeiter und Angestellte gleich sein. Das wird nicht einfach werden, denn beide Ziele sind weder erreichbar mit der analytischen Arbeitsbewertung noch mit dem heutigen Leistungslohnsystem. Wir halten nichts von einer Leistungsgesellschaft, in der die Schwachen vor den Starken Angst haben müssen, die Kranken vor den Gesunden und die Alten vor den Jungen. Ich will deutlich machen: Es wird nicht die Leistung an sich kritisiert, so wie wir sie verstehen, sondern das praktizierte Zerrbild des Ideals. Diese Leistungsgesellschaft ist grausam dort, wo industrielle Leistung nur nach den Gesichtspunkten ihrer Verwertbarkeit bemessen wird.

Für Menschlichkeit bleibt hier kein Platz, und Ausnahmen gelten nur, wo sie von uns — den Gewerkschaften — erkämpft wurden, zum Beispiel in den ersten Schritten, die im Lohnrahmentarifvertrag II Nordwürttemberg/Nordbaden getan wurden, die in Südbaden und in Südwürttemberg-Hohenzollern noch nicht ganz, sondern nur teilweise nachvollzogen wurden.

Das Geschrei — ich sehe das schon kommen — wird groß werden, und die Vorwürfe werden reichen von der Zerstörung der unabdingbaren Leistungsentlohnung bis hin zum Untergang des christlichen Abendlandes. Dazu nur soviel: Jeder vernünftige Mensch ist für Leistung — und Arbeitnehmer sind vernünftige Menschen —, denn auf eigene Leistung kann man stolz sein. Arbeitnehmer haben noch nie von einer Art Schlafaffenland geträumt, von einer Gesellschaft von Nichtstuern. Gerade aus dieser Sicht ist es interessant, wer die Leistungsgesellschaft ganz besonders verteidigt. Wir aber halten nichts von der Leistungsgesellschaft, die die Fähigkeiten deformiert, die nach unserem Verständnis erst einen Menschen ausmachen. Wir halten nichts von einem Leistungsbegriff, der nicht den ganzen Menschen erfaßt, sondern nur kleine und kleinste Teilfähigkeiten...

Gesellschaftlicher Druck ist heilsam und notwendig

Zur Durchsetzung all dieser Humanisierungsforderungen ist allerdings gesellschaftlicher Druck nicht nur notwendig, sondern auch heilsam, weil die Einsichtsfähigkeit der Unternehmer mir niedriger erscheint als allgemein angenommen. Dazu ein Originalton von Herrn Stihl, dem neuen VMI-Vorsitzenden. Ich zitiere: „Der Streik in der Stahlindustrie 1978/1979 hat jedoch gezeigt, daß Arbeitskämpfe heute nicht mehr so relativ ungefährlich wie früher sind, als sie nur geringe Auswirkungen auf Dritte hatten.“ Man merke: Solange Arbeitskämpfe relativ ohne Wirkung sind, kann man sie dulden. Ich fahre fort im Zitat: „Heute ist die Wirtschaft so eng verzahnt, daß dem Staat eventuell nichts anderes übrig bleiben könnte, als den Arbeitskampf einer gesetzlichen Regelung zu unterwerfen, wenn der Verteilungskampf weiter an Härte zunimmt.“

Ich will weder zu den Schwarzmalern, aber schon gar nicht zu den Weißmalern gehören, denn ich gehe davon aus, daß der gesellschaftliche Druck zur Lösung der von mir geschilderten Probleme zunehmen muß, weil wir sonst in Entscheidungsnot geraten.

Hauptenergiequelle ist und bleibt Kohle

In unserem Land findet gegenwärtig wieder eine heftige Diskussion über die Energiepolitik statt. Soll Brokdorf gebaut werden, brauchen wir überhaupt Kernkraft? Die USA und die CDU/CSU warnen vor einem Vertrag über eine Ausweitung der Erdgaslieferungen aus der Sowjetunion. Einen informativen Artikel „Kohle und Energieprobleme“ fanden wir in der Zeitschrift „Sowjetunion“ (Nr. 1/1981), den wir nachfolgend dokumentieren.

Bereits Mitte des 20. Jahrhunderts wurde die ausreichende Versorgung mit Wärme und Energie zu einem der wichtigsten Merkmale, zu einer Garantie für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. Der in der Welt spürbare Brennstoffmangel zwingt zur Suche nach neuen Energiequellen. Fachleute setzen ihre Hoffnungen auf die Atom- und thermonukleare Energietechnik, die bei uns (d. h. in der Sowjetunion, NACHRICHTEN) maximal entwickelt werden. Man arbeitet an einem großzügigen Programm zur beschleunigten Entwicklung der Erdöl- und Erdgasindustrie Westsibiriens. Die Einstellung zu den alten Energieträgern, d. h. zu Kohle, Brennschiefer und Torf, wird überprüft. Was die Nutzung der Kohle betrifft, so muß sie zum Unterschied vom Beginn unseres Jahrhunderts in einer qualitativ anderen Form erfolgen, auf der Basis der gewachsenen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik und unter Berücksichtigung der Aufgaben des Umweltschutzes.

Vor zehn Jahren schien es noch, die Kohle hätte für alle Zeiten die Bedeutung verloren, die sie einst — bis zum Ansturm neuer Energiequellen — gehabt hatte. Es sah so aus, als ob Kohle um die Jahrhundertwende schon keine wesentliche Rolle mehr spielen würde. In den westlichen Ländern wurden Kohlengruben geschlossen. Benzin, Petroleum und Masut — die riesige Zahl von Tankwagen auf den Autobahnen und den Kesselwagen im Bahnverkehr, die Karawanen aus Tankern und die riesigen Rohrleitungen prägten das Bild. Es war kaum vorzustellen, daß diese riesigen Erdölströme einmal versiegen könnten.

Mit einem Wort, die Kohle, dieses „schwarze Gold“, erlebte schwarze Tage. Und plötzlich... In den letzten drei Jahren steigt die Kohleförderung in der Welt ständig. Die USA wollen die Kohlegewinnung in den nächsten Jahren fast verdoppeln. In England hat man beschlossen, Komplexe mit einer Jahresleistung bis zu 30 Mill. t zu errichten. Gruben und Tagebaue in der BRD, in Australien, Kanada, Japan, Indien und anderen Ländern werden ausgebaut.

Die Welt ist genötigt, ihre Energiepolitik zu überprüfen. Dieser Politik liegen die 12,5 Billionen t Einheitsbrennstoff zugrunde, die es auf der Erde gibt. Davon entfallen über 11 Billionen auf Kohle. Das würde reichen, um Hunderte Jahre lang den ganzen Energiebedarf zu decken. Kohle gibt es überall — auf Spitzbergen und in der Antarktis, in Neuseeland und in den Appalachen, im Dschungel am Amazonas und in den Steppen am Donez.

Andere Energiequellen, die fähig wären, das Erdöl und Erdgas abzulösen, gibt es praktisch nicht. Mit Wasserkraft könnte man selbst bei vollständiger Nutzung aller Ressourcen der Welt höchstens 5 Prozent des Energiebedarfs decken.

Und die Kernkraftwerke? Ja, sie sind ökologisch, sie verbrauchen keinen Sauerstoff und verschmutzen nicht die Umwelt. Aber die Kernenergie ist erst 25 Jahre alt. Die damit zusammenhängenden Probleme sind noch nicht endgültig gelöst. Und obwohl der Anteil der Kernkraftwerke ständig steigt, wird sie um die Jahrhundertwende höchstens 20 bis 30 Prozent in der Gesamtbilanz ausmachen.

Die Sonne, die Kernfusion, die Wärme des Erdinneren, der Wind und die Gezeiten — diese Energiequellen werden noch lange nicht in der Lage sein, die Hauptbürde der industriellen Energieversorgung zu übernehmen.

Also werden es hauptsächlich die Wärmekraftwerke sein, die die Welt noch lange mit Strom versorgen müssen. Erdöl und Gas müssen aber gespart werden. Folglich wird gerade Kohle als Brennstoff die Rolle eines Lückenbüßers übernehmen müssen, bis es gelingt, neue Energiequellen zu erschließen. Einer der größten Fachleute der Energiewirtschaft, Akademienmitglied M. Styrikowitsch, ist der Ansicht, daß der Anteil der Kohle am weltweiten Energieverbrauch bis zum Jahr 2025 unentwegt steigen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Förderung das Zwei- bis Dreifache erreichen und neun bis zehn Md. Tonnen Brennstoffeinheiten pro Jahr ausmachen.

Etwa die Hälfte der Weltvorräte an Kohle — fünf von den sieben größten Kohlenbecken des Planeten — liegen in der Sowjetunion. Jede dieser Lagerstätten birgt über 500 Md. t Kohle. Das Vorkommen von Kansk-Atschinsk würde beim heutigen Stand der Förderung für 1000 Jahre reichen. Die riesigen Kohlenvorkommen in Südjakutien, an der Tunguska, an der Lena und auf der Taimyr-Halbinsel sind fast unberührt. Das sind fast unerschöpfliche Vorratskammern an konservierter Energie.

Obwohl der Anteil der Kohle an der allgemeinen Energiebilanz des Landes relativ zurückging, stieg die Förderung in der Sowjetunion ständig und erreichte 1980 745 Mill. t. Von großer Bedeutung ist ferner, daß man viele große Lagerstätten im Tagebau erschließen kann, was die wirtschaftlichste Methode ist. Nehmen wir das Becken von Kansk-Atschinsk, das sich über 600 km längs der Transsibirischen Eisenbahn hinzieht. 70 und mehr Meter starke Kohlenschichten liegen buchstäblich an der Erdoberfläche.

Als aussichtsreichste Entwicklungsrichtung der Wärmeenergie mit Kohle als Treibstoff betrachtet man in der Sowjetunion die Errichtung von Treibstoff- und Energiekomplexen, die aus großen Tagebauen und großen Wärmekraftwerken bestehen. Das ermöglicht es, an Ort und Stelle billigen Strom zu erzeugen. Im Revier von Kansk-Atschinsk sollen 6–8 Wärmekraftwerke entstehen. Jedes Kraftwerk wird 6400 MW Leistung erbringen, also mehr als das heute weltgrößte Wasserkraftwerk Krasnojarsk.

Das Vorkommen von Ekibastus soll gleichfalls einer der wichtigsten Kohlelieferanten werden. Die Kohlenflöze sind hier 100 bis 180 m stark und liegen gleichfalls dicht an der Oberfläche. In einem Grußschreiben an die Erbauer des größten Tagebaus der Welt „Bogatyr“ (projektierte Leistung — 50 Mill. t Kohle pro Jahr!) betonte L. I. Breshnew, daß „die Inbetriebnahme dieses Kohlegiganten es ermöglichen wird, den Bedarf der Volkswirtschaft von Kasachstan, Mittelasien, dem Ural und Westsibirien an Treibstoff und Energie vollständiger zu decken“. Er sprach die Überzeugung aus, daß die Erfahrungen des großangelegten Bauvorhabens von Ekibastus „bei der Errichtung der Treibstoff- und Energiekomplexe von Kansk-Atschinsk und Südjakutien sowie bei anderen Objekten der Kohleindustrie genutzt werden“.

Die Kohlenvorräte sind in der Sowjetunion groß, die Förderung ist rentabel, die Zuwachsraten lassen sich sehen.

Man kann aber heute Kohle nicht auf alte Weise verbrennen, nicht Berge aus Asche und Schlacke anhäufen, nicht den Boden und das Wasser verschmutzen und die Atmosphäre mit Millionen Tonnen Schwefeldioxyd, Stickstoffmonoxyd und Kohlenoxyd verseuchen. Das könnte sich für die ohnehin in Mitleidenschaft gezogene Biosphäre des Planeten als verhängnisvoll erweisen. Die Kohle muß so verbrannt werden, daß dieser Brennstoff effektiv genutzt und die Umwelt nicht durch schädliche Abgänge verseucht wird.

Sowjetische Forscher haben bereits zahlreiche interessante

und aussichtsreiche Lösungen vorgeschlagen. Die Kraftwerke wenden effektive Systeme zum Auffangen der Asche, des Schwefel- und Stickstoffoxyds an, so daß nur noch ein Bruchteil dieser schädlichen Stoffe in die Atmosphäre gelangt.

Man hat eine Methode zur Verbrennung von Kohle in Dampfkesseln mit Wirbelschicht entwickelt, die die Kohle zum Unterschied von traditionellen Kesseln beim Verbrennen von Schwefel und anderen schädlichen Stoffen säubern. Die Kohle verbrennt wirklich vollständig und gibt ein Maximum an Wärme her.

Man sucht in der UdSSR weiterhin nach wirtschaftlicheren Prozessen zur Vergasung von Kohle. Dieses Gas ist vorläufig noch zwei- bis dreimal so teuer wie Erdgas. Ein aussichtsreiches Schema zur Vergasung von Kohle unter Benutzung der Wärme von Hochtemperatur-Kernreaktoren, die heute entwickelt werden, verspricht, dieses Gas konkurrenzfähig zu machen.

Doch am angelegentlichsten befassen sich die Wissenschaftler mit der Anreicherung von Braunkohle. Braunkohle macht bekanntlich bis zu 40 Prozent der Weltkohlevorräte aus. Sie wird in den USA, Australien, der DDR, der BRD und der Türkei gewonnen. Auch das Kohlrevier von Kansk-Atschinsk liefert Braunkohle. Sie gehört zu den billigsten Kohlesorten der Welt.

Ein Forscherteam des Krshishanowski-Instituts für Energietechnik hat eine Methode zur Hochgeschwindigkeitspyrolyse von Kohle erarbeitet, die zur Grundlage für eine prinzipiell neue Richtung, für die komplexe energietechnische Verarbeitung von festem Brennstoff wurde. Die vorgeschlagenen originellen Methoden gestatten es, die Kohle innerhalb von Hundertstel-, ja sogar Tausendstelsekunden auf die nötige Temperatur zu bringen. Das ermöglichte eine intensivere Verarbeitung der Kohle und eine erhöhte Ausbeute an nützlichen Produkten.

In Krasnojarsk geht gegenwärtig die weitest entwickelte industrielle Anlage zur komplexen Verwertung von Braunkohle — ETCH-115 — ihrer Fertigstellung entgegen. Sie wird jährlich aus Braunkohle bis zu 300 000 t Halbkoks — das ist ein heizkräftiger Brennstoff für Kraftwerke und Hochöfen — sowie rund 120 Mill. cbm Brenngas und 100 000 t Teer zur Weiterverarbeitung erzeugen. Aus diesem Teer kann man rund 50 000 t Heizöl, 25 000 t Benzin, bis zu 20 000 t Bitumen und Tausende Tonnen anderer wertvoller chemischer Produkte erhalten.

Man hat errechnet, daß der wirtschaftliche Effekt selbst dieser industriell gesehen vorläufig noch bescheidenen Anlage rund 3 Mill. Rubel jährlich betragen wird.

Auf der Tagesordnung stehen nunmehr die Projektierung und Errichtung von energietechnologischen Kombinat, die aus einem Tagebau, einem Kohleverarbeitungswerk und einem Wärmekraftwerk bestehen sollen. Jedes Kombinat wird jährlich bis zu 50 Mill. t Kohle verarbeiten können. Es wird ein 5000-MW-Wärmekraftwerk mit Treibstoff versorgen und die Volkswirtschaft außerdem mit Millionen Tonnen Brennstoff und chemischen Stoffen beliefern.

Darüber hinaus wird man mit einer solchen komplexen Kohleverarbeitung endlich einen vollständig geschlossenen Produktionszyklus ohne Abfälle erreichen. Im Kombinat wird man alle nützlichen Komponenten aus der Kohle herausholen, wonach der Trockenrestbestand in Form von Halbkoks in die Verbrennungsöfen der Kraftwerke gelangt. Hier wird sich ein weiterer Vorzug dieser Methode zeigen: Eine Verschmutzung der Atmosphäre, die bei herkömmlichen Methoden der Kohleverbrennung unvermeidlich ist, wird durch die neue Technologie ausgeschlossen. Der neue Brennstoff enthält praktisch keine ökologisch gefährlichen Elemente.

So bahnt man den Weg zur Verwertung der Kohle mit maximalem Nutzeffekt und minimalem Schaden für die Umwelt. Daraus folgt, daß bei einem vernünftigen Herangehen die Menschheit ihre Energieprobleme lösen kann!

Arbeitslos – was tun? Praktischer Ratgeber

Seit Wochen sind die Arbeitslosenzahlen wieder weit über die Millionengrenze gestiegen. Hinzuzurechnen ist die nach wie vor hohe Dunkelziffer von arbeitslosen Frauen, Jugendlichen oder auch Behinderten — den sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes —, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr beim Arbeitsamt melden und somit weder in den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt werden noch irgendwelche Leistungen erhalten. Gleichzeitig bangen Hunderttausende von Kurzarbeitern um ihre Arbeitsplätze und ihre berufliche Existenz.

In dieser Situation will die Neuerscheinung des NACHRICHTEN-Verlages „Arbeitslos — was tun?“ praktische Ratschläge für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte geben. Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Durch die Interpretation der einschlägigen Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes zeigt der Autor Klaus Dammann auf, welche Möglichkeiten für die gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung bestehen, der Vernichtung von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken. Dabei kommt es darauf an, Unternehmerstrategien, die Entlassungen zur Folge haben, rechtzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Sicherlich sind die gesetzlichen Möglichkeiten für die Erhaltung von Arbeitsplätzen oder gar für die Schaffung von neuen Arbeits- und Ausbildungsplätzen begrenzt. Dennoch — und hier liefert der Autor eine Vielzahl von Anregungen und Hinweisen — sollten alle Ansatzpunkte genutzt werden, um Arbeitsplätze zu verteidigen.

Im zweiten Teil des Buches befaßt sich die Autorin Evelyn Butter mit einer ausführlichen Interpretation des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Für den einzelnen Arbeitslosen bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes häufig auch den Verlust von sozialen Bindungen zu seinen Arbeitskollegen oder zur Gewerkschaft. In aller Regel sind den Betroffenen die Rechte, die ihnen zustehen, nicht bekannt. Welche Formalitäten muß man erfüllen, um die finanziellen Leistungen des Arbeitsamtes oder die Möglichkeiten zur Umschulung beziehungsweise der Vermittlung in eine neue Arbeitsstelle wahrzunehmen? Auf welche Fristen muß man achten? Welche Mittel kann man beim Sozialamt beantragen, wenn Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nicht ausreichen? Welche Schritte kann man bei Kurzarbeit unternehmen?

Dies sind nur einige der zentralen Fragen, die in dem neuen Buch des NACHRICHTEN-Verlages ausführlich behandelt werden. Auch für diejenigen, die im Umgang mit Verwaltungen völlig unerfahren sind, gibt der „Praktische Ratgeber“ zahlreiche Hinweise: Das Buch enthält Musteranträge für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie eine ganze Reihe von Entwürfen für den schriftlichen Verkehr mit dem Arbeitsamt. Im Dokumententeil findet sich die neueste Fassung des Arbeitsförderungsgesetzes und der Leistungstabellen der Bundesanstalt für Arbeit, anhand derer sich beispielhaft ablesen läßt, welche finanzielle Unterstützung dem Arbeitslosen zusteht.

Gerade in der gewerkschaftlichen Praxis nimmt der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und die soziale Sicherung der Arbeitslosen an Bedeutung zu. Das Buch dokumentiert daher auch die wichtigsten Beschlüsse der Gewerkschaftstage, die sich mit den Forderungen zum AFG und mit den Rechten von Arbeitslosen beschäftigen.

Klaus Dammann / Evelyn Butter: Arbeitslos — was tun? Praktischer Ratgeber. 312 Seiten, DM 14,—, Bestell-Nr. 024. Bestellungen über den Verlag bitte per Vorkasse, Postscheckkonto Frankfurt, Nr. 3050 40-606. Bei Bestellungen unter DM 30,— kommen DM 2,— für Porto und Verpackung hinzu.

SONDERANGEBOT! für NACHRICHTEN-Leser (bis 31. Mai 1981)

Im Juni erscheint die
vollkommen neu überarbeitete
5. Auflage von

Siebert / Degen / Becker

BETRIEBS- VERFASSUNGS- GESETZ

Kommentar für die Praxis
Mit Wahlordnung und Stichwortverzeichnis
Rund 450 Seiten

Allen NACHRICHTEN-Lesern und Besitzern vorheriger Auflagen dieses konsequent an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientierten Gesetzeskommentares bietet der Verlag die Möglichkeit, sich bereits jetzt ein Exemplar der völlig neu bearbeiteten und erweiterten Ausgabe zum Subskriptionspreis von 15,— DM zu sichern (anschließend 20,— DM = 25 Prozent Vergünstigung).

Für die Neuauflage, die selbstverständlich die neueste Rechtsprechung und Entwicklungstendenzen im Arbeitsrecht berücksichtigt, konnte neben den bisherigen, den Lesern unserer Zeitschrift bekannten und im Arbeitsrecht versierten Autoren Gert Siebert und Barbara Degen, auch ein neuer Mitarbeiter gewonnen werden. Es ist Knut Becker, Betriebsratsvorsitzender einer großen Münchener Druckerei und Herausgeber der Zeitschrift „Gegenpol. Informationen aus dem Arbeitsrecht — Für Betriebsräte und Vertrauensleute“.

Bestellungen zum Subskriptionspreis nur per Vorkasse über den Verlag. Benutzen Sie dazu die anhängende Zahlkarte und tragen Sie bitte die Bestellnummer 033 ein. Bei Bestellungen unter 30,— DM müssen wir 2,— DM für Porto und Verpackung berechnen.

Nachrichten-Verlags-GmbH

Glauburgstraße 66 · Telefon (06 11) 59 97 91
Postfach 18 03 72
Postscheckkonto Frankfurt 3050 40-606
6000 Frankfurt am Main 1

DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders
DM Pf Absender der Zahlkarte		DM Pf Absender des Postscheckkontos	für Postscheckkonto Nr. 3050 40-606	Für Vermerke des Absenders

nr 1:	10. Bundeskongreß des DGB 56 Seiten, 3,- DM, Bestell-Nr. 004	nr 10:	Gewerkschaftsbeschlüsse 1977 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 018
nr 2:	Die Post im Griff der Konzerne 64 Seiten, 3,- DM, 4. Auflage, Bestell-Nr. 005	nr 11:	Stahlkrise an der Saar 96 Seiten, vergriffen
nr 3:	Berufliche Bildung 83 Seiten, 4,- DM, Bestell-Nr. 010	nr 12:	Arbeitskämpfe '77 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 006
nr 4:	Mitbestimmungsgesetz '76 68 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 011	nr 13:	Streik und Aussperrung '78 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 025
nr 5:	Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 012	nr 14:	Am Scheideweg Zum Programm der Gewerkschaft Textil – Bekleidung 66 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 028
nr 6:	Zur Gewerkschaftsjugendbewegung 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 013	nr 15:	Angestelltenrationalisierung und Gegenwehr 110 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 030
nr 7:	Gewerkschaften 1976. Beschlüsse... 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 014	nr 16:	Ziel: 35 Stunden 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 029
nr 8:	Tariffbewegung und Arbeitskämpfe 1976/77 80 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 015	nr 17:	Gewerkschaftsbeschlüsse 1980 96 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 035
nr 9:	Steinkohle – sichere Energie, mehr Arbeitsplätze 80 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 016		

In der Diskussion hielt man nichts von solcher politischer Abstinenz. Die GEW dürfe in dieser Frage nicht herumlavieren. Verwiesen wurde auf das Bildungspolitische Programm von 1977, in dem es heißt, daß die Bildungsausgaben gesichert und erhöht werden könnten durch die Veränderung politischer Prioritäten. Dies werde unter anderem möglich durch „eine konsequente Entspannungspolitik und eine nachhaltige Unterstützung aller Abrüstungsbemühungen“. Dies müsse „zu erheblichen Einsparungen im Rüstungshaushalt genutzt werden“.

Heinz Schäfer

„Arbeitskreis alternative Fertigung“ gegründet

Bei der im Panzer- und Kriegsschiffbau engagierten Hamburger Werft Blohm + Voss haben die gewerkschaftlichen Vertrauensleute einen „Arbeitskreis alternative Fertigung“ gegründet. Er will nach zivilen Ersatzprodukten suchen, um die Sorgen der Belegschaft um die Arbeitsplätze auszuräumen. Nach Mitteilung der IG Metall sind in der Werft alle Möglichkeiten einer Umrüstung vorhanden. Statt Panzer und Kriegsschiffe könnten Maschinen und Motoren gebaut werden, ebenso Maschinen für den künftigen Meeresbergbau und für die Erdölförderung im Meer. Nach Mitteilung der Gewerkschaft soll der Arbeitskreis den Weg bereiten, um den nötigen Druck für eine Um- und Abrüstung des Betriebes zu erzeugen.

HBV nennt Aufgaben der Gewerkschaften

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Fortsetzung einer aktiven Tarifpolitik sowie die kämpferische Verteidigung der Mitbestimmungsrechte hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Günter Volkmar, auf einer Mitte Februar in Dortmund stattgefundenen Betriebsräte- und Vertrauensleutenkonferenz seiner Organisation verlangt. Vor den mehr als 500 Teilnehmern bekräftigte der HBV-Vorsitzende die gewerkschaftliche Forderung nach einem Anschlußprogramm für Investitionen u. a. zur Verbesserung der Wohnungsverversorgung. Als zweite Aufgabe nannte Volkmar die Sicherung und den Ausbau der Realeinkommen. „Die Rechnung der Arbeitgeber, die Angst vor Arbeitslosigkeit und Krise zu einer radikalen Wendung in der Verteilungspolitik zu nutzen, darf nicht aufgehen“, betonte er.

Kampagne gegen IGM: „Trauriger Höhepunkt“

Ihren „traurigen Höhepunkt“ in der persönlichen Verunglimpfung einzelner Vorstandsmitglieder hat nach Ansicht des Vorstandes der IG Metall eine Diffamierungskampagne zur angeblichen kommunistischen Unterwanderung in einem Artikel der „Welt am Sonntag“ vom 25. Januar mit der Überschrift „Brigade Honecker im DGB“ erreicht. Diffamiert werden in dem angeführten Artikel die IG-Metall-Vorstandsmitglieder Georg Benz und Hans Preiss. In einer einstimmig angenommenen Erklärung hat sich der IGM-Vorstand hinter die angegriffenen Vorstandsmitglieder gestellt und betont, daß Mitglied der IG Metall nur sein könnte, wer die Sat-

zung anerkennt und die satzungsmäßig gefaßten Beschlüsse befolgt.

IG Chemie will Asbestgefahr bekämpfen

Die IG Chemie-Papier-Keramik sprach sich auf einer am 11. Februar in Hannover stattgefundenen Arbeitstagung dafür aus, den krebserzeugenden Stoff Asbest durch ungefährlichere Materialien zu ersetzen. Das Bundesarbeitsministerium wurde aufgefordert, unverzüglich einen Ersatzstoffkatalog zu erarbeiten und diesen allen Beteiligten zur Verfügung zu stellen.

Ein Skandal: GEW soll 30 000 DM Strafe zahlen

Zu jeweils 3500 DM Geldstrafe hat das Amtsgericht Tiergarten (Westberlin) neun Mitglieder der Bezirksleitung Neukölln der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verurteilt. Anlaß für die Verurteilung war eine Broschüre der Gewerkschaft, in der die Amtsführung des Neuköllner Volksbildungsstadtrats Böhm (SPD) kritisiert und dessen Rücktritt gefordert worden war. Die SPD, so die GEW in einer Presseerklärung, „die in der letzten Zeit so häufig von Neubeginn geredet hat, wird durch die Aufrechterhaltung der Strafverfahren nicht glaubwürdiger“. Die GEW Westberlin fordert nun die sofortige Rücknahme der Strafbefehle.

Hein Fink gestorben

Kurz vor seinem 79. Geburtstag starb in Hamburg Hein Fink, langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Deutschen Werft und Vorsitzender des Werftfachgruppenvorstandes in der IG Metall. Ob im Kampf gegen die Kapp-Putschisten, als Bergarbeiter in Recklinghausen, im Konzentrationslager Fuhlsbüttel, in das ihn die Nazis für fast drei Jahre warfen, als Werftarbeiter oder auch als Bürger-schaftsabgeordneter der KPD in der Hansestadt, Hein stand immer an der Seite der arbeitenden Menschen. Er war einer der Initiatoren der Ruhrfestspiele und sorgte mit dafür, als die Hamburger Künstler nach dem Krieg keine Kohlen hatten, daß sie diese von den Kumpeln an der Ruhr bekamen, vor denen sie auftraten. Hein Fink war NACHRICHTEN-Leser von der ersten Stunde unseres Erscheinens an. Die Redaktion hat von ihm viele Erfahrungen der Arbeiterbewegung vermittelt bekommen. Wir werden ihn nicht vergessen.

PERSONALIEN

Werner Beck, seit 1960 Industriegruppenleiter für die Glas- und später für die chemische Industrie beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik (IG ChPK), wurde Nachfolger von **Horst Mettke**, bisheriger Leiter des IG-Chemie-Bezirks Hessen, der in den geschäftsführenden Hauptvorstand seiner Gewerkschaft gewählt worden war. Personelle Veränderungen gab es auch in der Spitze der IG-Chemie-Bezirke Westfalen und Baden-Württemberg. Im Bezirk Westfalen wurde **Hans Wulf** von **Bernhard Inkmann** abgelöst und in Baden-Württemberg **Reiner Sutterer** Nachfolger von **Gerhard Altmann**, der aus Altersgründen ausschied.

Heinz Bayer, seit 33 Jahren hauptamtlich tätig auf der örtlichen und bezirklichen Ebene bei der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), leitet jetzt die Abteilung Bildung beim GdED-Hauptvorstand.

Leonhard Mahlein, Erster Vorsitzender der IG Druck und Papier, wird am 4. April 60 Jahre. Seit 1968 steht er an der Spitze dieser Gewerkschaft. Zuvor war er lange Jahre Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in Bayern. Auf dem im Oktober 1980 stattgefundenen 12. ordentlichen Gewerkschaftstag wurde Leonhard Mahlein, der sich durch seine Haltung gegen Unternehmerwillkür, Neofaschismus und Aufrüstung über die Grenzen der Bundesrepublik einen Namen gemacht hat, mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Peter Rapke, Diplombibliothekar bei der „Stuttgarter Zeitung“, wurde fristlos entlassen. Der Grund für den Rauschmiß ist die Verteilung des offiziellen Mitteilungsblattes der IG Druck und Papier Stuttgart. Die Gewerkschaft will rechtliche Schritte einleiten, um die Wiedereinstellung zu erreichen.

Uta Stahl, in der Honorarbuchhaltung beschäftigte Kontoristin bei der „Stuttgarter Zeitung“, ist erneut arbeitslos. Bekanntlich war sie wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft fristlos zum 31. Juli 1980 gekündigt worden. Mit Urteil vom 12. November hob das Arbeitsgericht Stuttgart die Entlassung als „verfassungs- und sittenwidrig“ auf. Gegen das Urteil legte der Zeitungskonzern Berufung ein. Vor dem Landesarbeitsgericht Stuttgart soll der Fall nun am 29. April verhandelt werden. Doch solange wollte die Zeitung nicht warten. Auf ihren Antrag entschied nun der LAG-Vorsitzende Richter Leonhard, daß Uta Stahl bis zum rechtskräftigen Abschluß des schwebenden Hauptverfahrens keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung habe.

CDA-Konferenz predigt Verzicht und droht mit Spalterlisten

Die Betriebs- und Personalrätekonferenz der CDA – Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft –, die am 7. Februar in Gießen stattfand, stand deutlich im Zeichen der bevorstehenden Betriebsratswahlen. Das Motto der Bundeskonferenz, zu der rund 500 CDA-Mitglieder geladen waren, lautete: „Den technischen Wandel beherrschen!“ Wie bereits auf früheren Konferenzen dieser Parteigliederung der CDU wurde aber zunächst der Anspruch auf eine vermehrte Anzahl von Betriebsratsmandaten angemeldet.

Norbert Blüm, der Vorsitzende der CDA, eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis, daß Betriebsräte den Arbeitnehmern und nicht den Parteien gehören. Daran schloß er die Aufforderung: „Wählt die Besten!“ Offensichtlich verstand er hierunter jedoch nicht ausschließlich die besten Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten, sondern eher eine Sitzverteilung nach Parteienproporz. Er erhob die Forderung: „Wir wollen entsprechend unserer Stärke beteiligt werden an der gemeinsamen Vertretung der Arbeitnehmer des Betriebes.“ Falls dies nicht erfüllt werde, kündigte er den Kampf an, „notfalls mit eigenen Listen“. In ähnlicher Weise hatte Blüm bereits im Januar auf einer CDA-Konferenz in Castrop-Rauxel mit Spalterlisten gedroht. Damals äußerte er: „Wo unsere ausgestreckte Hand zurückgewiesen wird, gibt's Krach. Dann probieren wir's alleine. Und keine Gewerkschaft soll kommen und uns dann Spalter nennen.“

Eine solche Haltung kann aber doch nur dazu führen, daß eine einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung auseinanderdividiert und damit entscheidend geschwächt wird. Wer derartige Erpressungsversuche startet, dem kann es gar nicht um die Wahl der Besten gehen, sondern vielmehr darum, die Wahlentscheidung der Arbeiter und Angestellten durch Parteienproporz bereits im Vorfeld zu unterlaufen. Wer von vornherein mit Spalterlisten droht, falls die eigenen Parteigänger sich bei einer Wahl nicht durchsetzen können, der scheint eben nicht bereit zu sein, als ausschließliches Kriterium für ein Betriebsratsmandat das gewerkschaftspolitische Engagement anzuerkennen. Im Kern laufen die Blümschen Unverblümtheiten auf eine parteipolitische Fraktionierung der Betriebsräte hinaus und stellen somit auch in diesem Bereich das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in Frage.

Aber nicht nur gegen sozialdemokratische Betriebsräte will der CDA-Vorsitzende zu Felde ziehen, sondern auch gegen kommunistische. In Gießen erklärte er: „Die Besten können keine Kommunisten sein, denn Kommunisten

werden ferngesteuert, sonst sind sie keine Kommunisten. Und wenn sich noch so viele als gute Gewerkschafter maskieren, bleiben sie doch der verlängerte Arm der Parteizentrale.“ Fast möchte man derartige Bemerkungen als eine platte Anleihe aus dem „Oberurseler Papier“ über angebliche Unterwanderungsversuche abtun. Aber auch hier kommt neben der weltanschaulichen Intoleranz zum Ausdruck, daß es Blüm nicht primär um konsequente Gewerkschaftspolitik gehen kann. In einer Erklärung des Parteivorstands der DKP zu den Betriebsratswahlen wird dies als ein Versuch zurückgewiesen, mit der Masche des Antikommunismus aktive Kämpfer für die Interessen der Belegschaften aus den Betrieben hinaus-zumaniplulieren.

Vor diesem Hintergrund mutet es befremdlich an, was Anfang Februar in einem Pressedienst des DGB nachzule-

sen war. Als Ergebnis eines gemeinsamen Gesprächs zwischen dem DGB-Vorsitzenden Vetter und dem CDA-Vorsitzenden Blüm hieß es unter anderem: „Beide Seiten stimmten darin überein, daß eine faire Berücksichtigung der christlich-sozialen Vertreter sowohl bei den Betriebsratswahlen als auch bei der anschließenden Konstituierung der Betriebsräte sichergestellt werden muß.“ Statt solcher Zugeständnisse hätte man eigentlich eher erwarten können, daß der DGB-Vorsitzende den parteipolitischen Ansprüchen auf Betriebsratsmandate und den Drohungen mit Spalterlisten eine deutliche Abfuhr erteilt.

Denn es zählt doch der gewerkschaftspolitische Einsatz und das Programm, mit dem die Kandidaten antreten. In dieser Richtung bot allerdings der weitere Verlauf der Gießener CDA-Tagung denkbar wenig. Es wird den Betriebs- und Personalräten, gleichgültig, ob und wo sie politisch organisiert sind, wenig helfen, wenn sie als Ausweg aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise eine Aufforderung zum Gürtel-enger-Schnallen serviert bekommen. Die Referate der anwesenden CDU-Politiker gipfelten in der Schlußfolgerung: „Den technischen Wandel beherrschen beginnt mit der Selbstbeherrschung... Die Leitfigur der nachindustriellen Gesellschaft heißt Verzicht.“ Ob sich mit einem solchen Programm Mandate für eine erfolgreiche Betriebsratstätigkeit gegen die Unternehmerangriffe auf den sozialen Besitzstand der Beschäftigten erringen lassen, erscheint allerdings fraglich.

Renate Bastian

In der Berufsausbildung: Reformüberlegungen auf den Müll?

Ende letzten Jahres hat das Bundesverfassungsgericht das Ausbildungsplatzförderungsgesetz für null und nichtig erklärt. Nicht die im Gesetz enthaltene Ausbildungsabgabe war es jedoch, die das Gericht abgelehnt hat, diese ist ausdrücklich bestätigt worden, sondern Verfahrensfragen bei der Erhebung von staatlichen Daten zur Berufsausbildung. Nun war das Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APLFG) sowieso nur der kümmerliche Rest, der von einer ursprünglich angekündigten Berufsbildungsreform übriggeblieben ist.

Was brachte das APLFG? Nichts weiter als einige wenige Ergänzungen zum völlig unzureichenden Berufsbildungsgesetz von 1969. Es sah vor, daß aus dem Berufsbildungsforschungsinstitut ein Bundesinstitut für berufliche Bildung wurde, daß ein jährlicher Berufsbildungsbericht erarbeitet wird und daß im Fall fehlender Ausbildungsplätze eine Ausbildungsabgabe von einem Teil der Betriebe eingezogen werden kann. Der Ausstattung des Bundesinstituts mit mehr Kompetenzen und Aufga-

ben und des Berufsbildungsberichtes wegen hätte es des APLFG kaum bedurft.

Daher wurde bei der Verabschiedung des Gesetzes die darin verankerte Ausbildungsabgabe ausdrücklich als dessen Kernstück bezeichnet, das Ausbildungsplätze für die Jugend sichern soll, unabhängig davon, daß die Gewerkschaften, besonders die IG Metall, berechtigte Bedenken gegen die Wirksamkeit dieser Abgabe hatten. Die Aus-

bildungsabgabe war den Unternehmerverbänden von vornherein ein Dorn im Auge, griff so eine Regelung doch in die alleinige Verfügungsgewalt des Kapitals beim Ausbildungsplatzangebot ein.

Doch die Herren des Großkapitals brauchten sich nicht zu sorgen. Je länger das APLFG existierte, um so weniger dachte die Bundesregierung daran, die Abgabe zu erheben. Und das, obwohl selbst die geschminkten Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit in allen Jahren seit der Verabschiedung des Gesetzes einen eklatanten Lehrstellenmangel auswiesen und die Bedingungen des Gesetzes, ein Überangebot an Lehrstellen gegenüber Lehrstellensuchenden von 12,5 Prozent, nicht einmal annähernd erreicht wurden.

So wurde aus dem „Kernstück des Gesetzes“ der „Knüppel im Sack“, mit dem nur gedroht, nicht aber zugeschlagen werden sollte, und schließlich eine Regelung, deren Anwendung nie beabsichtigt gewesen sei. Alle drei Äußerungen stammen von Bundeskanzler Schmidt, der schnell seine Fahne in den Wind der Unternehmerverbände hängte.

Es war also an sich nicht verwunderlich, daß die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nichts Eiligeres zu tun hatte, als einen Entwurf für ein „Berufsbildungsförderungsgesetz“ zu verabschieden, in dem auf eine Finanzierungsregelung völlig verzichtet wird. Angeblich, damit das Bundesinstitut für berufliche Bildung und der Berufsbildungsbericht „gerettet“ werden. Die Finanzierungsregelung soll einer „Denkpause“ unterzogen werden, wie aus Regierungskreisen verlautete. Doch auch wenn der neue Bildungsminister Björn Engholm aus der Riege sozialdemokratischer Berufsbildungsreformer stammt, muß man davon ausgehen, daß die Bundesregierung mit dem neuen Gesetzentwurf die immer dringender werdende grundlegende Reform der Berufsausbildung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben will.

Die Situation der Jugend macht eine echte Reform der Berufsausbildung immer nötiger. Nach Angaben der IG Metall fehlten im letzten Jahr rund 200 000 qualifizierte Lehrstellen. Die Ausbildungs- und Berufsnot der Jugend ist größer geworden. Ein wachsender Teil Jugendlicher wird in Kleinbetrieben und im Handwerk ausgebildet, wo die Qualität der Ausbildung oft mies und die späteren Beschäftigungschancen gering sind.

Die Februartagung der Bundesjugendsekretäre der DGB-Gewerkschaften wendete sich ausdrücklich gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung. Sie forderte, die schon 1973 in den Markierungspunkten versprochene Berufsbildungsreform zu realisieren.

Harry von Barga

Frauen stehen ihren Mann: Das beste Beispiel ist Eva Lauer

In seinem Aufruf zu den diesjährigen Betriebsratswahlen hat der DGB-Bundesvorstand darauf orientiert, mehr Kolleginnen als Kandidatinnen aufzustellen und zu wählen. „Weibliche Betriebsratsmitglieder“, so heißt es wörtlich, „haben sich in der Betriebsratsarbeit bewährt.“ Eine dieser angesprochenen Betriebsrätinnen ist Eva Lauer, 42 Jahre, verheiratet, zwei Kinder im Alter von 20 und 17 Jahren, Mitglied des Betriebsrats seit 1973 und ab 1. September 1980 freigestellte Betriebsratsvorsitzende.

Auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober des vergangenen Jahres in Augsburg gehörte Eva Lauer zu den Delegierten. Ihr Diskussionsbeitrag beschäftigte sich mit den auf uns kommenden betrieblichen Auseinandersetzungen, die in den 80er Jahren nicht weniger würden, sondern „härter geführt werden müssen“. Als Konsequenz daraus zog sie den Schluß: „Wir brauchen eine starke Organisation, mit der wir in den Betrieben unsere Rechte und Forderungen besser durchsetzen können.“

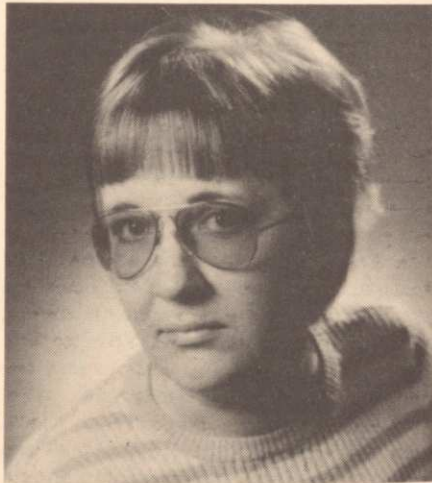
Und diese Organisation gibt es im Kasseler Druckzentrum, der größten Druckerei Nordhessens, in dem fast alle in diesem Gebiet erscheinenden Zeitungen hergestellt werden. 98 Prozent der rund 590 Belegschaftsmitglieder im gewerblichen Bereich sind in der IG Druck und Papier organisiert, bei den Arbeitern gar 100 Prozent. Da nimmt es nicht wunder, daß dieser Betrieb bei dem Kampf um den RTS-Tarifvertrag im Frühjahr 1978 wie ein Mann stand. Denn auch um das Kasseler Druckzentrum macht die neue Technik keinen Bogen. Sie steht bereits vor, genauer schon in der Tür.

Über die Arbeit der Betriebsratsvorsitzenden sprachen wir mit ihrem Stellvertreter Wilfried Paul. Eva ist es auch lieber so, denn wer spricht gern von sich selbst. Was Kollege Paul von seiner Betriebsratsvorsitzenden hält, sagt er in wenigen Worten: „Wir können uns keine Bessere wünschen. Wir haben sie nicht umsonst gewählt.“ Als positiv schätzt er ein, daß Eva zuhören kann und im Betriebsrat nicht das Sagen haben will. Als seine Aufgabe sieht es der Betriebsrat an, „Evas Stärken zu pflegen und ihre Schwächen abzufeilen“. Im übrigen sei es nicht so, daß der Betriebsrat in zwei Teile zerfalle: in die Vorsitzende und die übrigen acht. „Wir sind der Betriebsrat insgesamt und praktizieren Demokratie.“

Eva Lauer selbst schildert ihre Gedanken, als sie zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde, so: „Ich habe damals gedacht, entweder ich wachse an der Arbeit, oder ich zerbreche daran.“

Zerbrochen ist sie nicht, sondern im Gegenteil gestärkt. „Aber sie kann noch wachsen“, so der Kommentar ihres Stellvertreters. Als Hilfe bei ihrer Arbeit betrachtet die ehemalige Perforatorin die Unterstützung durch die Gewerkschaft. Das sei das A und O.

Verständlicherweise kann sich Eva Lauer nicht nur um eine Gruppe, speziell um die Frauen, kümmern. Eine Druckerei sei nun eben keine Schokoladenfabrik. Hier gehe es um die gesamte Belegschaft. Daß die Betriebsratsvorsitzende dennoch ein spezielles Auge auf die Frauen geworfen hat und versucht, die vorhandene Lohndiskriminierung abzubauen, liegt auf der Hand. Immerhin ist sie, nebenbei gesagt, auch noch die Frauenleiterin der IG Druck und Papier in Hessen.



Nach Möglichkeit geht Eva Lauer täglich durch den Betrieb. Auch wir begleiten sie auf einem solchen Rundgang. Dabei wird deutlich, welch großes Ansehen sie genießt. Überall, wo wir hinkommen, versammeln sich die Kollegen. Fragen zu betrieblichen Problemen werden gestellt und beantwortet. Aber auch die angelaufene Lohnrunde wird diskutiert, „die“, so Kollegen, „nicht leicht wird“. Das zeige sich im Metallbereich. Hier hatten tags zuvor weit über 10 000 Kollegen aus Kasseler Metallbetrieben aus Protest gegen das provokatorische 3-Prozent-Angebot der Metallunternehmer die Riemen fallen lassen.

Gisela Mayer

1 Million Wohnungen fehlen: Mietpreise steigen steil an

Als Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung am 25. November 1980 die „sorgsame Altstadtsanierung“ als „weithin sichtbaren Erfolg der Baupolitik“ lobte, gingen kurze Zeit später in Westberlin und in anderen Städten Tausende von Demonstranten gegen just diese Art von Altstadtsanierung auf die Straße, knüppelte die Polizei Hausbesetzer nieder, wurde die katastrophale Wohnungssituation, insbesondere in den Großstädten, wieder einmal überdeutlich.

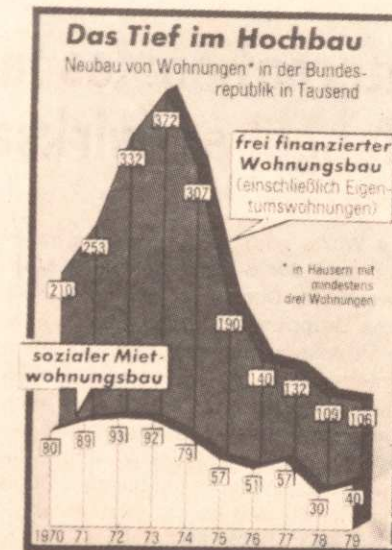
Inzwischen beginnt sich auch in den bürgerlichen Medien herumsprechen, daß eine Millionen Wohnungen fehlen, daß die Mietpreise sprunghaft klettern und daß der vielzitierte und gehätschelte „freie Wohnungsmarkt“ total zusammengebrochen ist: 1980 schrumpfte der Wohnungsbau auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren, der soziale Wohnungsbau nahm weiterhin kräftig ab. 60 000 Wohnungssuchende sind in Westberlin, 41 000 in Hamburg, 40 000 in Stuttgart gemeldet. In München konnten 1980 gerade 681 Familien eine neue Sozialwohnung beziehen. Während im Bundesdurchschnitt der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen bei ca. 30 Prozent liegt, beträgt er in den besonders hart betroffenen Städten München und Frankfurt nur 20 bzw. 22 Prozent.

Auf Anfrage der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e. V. (GEWOS) gaben die Wohnungsämter Hamburg, Köln und Frankfurt an, daß dort die Wohnungssuchenden zwischen neun und zwölf Monaten auf eine Wohnung warten, in Frankfurt sogar bis zu zwei Jahren. Ausländer und sogenannte Problemfälle, vor allem also kinderreiche Familien, finden über die Wohnungsämter überhaupt keine Wohnung mehr bzw. müssen ca. vier bis fünf Jahre warten.

Je schlechter das Angebot an Wohnungen ist, desto drastischer kletterten die Mieten. Für Altbauwohnungen werden in München 14 bis 16 DM pro qm gezahlt, in den Städten sind bei Neuvermietungen Wohnungen unter einem qm-Preis von 10 DM kaum noch zu bekommen. Vor kurzem hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik eine Auswertung von 45 000 Mieterhaushalten in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Während 1972 noch 51,2 Prozent der Haushalte eine Mietbelastung von weniger als 15 Prozent angegeben hatten, traf dies 1978 nur noch auf 44,3 Prozent zu. Zwischen 15 und 25 Prozent ihres Nettoverdienstes als Miete entrichteten 1972 28,3, 1978 jedoch 34,2 Prozent der Haushalte. Bei denjenigen Mietern, die mehr als ein Viertel des Einkommens für ihre Wohnungen zahlten, erhöhte sich der Anteil von 11,1 Prozent (1972) auf 15,6 Pro-

zent (1978). Die Mietbelastung in den Großstädten hat inzwischen oft 40 bis 50 Prozent des Nettoeinkommens erreicht.

Der Bundeskanzler wußte dazu in seiner Regierungserklärung dem Volk mitzuteilen, es dürfe „seine Ansprüche auch nicht zu hoch schrauben“. Um den Wohnungsbau zu beleben, werde die Bundesregierung die Rahmenbedin-



gungen für den freifinanzierten Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Vereinfachung des Vergleichsmietenverfahrens und Zulassung der Staffelmieten, „um die Investitionsbereitschaft privater Anleger zu verstärken“. Dies, obwohl jedem klar ist – auch der Bundesregierung –, daß die Schutzrechte der Mieter keinen Anteil an der Wohnungsmisere haben, sondern daß allenfalls die enormen Boden- und Baupreise „schuld“ an der vielbeschworbenen „Investitionsmüdigkeit“ sind.

Auch die Lockerung des Vergleichsmietensystems wird daher nicht zu einer Lösung des Problems führen, sie wird jedoch die Mieten erheblich in die Höhe treiben. Nach dem Miethöhegesetz von 1974 kann der Vermieter die Miete erhöhen, wenn sie ein Jahr unverändert ist und wenn er dem Mieter im Mieterhöhungsschreiben nachweist, daß seine Miete unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Dieser Nachweis muß durch einen Mietspiegel, durch

ein Sachverständigengutachten oder durch angegebene Vergleichswohnungen geführt werden.

Bei Neuvermietungen sind die Vermieter nicht an diese Kriterien gebunden, sondern können die Miete „frei“ vereinbaren. Dies führt dazu, daß nach Angaben des Deutschen Mieterbundes die Mieten bei neuvermieteten Wohnungen heute 30 bis 50 Prozent über den derzeitigen Vergleichsmieten liegen. Bisher sind Staffelmieten, also von vornherein vereinbarte höhere Mieten im Laufe der Mietzeit (ab 1. 1. 1982 wird 500,— DM, ab 1. 1. 1983 600,— DM gezahlt), gesetzlich verboten. Sollten sie zulässig werden, so wird die ortsübliche Vergleichsmiete in die Höhe gedrückt.

Die Wohnungsknappheit und die damit verbundenen horrenden Mietpreise bei Neuvermietungen haben ohnehin bereits jetzt den Effekt, daß über die „ortsübliche Vergleichsmiete“ auch die länger vermieteten Wohnungen teurer werden. Wird dann auch noch der Nachweis der Ortsüblichkeit erleichtert, wie dies beabsichtigt ist, dann wird ein zusätzlicher Treibsatz, um die Mieten nach oben zu drücken, eingebaut. Schon hat der Präsident der Haus- und Grundeigentümervereine eine Anhebung der Durchschnittsmietenbelastung von 15 auf 25 Prozent verlangt.

Besonders perfide ist auch die sogenannte Fehlbelegerabgabendebatte. Zwar ist es richtig, daß in den vorhandenen – und immer knapper werdenden – Sozialwohnungen eine Reihe von Mietern wohnen, deren Einkommen inzwischen nicht mehr zum Bezug einer Sozialwohnung in Frage käme. Diese sogenannten Fehlbeleger sind jedoch deshalb „Fehl“beleger, weil sich oft das Familieneinkommen vorübergehend gebessert hat (z. B. wenn die Ehefrau mitarbeiten geht) und weil die Einkommensquote bei der Wohnberechtigung ohnehin hoffnungslos hinter der realen Einkommensentwicklung hinterherhinkt.

Das Argumentationsmuster ist ähnlich wie bei den Arbeitslosen: Statt mehr Arbeitsplätze zu schaffen, werden die Arbeitslosen diffamiert. Statt mehr Sozialwohnungen zu bauen, müssen die sogenannten Fehlbeleger erhalten und werden zum Sündenbock gemacht. Einige extreme Beispiele (der reiche Direktor, der in einer billigen Sozialwohnung lebt) dienen auch hier dazu, um von den eigentlich Schuldigen abzulenken.

An all diesen Plänen hat der Deutsche Mieterbund scharfe Kritik geübt. „Auf dem Wege über mehr Marktwirtschaft ist eine Versorgung mit familiengerechten Wohnungen zu sozial tragbaren Bedingungen nicht möglich“, wird in einer Erklärung zu der Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung festgestellt.

Florett

Moderner Sklavenhandel: Leiharbeit mit hohem Profit

Nach dem 4. Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ gibt es nach dem Stand von Ende 1979 in der Bundesrepublik 1591 Verleihfirmen mit über 36 000 Beschäftigten. Das sind nur 0,18 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen abhängig Beschäftigten. Trotzdem ist die Leiharbeit, dieser moderne Sklavenhandel, ein Krebsgeschwür, das immer mehr die Wirtschaft unseres Landes durchdringt.

Um 67,8 Prozent hat die Zahl der Verleihfirmen von 1976 bis 1979 zugenommen, die Zahl der Leiharbeiter seit Mitte 1977 sogar um 71,4 Prozent. Die Leiharbeit ist nicht gleichmäßig verteilt. Es gibt branchenmäßige und regionale Schwerpunkte. Schwerpunkte sind hochqualifizierte Tätigkeiten: Bauberufe, Schlosser, Mechaniker u. a. Mehr als ein Drittel der Leiharbeiter sind Ausländer.

Ein weit größeres Ausmaß als die legale hat aber die illegale Leiharbeit. Hier handelt es sich überwiegend um unqualifizierte Tätigkeiten (z. B. Erdarbeiten). Hier wird die Situation von Ausländern ohne Aufenthaltserlaubnis und bundesdeutscher Arbeiter, die sich Schuldverpflichtungen entziehen wollen, skrupellos ausgenutzt. Die illegale Leiharbeit erfolgt vornehmlich über oft mit Hilfe von Juristen abgefaßten Werkverträgen. Nach Expertenschätzungen kommen auf einen Legalen zwischen sechs bis zehn Illegale, gibt es also 218 000 bis 360 000 Leiharbeiter.

Die IG Bau-Steine-Erden hat eine weit größere Verbreitung der Leiharbeit nachgewiesen. Knapp zwei Drittel der von ihr befragten Baufirmen bestätigen, in den letzten fünf Jahren Leiharbeiter beschäftigt zu haben. 61 Prozent der Betriebe hatten auf der Basis von Werkverträgen mit Subunternehmen gearbeitet, und zu fast 60 Prozent waren die überlassenen Arbeiter dabei den Weisungen der Baufirmen unterstellt. Während der Bundesarbeitsminister 7800 legale Leiharbeiter in der gesamten Baubranche ermittelte, kam die Bauarbeitergewerkschaft schon bei 31,9 Prozent der Baubetriebe auf die gleiche Zahl. Bei der illegalen Leiharbeit wird die Diskrepanz zwischen geschätztem und tatsächlichem Ausmaß eher noch größer sein.

Leiharbeiter sind Arbeiter minderen Rechtes. An der Leiharbeit wird doppelt, an der illegalen doppelt und dreifach verdient. Es verdienen daran zwei Unternehmer, der, der die modernen Arbeitssklaven gegen gute Bezahlung verleiht, und der, der sie leiht, um mit ihrer Arbeit seinen Gewinn zu vergrößern. „Die Verleihfirmen machen Riesenumsätze – und horrenden Gewinn“,

wurde dazu in der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ (9/79) festgestellt. Die Leiharbeiter haben keinen Anspruch auf die sozialen Leistungen des Betriebes, in dem sie arbeiten. Die Vertretung ihrer Interessen durch den Betriebsrat ist oft nicht oder nur eingeschränkt gegeben. In den meisten Verleihfirmen existiert gar kein Betriebsrat.

Internationales Jahr der Behinderten: Mangel an wirksamen Maßnahmen

Gute Worte sind auch zum Internationalen Jahr der Behinderten keine Mangelware. In Dortmund und Hannover haben Gruppen von Behinderten mit ihren Protesten gegen Bundespräsident Carstens und den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht und auch anderenorts deutlich gemacht, was sie davon halten: nichts! Man mag die Form dieser Proteste mißbilligen. Doch Tatsache ist, daß es bis jetzt an wirksamen Maßnahmen mangelt.

Sicher, hier und dort werden – meistens auf Initiative von Behinderten – oder Wohlfahrtsverbänden – Einrichtungen für Behinderte geschaffen oder ausgebaut (z. B. ein Berufsbildungswerk in Bremen und behindertengerechte Wohnungen). Die Kfz-Versicherungsunternehmen haben den Kreis der Schwerbehinderten erweitert, der Anspruch auf eine Ermäßigung ihrer Haftpflicht- und Kaskoversicherung hat.

Dem aber steht – ausgerechnet im Jahr der Behinderten – der Abbau von Förderungsmaßnahmen und Vergünstigungen gegenüber. So wurden im diesjährigen Etat der Bundesanstalt für Arbeit 700 Millionen DM für Ausbildungsbeihilfen und Beihilfen für Behinderte gestrichen. Der Umschichtung im Bundeshaushalt zugunsten des Militäretats ist u. a. die Förderung eines Modellprojektes zur Reform der Versorgung im psychiatrischen Bereich zum Opfer gefallen. Aufgrund einer Verordnung der Bundesregierung zum Schwerbehindertengesetz (SBG) fallen ab 1. August

Völlig recht- und schutzlos sind die illegalen Leiharbeiter, für die oft nicht einmal Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Mit Hilfe von Leiharbeitern versuchen Unternehmer, die tarifvertraglichen Bestimmungen zu unterlaufen, Belegschaften zu spalten und zu schwächen. Es werden Dauerarbeitsplätze abgebaut.

Mit dem „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ wurde 1972 das Unwesen der Leiharbeit, das eine Schande für den „sozialen Rechtsstaat“ Bundesrepublik ist, praktisch legalisiert. Bundesarbeitsminister Ehrenberg will aufgrund der negativen Erfahrungen mit dem Gesetz seine Bestimmungen in einigen Punkten verschärfen. Die Gewerkschaften aber sind der Auffassung, daß die „Job-Zeitpersonal-Vermittlung“ der Arbeitsämter in der Lage ist, den echten Bedarf an Aushilfskräften zu decken. Sie fordern ein generelles Verbot jeder gewerbsmäßigen Verleihung von Arbeitskräften.

A. B.

dieses Jahres Vergünstigungen für Schwerbehinderte weg, die seit Jahrzehnten mit den Ausgleichsabgaben nach dem SGB finanziert werden. Das sind in Bremen zum Beispiel Freikarten für Schwimmbäder und Treibstoffbeihilfen für Schwerbehinderte mit geringem Verdienst, die zur Erreichung ihres Arbeitsplatzes auf das Kraftfahrzeug angewiesen sind.

Dafür aber wurden in den letzten Jahren 280 Millionen DM dieser Ausgleichsabgaben, die Unternehmer zu zahlen haben, die ihre gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht erfüllen, zur Zahlung einer zusätzlichen Prämie von bis zu 18 000 DM an solche Unternehmer und öffentliche „Arbeitgeber“ bereitgestellt, die Schwerbehinderte einstellen. Das hat jedoch die Zunahme der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter selbst in Zeiten nicht aufgehoben, da vorübergehend die Gesamtzahl der Arbeitslosen zurückging. Und am Ende des ersten Monats des Jahres der Behinderten hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten mit 79 600 einen neuen Höchststand erreicht. Ihre Zahl hatte sich damit gegenüber 1976 (durchschnittlich im Monat 37 346) mehr als verdoppelt, gegenüber dem Höchststand im Verlauf der Krise 1966/67 (Ende Januar 1968: 15 444) sogar mehr als verfünffacht!

Natürlich hat in den letzten Jahren die Zahl der amtlich anerkannten Schwerbehinderten zugenommen. Doch diese

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Was kann ein Betriebsrat tun, um Arbeitsplätze zu sichern?

Was kann ein Betriebsrat tun, um Arbeitsplätze im Betrieb zu sichern und auszubauen? Diese Frage wird vor dem Hintergrund von rund 1,4 Millionen Arbeitslosen in der offiziellen Statistik immer drängender. Der Personalabbau in den Betrieben geht in verschiedenen Formen vor sich. Sie reichen von Betriebseinschränkungen und Massenentlassungen, über Einzelkündigungen bis hin zu dem sogenannten schleichen Personalabbau, bei dem Arbeitskräfte, die ausscheiden, nicht mehr ersetzt werden oder aber Produktions- oder Leistungssteigerungen z. B. durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr durch die Einstellung entsprechender neuer Arbeitskräfte aufgefangen werden.

Um diese Entwicklungen im Betrieb eventuell beeinflussen zu können, benötigt ein Betriebsrat zuerst einmal genügend Informationen über den Personalstand und die Personalentwicklung. Es reicht sicher nicht aus, wenn der Betriebs- oder Personalrat mehr oder minder zufällig globale Zahlen über den Personalstand (z. B. durch den Bericht der Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung nach § 43 Abs. 2 BetrVG) erhält. Er sollte vielmehr ein eigenes Informationssystem aufbauen und fortschreiben, das Auskunft über die Stärke der Belegschaft, ihren Einsatz in den einzelnen Arbeitsbereichen und ihre soziale Zusammensetzung (z. B. Alter, Geschlecht, Betriebszugehörigkeit, Qualifikation, Eingruppierung) gibt.

Durch ein „Frühwarnsystem“, eine genaue Beobachtung der Personalveränderung und des Personaleinsatzes, lassen sich z. B. geplante Rationalisierungsmaßnahmen oder betriebliche Veränderungen oft frühzeitig erkennen, als wenn man auf die Informationsverpflichtungen des Unternehmers

nach dem Betriebsverfassungsgesetz (z. B. nach § 90, § 106 ff., § 111 ff.) vertraut.

Der zweite Schritt ist der konsequente Widerstand gegen jede Art von Personalabbau. Eine gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und eine offensive Ausnutzung der Rechte des Betriebsverfassungsgesetzes sind dazu Voraussetzung. Um in diesen Fragen nicht nur defensiv zu reagieren, bietet sich als zentrale Vorschrift § 92 BetrVG an, der die Zusammenarbeit von Unternehmer und Betriebsrat in Fragen der Personalplanung regelt und in Abs. 2 dem Betriebsrat ein ausdrückliches Initiativrecht einräumt. Dort heißt es wörtlich: „Der Betriebsrat kann dem Arbeitgeber Vorschläge für die Einführung einer Personalplanung und ihrer Durchführung machen.“ Allerdings sind die Beteiligungsrechte in § 92 BetrVG weit von echten Mitbestimmungsrechten entfernt. § 92 Abs. 1 BetrVG enthält ein bloßes Beratungsrecht bei der Personalplanung.

Die Gewerkschaften empfehlen die Bildung von paritätischen Ausschüssen für Fragen der Personalplanung und haben Muster-Betriebsvereinbarungen für die Arbeit dieser paritätischen Ausschüsse entwickelt. Welchen Einfluß der Betriebsrat darauf nehmen kann, ob überhaupt und mit welchen Inhalten eine Personalplanung im Betrieb stattfindet, hängt entscheidend vom innerbetrieblichen Kräfteverhältnis ab. Die „Sicherung der Arbeitsplätze“ und das „Recht auf Arbeit für alle“ sollten generell ein Leitmotiv für die Arbeit von Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauensleutekörper sein.

Zum Beispiel: In einer Abteilung werden ausgeschiedene Arbeitskräfte nicht mehr ersetzt, vermutlich mit dem langfristigen Ziel, die Abteilung ganz zu schließen. Man kann

- Anfragen an die Unternehmensleitung stellen,

- Abteilungsversammlungen zu diesem Thema ansetzen,

- das Thema auf einer Betriebsversammlung zur Diskussion stellen und entsprechende Anträge verabschieden,

- eine Fragebogenaktion unter den betroffenen Kollegen durchführen, um genaue Informationen darüber zu erhalten,

ten, wie sich die zunehmende Arbeitsbelastung auswirkt,

- einen gemeinsamen Gang zur Unternehmensleitung mit Überreichung der Forderungen organisieren.

Zum Beispiel: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen klagen darüber, daß im Urlaubs- und Krankheitsfall die restlichen Kollegen die Arbeit für die anderen mitmachen müssen.

- Der Betriebsrat sammelt systematisch Informationen über die Urlaubs- und Krankheitsvertretung.

- Betriebsrat und Gewerkschaft weisen auf den Widerspruch hin, daß einerseits Millionen von Menschen keine Arbeit haben, daß andererseits die Beschäftigten im Betrieb sich vor Arbeitsüberlastung kaum noch retten können. Hinweise auf die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

- Betriebsrat und Gewerkschaft starten eine Initiative (§ 80 Abs. 1 Ziff. 1 BetrVG) mit dem Ziel, daß mehr Personal eingestellt wird.

Zum Beispiel: Die Beobachtung der Personalentwicklung in einem Betrieb zeigt, daß beim Ausscheiden von langjährigen Mitarbeitern zunehmend befristete Arbeitsverträge und Teilzeitarbeitsverträge abgeschlossen werden.

- Der Betriebsrat weist die Beschäftigten auf die Probleme dieser Entwicklung hin (unsichere Arbeitsplätze für die neugestellten Kollegen, verstärkte Belastung der langjährigen Mitarbeiter durch den häufigen Wechsel, Gefährdung auch ihrer Arbeitsplätze).

- Der Betriebsrat benutzt sein Mitbestimmungsrecht nach § 99 BetrVG, um gegen diese Praxis vorzugehen. Nach § 99 Abs. 2 kann er seine Zustimmung zu einer personellen Maßnahme verweigern, „wenn die durch Tatsachen begründete Besorgnis besteht, daß infolge personeller Maßnahmen im Betrieb beschäftigte Arbeitnehmer gekündigt werden oder sonstige Nachteile erleiden, ohne daß dies aus betrieblichen oder persönlichen Gründen gerechtfertigt ist“. (Ziff. 3)

- Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute stellen ihren Standpunkt zur Teilzeitarbeit dar (Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich). Mit den betroffenen Frauen sollten Alternativen zur Teilzeitarbeit (z. B. Betriebskindergärten) diskutiert werden.

Die Frage der Arbeitsplatzentwicklung im Betrieb und entsprechende Forderungen sollten auch eine zentrale Rolle bei den laufenden Tarifausschönsungen (Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze) und bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen spielen, die zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1981 stattfinden.

Wieder etwas Ruhe in Polen: Schonfrist oder Konsolidierung?

Nach dem erneuten Wechsel an der Regierungsspitze Mitte Februar in Polen haben die spektakulären Dauerstreiks der klerikalen, hochpolitischen Gewerkschaft „Solidarnosc“ aufgehört. Der Appell des neuen Ministerpräsidenten und bisherigen Verteidigungsministers, Jaruzelski, drei Monate lang Ruhe zu geben, um die Dinge im Lande neu ordnen zu können und einen sachlichen Anfang zu ermöglichen, wurde beachtet. Allerdings weiß bis zur Stunde kaum jemand, ob es nur die Ruhe vor einem neuen Sturm ist oder ob die Leute um Lech Walesa anfangen wollen, sich wie ernstzunehmende Gewerkschafter zu benehmen.

Beobachten muß man auch, ob Regierung und Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) die 90 Tage nutzen werden, um Zweifel zu zerstreuen, wer im Lande das Sagen hat. Der 1. Sekretär der PVAP, Stanislaw Kania, bekräftigte auf der Zentralkomiteesitzung Mitte Februar wiederum: „Wir haben den ungebrochenen Willen, den Kurs der sozialistischen Erneuerung fortzusetzen, die Demokratie in Partei und Staat zu entwickeln, die Linie der konsequenten Wirtschaftsreformen, des Funktionierens des gesellschaftlichen Lebens, der Selbstverwaltung und der Kaderpolitik fortzuführen. Wir wollen aber auch die Linie der konsequenten Verteidigung der Grundprinzipien des Sozialismus weiterführen, die Linie des Kampfes gegen Aktivitäten, die unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung zerstören.“

Gewiß war die breite Teilnahme der Arbeiter an immer neuen Streiks ein Indiz dafür, wie groß das Ausmaß der Mißachtung von Grundnormen sozialistischer Demokratie durch Partei und Regierung in der Vergangenheit gewesen sein muß; keineswegs aber kann die herbeigestreikte Anarchie in Wirtschaft und Gesellschaft das Lösungsmittel sein. Verantwortungsbewußte Gewerkschafter wissen das. Da „Solidarnosc“ aber erst unter dem Druck der im Lande aufkommenden „Jetzt-reicht's“-Stimmung zu erkennen begann, daß irgendwann auch mal wieder gearbeitet werden muß, steht über groß die Frage im Raum, ob es in Wirklichkeit nicht doch um etwas ganz anderes als um Unabhängigkeit geht.

Und da stößt man immer wieder auf die Tatsache, daß „Solidarnosc“ zwar Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert hat, die an wirksamer gewerkschaftlicher Interessenvertretung interessiert sind, aber auf der Führungsebene Regimegegner aller Schattierungen unter die Fittiche genommen und aktiv verteidigt und gerechtfertigt werden. Nicht irgendwelche Regimegegner, die vielleicht nur ihre kritische Meinung sagen wollen — das ist ja nichts Unbill-

iges —, sondern solche, „die an einer blutigen Auseinandersetzung mit den Anhängern des Sozialismus interessiert wären“, wie Kania sagte. Auch die Polen kennen ihre „Pappenheimer“, können ihre wahren Zielsetzungen beurteilen.

Ein weiteres Indiz dafür, daß die „polnische Frage“ noch nicht ausgestanden ist, ist die zunehmend massive Unterstützung aus dem Westen für die „Solidarnosc“-Führungsebene, die vom amerikanischen Geheimdienst CIA bis — leider — in die Gewerkschaftsbewegung reicht. Als Motivation dafür reicht aus, daß sie den herrschenden Kommunisten schadet. Um solche Aktivitäten und überschwengliche Begeisterung richtig einzuordnen, kann man nicht außer acht lassen, wie distanziert hierzulande, auch durch führende Gewerkschafter, Kommunisten oder schlechthin Leute, die den Sozialismus irgendwie im Auge haben, behandelt werden. Wer nicht erst seit heute politische Erfahrungen sammelt, kann darum mit Fug und Recht (selbst ohne sonstige Beweise) behaupten, daß es sich bei der „Solidarnosc“-Führung nie und nimmer um eine generell prosozialistische Gruppierung handeln kann.

Das Hineinwirken von Gewerkschaften nach Polen wird im allgemeinen vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) koordiniert. Im Januar fand in Genf eine Konferenz der Internationalen Berufssekretariate (IBS) statt, die zur IBFG gehören und die u. a. auch die Verstärkung der Unterstützung für „Solidarnosc“ beschloß. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) z. B. fordert alle Mitglieds-gewerkschaften auf, offiziell oder privat Besuche in Polen zu machen, „Solidarnosc“-Vertreter einzuladen, Tatsachenmaterial über die eigene Gewerkschaftsarbeit ins Polnische zu übersetzen und zu verschicken sowie Tischoffsetmaschinen, Druckerschwärze, Schreibmaschinen usw. nach Polen zu senden. Gerd Siebert

Märchenstunde zu El Salvador

Solche Glücksfälle gibt es selten: Im Bonner Außenministerium konferierte am 20. Februar eine Stunde lang der sogenannte El-Salvador-Beauftragte des USA-Präsidenten, Lawrence Eagleburger, um dem Herrn Genscher rein zufällig in Washington aufgetauchte „Dokumente“ über sowjetische Waffenlieferungen und kommunistische Drahtzieherei bei der Volkserhebung in El Salvador vorzulegen. Doch draußen in einer Pressekonferenz enthüllte zur selben Stunde der ehemalige Lateinamerika-Experte des US-Geheimdienstes CIA, Philip Agee, daß just diese Eagleburger-„Dokumente“ CIA-Fälschungen seien. Damit wurde der Auftritt bei Genscher zur Märchenstunde, und der Versuch, demokratische Volksbewegungen nach altem Strickmuster zu diffamieren, war geplatzt.

Wer nun aber glaubt, die Bundesregierung werde ihre bereits peinlich wirkende Distanz zur Demokratisch-Revolutionären Front in El Salvador, in der auch die dortigen Sozialdemokraten gegen das terroristische Militärregime mitkämpfen, endlich aufgeben und die USA vor der geplanten militärischen Intervention warnen, der hat weit gefehlt. Zu unterwürfig ist das Verhältnis der Regierenden in Bonn zum amerikanischen Weltgendar, zu groß ist offenbar auch ihre Furcht vor Schelte durch den „Salvador-Experten“ und CDU-Rechtsaußen Heiner Geißler, und — vor allem — zu kaputt ist ihre Beziehung zu Solidarität und guter sozialdemokratischer (oder auch liberaler) Tradition. Sb.

Afghanistans Gewerkschaft tagt

Im März führt die afghanische Gewerkschaft ihren 1. Kongreß durch. Die Gewerkschaftsbewegung in diesem Lande ist noch jung. Erst ab 1968 entstanden in einzelnen Betrieben Gruppen, die jedoch noch halbbillegale arbeiten mußten. Das änderte sich erst mit der Revolution im April 1978. Heute gibt es in neun von zehn Industrie-provinzen und in Kabul Gewerkschaftsräte, die das Zentrum der gesamten Tätigkeit bilden. Zur Zeit zählt die afghanische Gewerkschaft 150 000 Mitglieder. Hauptaugenmerk richtet sie auf die Überwindung des Analphabetentums. Sie setzt sich ein für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaft wird gegenwärtig ein Arbeitsgesetz ausgearbeitet.

Europäische Bestandsaufnahme gewerkschaftlicher Tarifpolitik

Ein großes Arbeitsfeld hatten die Veranstalter einer Tagung abgesteckt, die vom 16. bis 18. Februar 1981 in Dortmund zum Thema „Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Westeuropa, Vergleiche und Möglichkeiten der Zusammenarbeit“ durchgeführt wurde. Veranstalter waren die Sozialakademie Dortmund und das Europäische Gewerkschaftsinstitut in Brüssel. Die über 300 Teilnehmer — betriebliche und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre sowie Wissenschaftler — konnten wegen der Themenvielfalt und des knappen Zeitrahmens meistens die Probleme nur anreißen; ein wichtiger Schritt jedoch zur notwendigen Bestandsaufnahme.

Außer im Plenum wurde die Diskussion in fünf Arbeitsgruppen geführt. Die Themen: 1. Gewerkschaftliche Organisationsstrukturen in Betrieb und Unternehmen, 2. Integration gewerkschaftlicher Tarif- und Betriebspolitik, 3. Grad der Verrechtlichung betrieblicher Arbeitsbeziehungen, 4. Veränderung der Arbeitsstrukturen durch gewerkschaftliche Betriebspolitik, 5. National übergreifende gewerkschaftliche Organisationsstrukturen in ihrer Bedeutung für die gewerkschaftliche Betriebspolitik in Europa. In jeder dieser Arbeitsgruppen wurden vier Kurzreferate gehalten und zur Diskussion gestellt.

Die Zielsetzung dieser internationalen Tagung der Sozialakademie (es war bereits die 16. in einer langen Reihe) war von der Krisensituation in allen kapitalistischen Ländern Europas bestimmt, die überall „einen Stillstand staatlicher Reformpolitik zur Folge“ haben. So der Leiter der Sozialakademie, Prof. Peter Kühne. Das habe bei den Gewerkschaften zu einer stärkeren Besinnung auf die eigene Kraft geführt. Angesichts zunehmender Internationalisierung „wirtschaftlicher Markt- und Machtbeziehungen“ stünden die Gewerkschaften vor der Aufgabe, „auch national übergreifend zusammenzuarbeiten und konfliktfähig zu werden“.

Unter diesen Aspekten sei ein Erfahrungsaustausch über Bedingungen und Formen gewerkschaftlicher Betriebspolitik in den Ländern Westeuropas nötig. Damit im Zusammenhang müsse die Frage nach den Organisationsstrukturen gestellt werden, die einen internationalen Arbeitszusammenhang der Gewerkschaften und koordinierte Aktionen ermöglichen.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 5 legte gleich dazu eine wesentliche Schwäche bloß: die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa, die auch der Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) weder überwunden hat noch zu überwinden gewillt ist. Einer der wesentlichen Ansprüche bei der Gründung des Europäischen Ge-

werkschaftsbundes, so referierte Ernst Piehl, vom EGB, sei die Überwindung der Spaltung, die Vereinigung der traditionellen drei Richtungen, gewesen. Dazu im Widerspruch, so verdeutlichte die Diskussion, stehe aber die Tatsache, daß alle Gewerkschaftsbünde, die der kommunistischen Beeinflussung gezogen werden — so Frankreichs CGT, Spaniens CCOO, Portugals Inter-sindical und andere Organisationen —, keine Aufnahme in den EGB finden.

Unterschiedliche Gründe wurden auf die zentrale Frage genannt, warum es so schwer sei, im EGB-Rahmen — namentlich bei Aktionen — die so notwendige grenzübergreifende Solidarität zwischen den Gewerkschaftern, etwa in Betrieben ein und desselben Konzerns, herzustellen. So gab es dazu Hinweise auf ideologische Hemmnisse, auf organisatorische Schwierigkeiten, fehlendes Interesse für die Belange von Belegschaften, die „weit weg“ sind, oder auch auf die unterschiedlichen Rechtsordnungen in den einzelnen Ländern, die insbesondere Solidaritätsaktionen erschweren bzw. nicht zulassen. In diesem Punkt allerdings konnte man sich wundern, wie unbekümmert um Rechtsordnungen andererseits manche führende Gewerkschafter Streikratschläge und -beifall äußern, wenn es um Polen geht.

Im Plenum der Konferenz gab es am letzten Tag den Ansatz einer gründlichen Debatte um die Frage nach dem Wert oder Unwert der Verrechtlichung betrieblicher Arbeitsbeziehungen, in die auch Georg Benz vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall eingriff. Er warnte davon, die negativen Aspekte überzubetonen und — vor allem in der Bundesrepublik — die historischen Wurzeln dieser Entwicklung zu übersehen. Eine Vielzahl weiterer Probleme gewerkschaftlicher Betriebspolitik im Wirkungsbereich des Europäischen Gewerkschaftsbundes wurde auf dieser Veranstaltung bewußt gemacht. Zu hoffen ist, daß sie auch Eingang finden in die konkrete gewerkschaftliche Arbeit. Gerd Siebert

Proteststreik in Belgien

Gegen die Absicht der belgischen Regierung, eine Lohnpause von zwei Jahren zu verordnen, laufen seit Wochen die belgischen Gewerkschaften Sturm. Anfang Februar kam es zu einem landesweiten Proteststreik, der nahezu die gesamte Wirtschaft und den Verkehr lahmlegte. Besonders geschlossene Proteststreiks gab es in der Textil-, Stahl-, Chemie- und metallverarbeitenden Industrie sowie in der Mineralölverarbeitung und auf den Werften.

Gewerkschaften vereinigen sich

Nach der vor längerer Zeit vollzogenen Fusion zwischen dem sozialistischen Gewerkschaftsbund NVV und dem katholischen Gewerkschaftsbund NKV zum neuen Dachverband FNV setzt sich in Holland der gewerkschaftliche Vereinigungsprozeß nunmehr auch auf der Ebene der Einzelgewerkschaften fort. So haben kürzlich in Utrecht die Industriegewerkschaften beider Richtungen eine neue gemeinsame Organisation gegründet. Ihr gehören rund 300 000 Mitglieder vorwiegend aus der Metall- und Chemieindustrie an. Aber auch im Bergbau, in der Textil- und Lederwarenindustrie, im Lebens- und Genußmittelbereich und weiteren Branchen hat der „Industriebond FNV“ seine Mitglieder. Zum Hauptziel mittelfristiger Politik erklärte diese größte holländische Einheitsgewerkschaft die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verteidigung der Kaufkraft.

Inflation drückt Kaufkraft in Schweden

Mehr Arbeitslose, höhere Preise, Wirtschaftsstagnation und Kaufkraftverlust — das sind die Stichworte, die die Situation für dieses Jahr in Schweden kennzeichnen. Nach einer Teuerungsrate von 12,1 Prozent im vergangenen Jahr hat der Gewerkschaftsbund LO jetzt angekündigt, daß er bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im Mai eine Anhebung der Löhne und Gehälter um mindestens 10 Prozent verlangen werde. Die Regierung erklärte ihrerseits, sie wolle an dem Rahmenabkommen von 1980 festhalten, das nur 6,8 Prozent vorsieht. Dieser Vereinbarung war der größte Arbeitskampf vorausgegangen, den Schweden je erlebte.

Gewerkschaften leisten in Bolivien Widerstand

Im Juli letzten Jahres putschte das Militär in Bolivien. Unter dem General Luis Garcia Meza übernahm eine Junta die Macht, die nach dem Vorbild anderer lateinamerikanischer Diktaturen ein blutiges Regime errichtete. Doch der demokratische Widerstand läßt sich nicht unterdrücken. Der Gewerkschaftsverband COB reorganisiert sich im Untergrund. Der Militärputsch vom 17. Juli 1980 war der blutigste in der Geschichte Boliviens. Einem brutalen Ausrüttungsfeldzug fielen bislang über 3000 Demokraten zum Opfer, etwa die gleiche Anzahl gilt als „verschwunden“.

Das Militär und die hinter ihm stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte versuchten, das weitere Erstarken des linken Einheitsbündnisses UDP zu verhindern, dessen Wahlsieg und Regierungsprogramm einen schweren Schlag gegen den Machtanspruch der internationalen Monopole, gegen den politischen Herrschaftsanspruch des Militärs, gegen den Kokainhandel und gegen Korruption und Vetternwirtschaft angedeutet hatte.

Die politischen Parteien, das Linksbündnis UDP sowie die Einheitsgewerkschaft COB wurden nach dem Putsch verboten, ihre Funktionäre, soweit sie nicht untertauchen konnten, verhaftet oder erschossen. Die Gewerkschaft COB ist, im Gegensatz zu den Gewerkschaften der meisten lateinamerikanischen Länder, der einzige und der einheitliche gewerkschaftliche Dachverband des Landes. Sie rekrutiert ihre Mitglieder aus den 150 000 Beschäftigten der Städte und den rund 1 Million Arbeitenden auf dem Lande. Ihr Kern ist die Bergarbeitergewerkschaft, die die rund 50 000 Minenarbeiter der Zinnminen Catavi, Siglo XX, Huanuni u. a. organisiert. Weiter gehören der COB u. a. noch an: die Landarbeitergewerkschaft, die Gewerkschaften der Mineralölarbeiter, der Bankangestellten, der Ingenieure und Techniker. Die COB ist parteipolitisch unabhängig.

Seit dem Putsch hat sich die wirtschaftliche Lage der bolivianischen Arbeiter drastisch verschlechtert. Die Auslandsverschuldung nähert sich der 5-Milliarden-Dollar-Marke. Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten mit der Begründung der Verwaltungsrationalisierung, die Privatisierung großer öffentlicher Unternehmen, eine hohe Abwertung des Dollar werden durchgeführt. Zudem erfolgt die Streichung staatlicher Subventionen für „Grundbedarfsgüter“, was einen zusätzlichen Preissprung von rund 150 Prozent und zusätzliches Elend für die Bevölkerung bedeutet. Für die Landarbeiter wurde die geplante Sozialversicherung abgelehnt und damit ihre Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern weiter gefördert.

Von den Arbeitern abgelehnt wird der von der Junta eingesetzte Gewerkschaftsersatz, der „Arbeiterkoordinatoren“. Die COB, die bereits im benachbarten Ekuador, in Quito, eine Exilkonferenz abgehalten hat, wird weltweit von den Gewerkschaften unterstützt. Oskar Sanchinez von der COB-Zentrale koordiniert von Paris aus die Arbeit für Westeuropa. Er hatte auf einer Rundreise durch die Bundesrepublik Gelegenheit zu vielen Gesprächen mit DGB-Präsidenten, Victor Lopez von der Minenarbeitergewerkschaft knüpfte Kontakte zur IG Bergbau und Energie.

Die COB stellt sich als Doppelaufgabe für Bolivien die Reorganisation und Verteidigung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten sowie der Existenzgrundlage der Beschäftigten.

a.p.

Staatsbürger der DDR?

Waren es zuvor die Äußerungen des FDP-Politikers Ronneburger über die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die die Konservativen und Reaktionskräfte unseres Landes in Rage versetzten, so war es wenig später das Interview, das Günter Gaus am 30. Januar der „Zeit“ gab, das Aufsehen erregte. Er sagte: „Für mich ist die DDR nach sehr kurzer Zeit zuallererst ein – souveräner – deutscher Staat gewesen, und dieser Eindruck hat sich im Laufe der Jahre erheblich verstärkt.“

An anderer Stelle meinte Gaus: „Wir haben für unabsehbare Zeit von dem Faktum zweier unabhängiger deutscher Staaten auszugehen.“ Es sei daran erinnert, daß es lange dauerte – rund zwanzig Jahre –, bis die bei uns an der Spitze der Regierung stehenden Politiker ohne zu Stottern das Wort „DDR“ aussprechen konnten. Von So-

wjetzone und Ostzone war da die Rede. Und es gab sogar Erlasse, die im offiziellen Dienstgebrauch erzwingen, nur diese Begriffe zu verwenden.

Nun, diese Zeit liegt glücklicherweise, auch dank der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider deutscher Staaten, hinter uns. Jetzt werden die Politiker in Bonn mit der vorbehaltlosen Anerkennung der DDR als souveränen Staat konfrontiert mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Und wieder bekommen einige Schüttelfrost. Aber man kann sicher sein, daß die normative Kraft des Faktischen in der Politik sich letztlich auch hier durchsetzen wird.

Was sind das für Konsequenzen, vor denen einige zurückschrecken und andere noch dagegen Sturm laufen? Wenn es zwei Staaten gibt, dann gibt es auch zwei Staatsbürgerschaften. Dann muß aber auch Schluß gemacht werden mit allen Versuchen, dem anderen Staat, auf welchem Weg auch immer, direkt oder indirekt zu schaden. Dann ist es nicht möglich, dem Bürger des anderen Staates, gewissermaßen formlos, die Staatsbürgerschaft zu verleihen oder sogar von einer gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft auszugehen, die zudem pikanterweise auf eine Hitlersche Verordnung vom 5. Februar 1934 zurückgeht.

Wenn man den anderen Staat als souveränen Staat anerkennt, dann kann man zu ihm keine besonderen Beziehungen ableiten, die man sonst zu keinem anderen Staat hat. Jeder weiß, wie schwierig es z. B. für einen Ausländer oder Staatenlosen ist, der in unserem Land geboren und aufgewachsen ist, die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik zu erhalten.

Wer die DDR als souveränen Staat anerkennt, der muß auch aufhören, Handlungen dieses Staates an der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu messen und angebliche Verfehlungen in einer besonderen Erfassungsstelle in Salzgitter zu sammeln.

Wer von der Unabhängigkeit der DDR ausgeht, der sollte auch aufhören, von den sogenannten deutsch-deutschen Beziehungen zu sprechen. Diese Sprachregelung ist letztlich doch nur ein Ausdruck dafür, daß man innerlich die Anerkennung der DDR noch nicht vollzogen hat. Da ist doch noch ein Fünkchen Hoffnung vorhanden, die DDR auf irgendeine Weise aus der Welt zu schaffen oder, wie es Adenauer sagte, „befreien“ zu können.

Wer die DDR als souveränen Staat akzeptiert, dem sollte es doch nicht schwerfallen, von der Wortkonstruktion „Ständige Vertretung“ abzugehen. Da sollten auch noch offene Grenzfragen auf der Grundlage internationaler Normen geregelt werden können. H. Sch.

Alternativen zum „Wirtschaftswunder“

Fritz Rische, „Alternativen zur Wirtschaftspolitik des Kapitals 1945–1978“; Aufsätze, Artikel, Reden, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1980, 294 S., 17,80 DM.

Unter dem Begriff „Alternative Wirtschaftspolitik“ findet zur Zeit in Gewerkschaften und Kreisen gewerkschaftsnaher Wirtschaftswissenschaftler eine Diskussion über wirtschaftspolitische Strategien der Arbeiterbewegung im Kapitalismus statt. Bei dieser Diskussion scheint manchmal die historische Dimension aus dem Blickfeld zu geraten. Denn tatsächlich gibt es auch in der Bundesrepublik eine historische Kontinuität wirtschaftspolitischer Alternativstrategien.

Der Nachweis dieser Kontinuität ist wohl das wichtigste Verdienst des unlängst im Verlag Marxistische Blätter erschienenen Sammelbandes mit Aufsätzen des kommunistischen Wirtschaftspolitikers Fritz Rische. Als Leiter der KPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat war er beteiligt am Wiederaufbau der Wirtschaft in den Westzonen. Als Mitglied des ersten Deutschen Bundestages, als Vertreter der KPD auf vielen internationalen Kongressen, als Leiter des Referats Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand der DKP hatte und hat er maßgeblichen Anteil an der Formulierung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der kommunistischen Bewegung.

Wenn heute bei fortschrittlichen Gewerkschaftern und Wirtschaftswissenschaftlern der jüngeren Generation über die notwendige „Gebrauchswertorientierung“ alternativer Produktionsstrategien diskutiert wird – es geht dabei darum, daß die Arbeiterbewegung sich nicht nur Gedanken über das „Wie“, sondern auch das „Was“ der Produktion machen muß –, so erinnern Fritz Risches Reden und Aufsätze aus den ersten Jahren nach 1945 an diesen Aspekt. Da geht es um Produktionsziffern für Kohle und Stahl, um Lebensmittelversorgung, um die Instandsetzung von Eisenbahnwaggons. Es wird deutlich, welche große Rolle Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterparteien in den ersten Jahren spielten, als die „freien Kräfte des Marktes“ noch weithin unsichtbar waren. Hier wurde der Grund zum „Wirtschaftswunder“ der Bundesrepublik gelegt, nicht erst nach 1948.

Viele der von Fritz Rische angesprochenen Probleme stehen heute wieder im Mittelpunkt der Diskussion. Wer heute meint, die Kommunisten sähen alles Heil in der bloßen Verstaatlichung, dem seien Risches Passagen

über Entflechtung und Nationalisierung zur Lektüre empfohlen. Auch die Legende vom „Wirtschaftswunder“ als unaufhaltsamen Siegesweg des „Marktes“ bekommt manche Risse. Bestand doch ein wichtiger Teil der wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Kommunisten im Kampf gegen die Subventionsgeschenke an die große Industrie, gegen die Steuerpolitik im Interesse des Kapitals.

Und wenn auch die Führung der SPD mit starken Worten gegen die Politik der CDU im Wirtschaftsrat und später in der Bundesregierung wetterte – es bleibt Tatsache, daß sie mit ihren Stimmen einen CDU-Mann zum Präsidenten des Wirtschaftsrates wählte, gegen den Vorschlag der KPD, die einen SPD-Vertreter an der Spitze sehen wollte. Fritz Risches Aufsätze aus dieser Zeit erinnern daran, daß die SPD mit ihrer starken Position im Länderrat in der Lage gewesen wäre, die praktischen Maßnahmen Erhards im Wirtschaftsrat, die vor allem in Preiserhöhungen für lebenswichtige Güter bestanden, zu durchkreuzen.

Für den jüngeren Leser stellen sicher die Aufsätze und Reden aus den ersten Jahren der Nachkriegszeit den interessantesten Teil des Sammelbandes dar. Für die aktuelle Diskussion sind aber auch die Aufsätze aus der jüngeren Vergangenheit von Bedeutung. So beinhalten z. B. die „fünf Grundsätze einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik“ von 1969 auch heute noch wichtige Aspekte wirtschaftspolitischer Alternativen der Arbeiterbewegung. Interessant vor allem deshalb, weil sie schon im Hinblick auf die verschlechterten Wachstumsbedingungen der 70er Jahre formuliert worden waren. In den jüngsten Aufsätzen beschäftigt sich Rische vor allem mit Aspekten der Internationalisierung des Kapitals, mit der kapitalistischen Integration und dem Kapitalexport.

Es bleibt nachzutragen, daß der Band durch einen kurzen Lebenslauf und eine umfangreiche Biographie ergänzt wird. Der Herausgeber, das Frankfurter Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), hat jeden Abschnitt mit einer kurzen historischen Skizze eingeleitet, die das Verständnis der schließlich aus der jeweiligen Situation heraus verfaßten Arbeiten erleichtert. Dies gewährleistet aber vor allem die klare Sprache Fritz Risches.

Jörg Goldberg

VERLAGSINTERNES

Noch bevor diese Ausgabe der NACHRICHTEN erscheint, wird die nachrichtenreihe 17 mit den Gewerkschaftsbeschlüssen des vergangenen Jahres gedruckt vorliegen. Wir haben im Einhefter der Februar-Ausgabe ausführlich über ihren Inhalt informiert. Wie es aber manchmal so ist, haben wir uns, als wir die Manuskripte in Satz gaben, gründlich verrechnet. Es wurden mehr Seiten als eingeplant an die Druckerei geliefert. Da aber für ein Heft der nr nur 96 Seiten vorgesehen sind – zusätzliche Seiten wären mit Preiserhöhungen auch für unsere Leser verbunden –, haben wir uns schweren Herzens entschlossen, auf die Veröffentlichung der Prüfsteine zur Bundestagswahl zu verzichten. Wer sie dennoch als Meßlatte an die Regierungspolitik anlegen will, den verweisen wir auf unsere NACHRICHTEN-Ausgabe vom Juli des vergangenen Jahres. Dort sind die DGB-Prüfsteine im Wortlaut dokumentiert.

Und da wir gerade bei Pannen sind, so dürfen wir eine weitere nicht verschweigen. Auf Anweisung verschickte unsere Druckerei an alle NACHRICHTEN-Abonnenten das Verlagsverzeichnis 1980/81. Dadurch wollten wir unsere Leser ausführlich über herausgegebene Bücher und Schriften informieren, die für die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit angesichts des härter gewordenen Verteilungskampfes von Interesse sein dürften. Durch ein Versehen der Druckerei, für das sie übrigens die volle Verantwortung übernimmt, wurde einem Teil der NACHRICHTEN 2/81 das Verlagsverzeichnis beigelegt. Wir möchten diejenigen unserer Leser, die nun zwei Exemplare erhalten haben, darum bitten, eines davon an interessierte Kolleginnen oder Kollegen weiterzugeben, damit die Arbeit der Druckerei nicht ganz umsonst war.

Eine Neuerung haben wir jetzt eingeführt. Schätzungsweise im Mai wird die 5. Auflage des Kommentars zum Betriebsverfassungsgesetz erscheinen. Sie ist vollkommen überarbeitet und berücksichtigt die neuesten Urteile der Arbeitsrechtsprechung. Es ist also kein hinausgeworfenes Geld, wenn auch die Besitzer älterer Auflagen den neuen Kommentar bestellen. Bis zum 31. Mai räumen wir übrigens allen Bestellern dieses Titels einen Subskriptionspreis von 15 DM (später 20 DM) plus 2 DM für Porto und Verpackung ein. Benutzen Sie dafür bitte die Zahlkarte im Inneren dieser Zeitschrift.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf die Werbebeilage „NACHRICHTEN-Leser“ hinweisen, die Bestandteil dieser Ausgabe ist. jaco

TERMINKALENDER

- **1. März bis 31. Mai**
Betriebsratswahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **1. Mai bis 5. Juli**
Ruhrfestspiele in Recklinghausen
- **20. bis 22. Mai**
10. DGB-Bundesfrauenkonferenz in Essen
- **20. bis 22. Mai**
Behindertentag der IG Metall in Gelsenkirchen
- **28. bis 31. Mai**
Kongreß der Internationalen Union der Organisation der Beschäftigten der Lebens- und Genußmittel-Industrie (IUL) in München
- **29. bis 31. Mai**
6. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Hannover
- **7. bis 8. Juni**
Pfingsttreffen der Gewerkschaftsjugend an verschiedenen Orten der Bundesrepublik
- **19. bis 21. Juni**
Festival der Jugend '81 in Dortmund
- **21. bis 23. Juni**
Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Kiel
- **2. bis 4. Juli**
Bundesarbeiterkonferenz des DGB in Osnabrück
- **18. Juli bis 1. August**
12. Bundesjugendtreffen der IG Bergbau und Energie in Thalmassing-Reinwarzhofen
- **22. bis 30. August**
2. Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Sevilla (Spanien)
- **18. bis 19. September**
Bundesarbeitstagung für Vertrauensleute der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (Ort steht noch nicht fest)
- **27. September bis 1. Oktober**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Ruhpolding
- **4. bis 10. Oktober**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Travemünde
- **27. bis 29. Oktober**
10. Bundesangestelltentag des DGB in Dortmund
- **30. bis 31. Oktober**
Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Essen
- **15. bis 18. November**
11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **19. bis 21. November**
11. Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen

D 3476

Postvertriebsstü-
Gebühr bezahlt
NACHRICHTEN
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81.003 0039 13

FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM.OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Neu, unnütz, peinlich

Wer's noch nicht wußte, kann's jetzt in einem neuen Ratgeber nachlesen: Wirtschaftliche Notzeiten übersteht man mit sparsamer Haushaltsführung. Fernseher und Licht werden nur eingeschaltet, wenn tatsächlich benötigt. Kochwäsche braucht mehr Strom als die gleiche Menge Wäsche mit 60 Grad, ein Mercedes mehr Sprit als ein VW. Urlaub bei Oma ist wesentlich billiger als auf den Kanarischen Inseln, und auch der Preisvergleich beim Einkauf und das Einwecken und Einkellern von Lebensmitteln spart manche Mark. Auf Sparguthaben gibt's Zinsen, während der heimische Sparstrumpf keine bringt, auch sind die Konditionen nicht bei allen Banken gleich, und auch den Lohnsteuerjahresausgleich sollte man sich nicht entgehen lassen.

Diese und weitere Binsenwahrheiten sind im „Krisenkompaß, Ratgeber zur Überwindung wirtschaftlicher Notzeiten“ zu finden. Thomas Metz, der Verfasser des um 14,80 DM zu teuren Buches hat sie offenbar aus verschiedenen Broschüren, die man bei Verbraucherverbänden und dem Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung kostenlos erhält, gesammelt.

Daß es die Möglichkeit gibt, um höhere Löhne zu kämpfen, vergaß der Autor. Peinlich ist, daß dieses Buch im Bund-Verlag erschien. Doris Stark

Hilft Krieg Karstadt?

Wir brauchen ganz schnell wieder Krieg, damit Karstadt Horten und Konsorten endlich vor den Kunden sicher sind, die Kaufhauswerbesprüche wie „Aufgepaßt! Zugefaßt!“ oder „Blitzschnell zugreifen!“ wörtlich nehmen. Das scheint jedenfalls Niedersachsens Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) zu glauben, der sich rühmen kann, in Gorleben den größten Polizeieinsatz aller Zeiten in Deutschland angeführt zu haben.

Nachdem die Kriminalität in Niedersachsen 1980 um 11,3 Prozent zugenommen hat, entdeckte Möcklinghoff ein schwindendes Rechtsbewußtsein: „Einen Ladendiebstahl beurteilt mancher Jugendliche längst nicht mehr als Unrecht.“ Ursache, laut Ministererklärung: die „relativ lange Zeit des Friedens nach dem zweiten Weltkrieg.“ (Aus „metall“, 3/81)

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Steingasse 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe. Bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 27. Februar

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

